



Politische Berichte

Nummer 2 / 13. Jahrgang

17. Januar 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Wohnrecht in den Städten wird für Leute mit gewöhnlichen Einkommen immer weniger bezahlbar.

Der Deutsche Mieterbund (DMB) kritisiert die jüngsten wohnungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung als „Neue Mogelpackung aus Bonn — Unter dem Deckmantel, Mieten zu begrenzen, wird Kündigungsschutz gelockert“. Der Mieterbund bezieht sich auf einen neuen Gesetzentwurf, den Bundesjustizminister Klaus Kinkel (FDP) unter dem wohlklingenden Namen „Gesetz zur Begrenzung des Mietanstiegs“ auf den Weg gebracht hat.

Nach Kinkels Entwurf sollen in bestehenden Verträgen Mieten von mehr als acht Mark je Quadratmeter in Wohnungen, die vor dem 1.1.81 fertiggestellt wurden, innerhalb von drei Jahren nur noch um 20 Prozent erhöht werden dürfen.

Für Mieten bis acht Mark und für Wohnungen ab den Baujahren 1981 soll die bisherige Kappungsgrenze von 30 Prozent weiter gelten. Gleichzeitig will Kinkel die von den Richtern längst gezogene Grenze festschreiben, wonach bei Mieten, die mehr als 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, eine bußgeldpflichtige Mietpreisüberhöhung vorliegt.

Die extrem hohen Neuvermietungs-mieten werden von der Gesetzesvorlage nicht erfaßt. Die durchschnittlichen Quadratmeterpreise für eine 70-qm-Wohnung in mittlerer Lage für Wohnungen mit Baujahr 1991 liegen in Großstädten der Bundesrepublik inzwischen bei 20,50 DM (München), 18 DM (Berlin), 17 DM (Hamburg) und 16 DM (Köln).

Die Neuvermietungspreise von heute haben einen starken Einfluß auf alle Mieten. Dafür sorgen die geltenden Mietgesetze, die die ortsübliche Vergleichsmiete als den Durchschnitt der in den letzten drei Jahren vereinbarten Mieten definieren. So ist z.B. in München die ortsübliche Vergleichsmiete vom Februar 1989 bis April 1991 abermals um 11,5 % gestiegen, was eine Steigerung von insgesamt 50 % gegenüber 1985 bedeutet. Untervermietungen und Mitwohnzentralen haben Konjunktur.

Unter dem Deckmantel, Mieten begrenzen zu wollen, wird im Gesetzentwurf der Kündigungsschutz gelockert. Die Möglichkeiten, Teilkündigungen auszusprechen, werden erweitert. Auch bei Zeitmietverträgen sieht der Kinkel-Entwurf Verschlechterungen vor. Echte Zeitmietverträge ohne Kündigungsschutz sollen auch gelten, wenn die

Kinkels Mietgesetz lockert den Kündigungsschutz

Wohnung wegen eines Arbeitsverhältnisses vermietet worden war und der Arbeitgeber und Vermieter jetzt an einen anderen Arbeitnehmer vermieten will. Tür und Tor öffnet Kinkel Vermietern für Modernisierungsmaßnahmen.

Die Regierung Kohl hat mit ihrer Wohnungsbau- und Mietrechtspolitik einen weiteren Höhepunkt bei der Differenzierung der Lebensumstände in der Bundesrepublik erreicht. Aus kommunalpolitischer Sicht stellt sich oft die Frage, wie kann das Wohnrecht ärmerer Bevölkerungsschichten gegenüber dem Zuzugsrecht der finanziell Stärkeren gesichert werden. Maßnahmen gegen Luxussanierung, Umwandlungsspekulation, Zweckentfremdung, Wuchermieten, Abschöpfung von Bodenwertsteigerungen u. a. sind bekannte Stichworte in jedem fortschrittlichen kommunalpolitischen Programm.

Die Bedingungen werden durch eine politische Ordnung diktiert, die als eines der wichtigsten Menschenrechte das Recht auf Eigentum schützt. Die Folgen lassen sich z.B. beim Bodenrecht verdeutlichen. Betrug der Grundstückskostenanteil an den Gesteungskosten einer Wohnung vor zwanzig Jahren ca. 10 bis 15 %, liegt er heute in Großstädten der BRD bei 50 % und mehr.

Welche Spielräume bleiben bei dieser Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, wenn der Bund

die wichtigsten Bedingungen diktiert? So sind zwar die städtischen Wohnungsgesellschaften auch nach Aufhebung der Gemeinnützigkeit kraft Satzung an diese sozialpolitische Zielsetzung gebunden. Aber was passiert, wenn die finanzielle Ausblutung der Kommunen fortschreitet und die kommunale Aufsichtsbehörde eine Einnahmenverbesserung der Stadt annimmt und mit dem Zeigefinger auf die Differenz deutet zwischen den marktwirtschaftlichen Mieten und den Mieten der städtischen Wohnungen?

Die Spaltung zwischen Mietern im freifinanzierten Wohnungsbau und dem kommunalen Wohnungsbau zeichnet sich deutlich ab. Diese Politik wird seit Jahren schon bei der Fehlbelegungsabgabe vorerzählt. Dort werden Sozialmieter mit steigenden Fehlbelegungsabgaben zur Kasse gebeten, während z.B. Eigentümer mit Zweit- und Drittwohnsitz hohe Steuersubventionen einstreichen können.

Die Liste der in diesem Zusammenhang zu nennenden Maßnahmen reicht von der Grunderwerbssteuerreform 1983, die den Erwerb von Villen verbilligt und den von Reihenhäusern verteuert hat, über die Reform der steuerlichen Eigentumsförderung vom „7b“ zum „10e“ des Einkommenssteuergesetzes, die die Mitnahmeeffekte der Steuerprogression hoher Einkommen verstärkt

hat, bis hin zur Streichung der Wohnungsgemeinnützigkeit mit der Beseitigung sozialer Bindungen im Mietwohnungsbestand und dem Abbau der direkten öffentlichen Förderung im sozialen Wohnungsbau.

Folgen dieser Politik sind: Stagnation in der Wohneigentumsbildung, steigende Mietbelastungsquoten für Normalverdiener, aber maximale Steuervorteile für Großverdiener.

Beim Sozialwohnungsbau hat sich der Bund weiter zurückgezogen. Sein Finanzierungsanteil am ohnehin geschrumpften Sozialwohnungsbau ist gesunken, der der Länder hat zwischen 1983 und 1988 von 74 auf 88 Prozent steigen müssen. Diese Finanzmittel wurden unverteilt. Alleine der Abzug der Werbungskosten vor Einzug für Eigenheimer, der über die Steuerprogression die Großverdiener begünstigt, kostet jährlich 2 Milliarden DM. Dies ist so viel, wie der Bund in den drei Jahren 1986 bis 1988 insgesamt für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt hat (2,1 Milliarden Mark).

Das oberste Fünftel der Einkommenspyramide hat nach Berechnung des Instituts Wohnen und Umwelt in Darmstadt von der steuerlichen Eigentumsförderung (1989 und 1990 jeweils 8,5 bis 9 Milliarden DM) mit 45 Prozent partizipiert, das untere Einkommensfünftel mit ganzen 5 Prozent. — (dil)

Hochschulzugang soll unter direkte Konzernkontrolle

In einem gemeinsamen Positionspapier haben der Bundesverband der deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, der Deutsche Industrie- und Handelstag und der Zentralverband des deutschen Handwerks eine Reform des Bildungssystems verlangt. Stichworte: Aufwertung der Hauptschule, Lockerung des Hochschulzugangs. So soll der Hauptschulabschluß „aufgewertet“ werden, indem guter Hauptschulabschluß plus gute Berufsausbildung wie Mittlere Reife gewertet werden. Der Hochschulzugang soll auch „ohne den nachträglichen Erwerb formaler Schulabschlüsse“ möglich sein. Tatsächlich soll dies einer Einschränkung des Hochschulzugangs den Weg bahnen: Die Zulassung zu den Hochschulen soll künftig von den Hochschulen „unter Beteiligung der Wirtschaft“ entschieden werden, fordern die Verbände. *Süddeutsche Zeitung*, 11.1.92 — (rül)

Türkei fordert PKK-Verbot in der BRD

Das Verbot aller der PKK nahestehenden und dem kurdischen Befreiungskampf verbundenen kurdischen Organisationen in der BRD hat der türkische Staatspräsident Özal in einem Brief an Kanzler Kohl gefordert. Insbesondere wünscht die Türkei eine Unterbindung von Spendensammlungen in der BRD, speziell unter der kurdischen Bevölkerung hier, zugunsten des kurdischen Befreiungskampfes, und eine Auflösung des Kurdistan-Komitees in Köln. Zeitgleich mit Bekanntwerden dieser neuen Verbotsforderung verlautete aus „Sicherheitskreisen“, der „Ausländerterrorismus“ werde immer gefährlicher — ein Anzeichen, daß BKA und andere neue Verfolgungen vorbereiten. — (rül)

Besoldungsgesetz noch immer nicht beschlossen

Während für Angestellte und Arbeiter am 7. Februar die Tarifrunde 1992 beginnt, ist für Beamte die Übertragung des Abschlusses vom Vorjahr noch immer offen. Der Bundesrat hat dem vom Bundestag beschlossenen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz nicht zugestimmt und den Vermittlungsausschuß angerufen, weil unter anderem Festlegungen in das Gesetz gepackt worden sind, die mit der Bezahlung nichts zu tun haben, zum Beispiel welche Europäer künftig Beamte werden können. Einig sind sich Bundestag und Bundesrat darin, daß den Beamten erst ab März 1991 die Besoldung erhöht werden soll. Auch mehrere Tarifverträge sind nicht oder nur unvollständig (z.B. Struktur-tarifverträge für Meister, Techniker und Ingenieure sowie für den Sozialdienst) zur Übernahme vorgesehen. ÖTV Report Beamte v. Dez. 1991 — (har)

Aufsichtsrat beschließt zu AEG-Olympia Roffhausen

Wilhelmshaven. Der AEG-Aufsichtsrat hat auf seiner Sitzung vom 9.12. einstimmig beschlossen, den Sektor Büro- und Kommunikationstechnik zum 31. Dezember 1991 zu schließen und bis zum 31. Dezember 1992 Entwicklung und Produktion bei der AEG-Olympia Office GmbH zu beenden. Eingeschlossen darin ist der Vertrieb. Der Vorstand soll der Aufsichtsratsitzung einen abschließenden Bericht über das „Umsetzungskonzept“ geben, dessen Ziel es sein müsse, „im Rahmen des wirtschaftlich Tragfähigen möglichst viel Beschäftigung“ zu sichern. Dieser Passus war die Grundlage für die Zustimmung der „Arbeitnehmervertreter“ zur Stilllegung. Die IG Metall nannte die Entschließung des Aufsichtsrates einen Erfolg und sprach von einem „Durchbruch“ (Franz Steinkühler). Der Gesamtbetriebsrat von AEG-Olympia kritisierte den Beschluß des Aufsichtsrates, da er die Schließung des Sektors Büro- und Kommunikationstechnik sehr konkret geplant habe, Perspektiven für eine teilweise Fortführung aber nur sehr vage formuliere. — (jot)

Bankentarif: Warnstreiks und Urabstimmung

Zu Warnstreiks und Urabstimmungen rufen die Gewerkschaften HBV und DAG im Konflikt um einen neuen Lohnstarif im Bankgewerbe auf. Bisher bieten die Bankkapitalisten lediglich 4,5 % mehr Lohn und Gehalt. Die Gewerkschaften verlangen 10,5 %. Am 22. Januar sind die nächsten Verhandlungen. Bild: Tarifkonflikt im Einzelhandel Hamburg 1990. — (rül, Bild: R.S.)



Hochschulausbildung

Der Streit um Zulassungsbeschränkung und Lehrqualität

Die weitere Zunahme der Neumatrikulationen und der Gesamtstudentenzahl an den Hochschulen der BRD hatte die Hochschulrektoren im letzten Herbst veranlaßt, ausgedehnte Zulassungsbeschränkungen zu verlangen.

Hinter dem allgemeinen Anstieg der Studentenzahl verbergen sich allerdings recht unterschiedliche Vorgänge. Während die Gesamtzahl in der Zeit von 1975 bis 1991 um 51 % von 817 782 auf ca. 1,6 Millionen angestiegen ist und die der Studienanfänger um 69 %, hat die Zahl der Hochschulabsolventen mit einem berufsqualifizierenden Abschluß erheblich weniger, um 34 %, zugenommen. Das bedeutet, daß die Zahl der Studienabbrecher ohne Hochschulabschluß ebenfalls stark gestiegen ist.

Der Effekt lag zunächst also in einer Verschärfung der Konkurrenz während der Ausbildung und ist durch zahlreiche Änderungen von Prüfungsordnungen und infolgedessen weitere Ausdehnung von Umfang und Anforderungen an Prüfungsleistungen zusätzlich verstärkt

worden. Dies liegt ganz auf der Linie der von der konservativ-liberalen Bundesregierung seit zehn Jahren verfolgten „Elitebildung“. Die Erhöhung der Prüfungsanforderungen hat neben anderem wiederum zu einer Verlängerung der Studienzeiten und damit eine Zunahme der Studentenzahl geführt.

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind entsprechend differenziert. Nur ein Teil derjenigen, die ein Studium aufgenommen haben, erscheint auf dem Arbeitsmarkt für akademisch ausgebildete Arbeitskräfte. Und auch hier bestehen starke Differenzen nach der jeweiligen Qualifikation z.B. zwischen Ingenieurberufen, Naturwissenschaftlern und Lehramtsstudenten. Die Rektorenforderung ist vom Bundesbildungsministerium kühl aufgenommen worden, es verlangt weiterhin Anstrengungen der Hochschulen zur Verbesserung der Lehre. Hier scheint derzeit auch das Hauptinteresse der Kapitalisten zu liegen. Das *Handelsblatt* kommentiert den Vorgang

als „Grabenkämpfe, die die erforderlichen Reformen erschweren“. Die Kapitalisten monieren, daß der Studienstoff zu viel wissenschaftliche Theorie enthalte, die für die betriebliche Verwendung des akademisch ausgebildeten Personal überflüssig sei. Verlangt wird eine Verkürzung der Studiendauer. Als Mittel wird die Reduzierung der obligatorischen Prüfungsleistungen propagiert. Mit dieser Forderung bewegen sich Regierung und Kapitalisten jedoch in einem Dilemma. Die Minderung der Prüfungsanforderungen führt notwendig zu einer Abschwächung der Konkurrenz während des Studiums. Die Selektionswirkung und damit die Eliteerziehung verblassen. Eines der wesentlichen akademischen Erziehungsziele, der persönliche Wille zur Durchsetzung eigener Interessen ohne Rücksicht auf entgegenstehende anderer wird damit untergraben.

Quellen: *Handelsblatt*, Nov./Dez. 1991; *Spiegel* 50/1991; *Informationen Bildung und Wissenschaft* des BMW 12/1991 — (chf)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Bundeswehr: Scheinsparen

„Stoltenberg kündigt Streichung von 43,7 Milliarden Mark für Rüstung an“ — so war allen Blättern zu entnehmen. Daß die Sparmaßnahmen sich über 13 Jahre erstrecken, stand erst im Kleingedruckten. Dasselbe gilt für die Feststellung, die die SPD traf, wonach ein Großteil Scheinstreichungen seien und bei Licht besehen gerade 7,2 Mrd. Mark übrigbleiben, „gerade mal 550 Mio. Mark im Jahr“. Macht bei über 50 Mrd. DM Rüstungsausgaben pro Jahr rund ein Prozent „Sparen“. Wichtig ist vor allem: Der Jäger 90 soll weiter gebaut; die Bundeswehr soll bis 1995 über „schnelle Einsatztruppen“ für alle drei Teilstreitkräfte verfügen.

Transrapid: Doppelinvestition

1,6 Mrd. Mark Steuergelder wurden bereits in die Magnetschwebbahn Transrapid investiert. Immer noch hat das „technisch einzigartige Gerät“ (Riesenhüter) und teure Geschoß Kinderkrankheiten — u. a. fährt es nicht bei Eis und Schnee. Doch Anfang Januar traten Verkehrsminister Krause und Forschungsminister Riesenhuber vor die Presse und erklärten unisono: Die technische Einsatzreife des Transrapids ist gewährleistet. Bereits im Bundesverkehrswegeplan, der im Frühjahr beschlossen wird, soll eine Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin eingeplant sein. Kosten: 9 Mrd. DM. Bahnchef Dürr behauptet, es entstehe keine Konkurrenz zur Bahn. Doch zwischen Hamburg und Berlin soll nach dem selben neuen Bundesverkehrswegeplan (für 3,6 Mrd. DM) eine Eisenbahnschnellverbindung entstehen.

Erwerbslosenboom

Im Dezember waren offiziell 1,7 Mio. in West- und 1,04 Mio. in Ostdeutschland erwerbslos. Kurzarbeiter waren es bundesweit 1,2 Mio. In den neuen Bundesländern sind weitere 400 000 mit ABM, 310 000 mit beruflicher Weiterbildung „beschäftigt“; 376 000 Menschen beziehen Altersübergangsgeld (Vorruhestandsregelung). Wenn nur die Hälfte der Kurzarbeitenden und die Hälfte der genannten offiziell versteckt Erwerbslosen zu den Erwerbslosenzahlen addiert werden, haben wir bereits knapp 4 Mio. Erwerbslose in Gesamtdeutschland — noch unberücksichtigt die hier nicht auftauchende „stille Reserve“. Allein in der Ex-DDR wurden 5 Mio. Arbeitsplätze zerstört. Franke von der Bundesanstalt für Arbeit sagt offen: 1992 steigt allein die offizielle Erwerbslosenzahl um eine weitere halbe Million.

Bundesbank treibt Zinsen

Im Dezember erhöhte die Bundesbank den Diskontsatz auf das höchste Niveau seit Bestehen der BRD: 9,5 %. Die Folgen: (Noch) höhere Bankzinsen (der Diskont ist der Leitzins, zu dem Banken selbst Geld leihen); Häuslebauer und -besitzer zahlen jetzt rund 10 % auf Hy-

potheken. Die Zinszahlungen (Steuerausgaben) des Staates steigen massiv. Schließlich würgt die Bundesbank die Konjunktur ab, weil Kredite für Unternehmer verteuert werden. Dazu Bundesbank-Chef Schlesinger in der *Financial Times*: „Wir sind nicht zuständig für die Manipulierung von Konjunkturzyklen.“

CSFR-Vertrag: CSU blockt

Die CSU verlangt vor Ratifizierung des „Nachbarschaftsvertrages“ mit der CSFR eine „Klarstellung“. In einem Briefwechsel zwischen der Bundesregierung und der Regierung in Prag sowie in einer Entschließung des Bundestages solle festgelegt werden, daß alle Versteigerungen von bis 1945 „deutschem“ Eigentum in der heutigen CSFR gestoppt werden. Auf diese Weise sollen die Forderungen von „Sudetendeutschen“ nach Rückgabe ihres Eigentums bekräftigt werden. Das Eigentum deutscher Siedler war nach 1945 als (Teil-) Entschädigung für die Verbrechen der faschistischen deutschen Besatzer und für die Beteiligung zahlreicher deutscher Siedler an diesen Verbrechen weitgehend beschlagnahmt worden.

Bundesbank: Zentralisierung bleibt?

Mit einer dreisten Begründung hat das Bundeskabinett seine Pläne zur Zentralisierung der Bundesbank und zur Verringerung der Zahl der Landeszentralbanken auf neun Ende Dezember bekräftigt: Die Landeszentralbanken seien „keine Landes-, sondern Bundesbehörden“, heißt es in der Entscheidung des Kabinetts vom 19. Dezember. Damit kündigt die Regierung zugleich an, daß sie ihr Gesetz zur Reform der Bundesbank für nicht zustimmungsbedürftig hält. Die opponierenden Bundesländer wären in diesem Fall gezwungen, vor dem Verfassungsgericht zu klagen.

Baltische „Militärfreunde“

Vom 7. bis 9. Januar hatte die BRD erstmals Besuch eines baltischen militärischen Freundes: Der litauische Verteidigungsminister kam zu Besuch. Er erkundigte sich u. a. über Möglichkeiten der „Ausbildungshilfe“ der Bundeswehr für die litauischen Streitkräfte. Vielleicht werden schon bald die ersten „Ausbildungshelfer“ der Bundeswehr im Baltikum auftauchen. Nach dem Besuch jedenfalls hieß es, Stoltenberg habe „weitreichende Hilfszusagen“ gemacht, u. a. bei der Ausbildung von „Stabsoffizieren“ und dem Aufbau einer Militärverwaltung in Litauen.

Was kommt demnächst?

Am 16. Januar diskutiert der Bundestag über die Bundeswehr. Der Verfassungsausschuß von Bundestag und Bundesrat tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen. Am 17. Januar berät der Bundestag u. a. über die Reform der Bundesbank. Am 22. Januar will das Bundeskabinett über Bürgerschaftsanträge für Ostgeschäfte, insbesondere mit den Staaten der früheren UdSSR, beraten. Volumen: 70 Milliarden DM. Am 30. Januar findet in New York ein Gipfeltreffen aller 15 Staaten, die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertreten sind, statt.

Kinkels Frontbegradigung:
Kein Ende der Politik der Repressalie

Schon immer hat der Umgang der BRD mit der politischen Opposition die Kritik von Teilen der internationalen Öffentlichkeit hervorgerufen. Kritik erregten neben den Berufsverboten vor allem die Anti-Terror-Gesetzgebung und die unmenschliche Behandlung von Gefangenen aus der RAF. Doch solange die BRD Frontstaat und ihr Expansionsdrang in erster Linie gegen Osten gerichtet war, billigten ihr die EG-Nachbarn Methoden der Inneren-Feind-Bekämpfung zu, die sie heute, da die BRD infolge der Annexion der DDR und des Zerfalls der Sowjetunion weiter erstarkt ist und die Rolle der europäischen Ordnungsmacht beansprucht, selbst als bedrohlich zu fürchten haben. Gerade Bundesaußenminister Genscher (FDP), der mit buchstäblich allen Mitteln die Neuordnung Südosteuropas betreibt, mag die Notwendigkeit gespürt haben, stärker aufkommender Kritik am beherrschenden Einfluß der BRD auf die Gestaltung Europas und der „europäischen Sicherheit“ durch liberal scheinende Maßnahmen der Entspannung entgegenzutreten.

Dies dürfte ein Hintergrund sein für die Ankündigung von Bundesjustizminister Kinkel (FDP) und Generalbundesanwalt von Stahl (FDP), daß die vorzeitige Haftentlassung von sieben Gefangenen aus der RAF durch die zuständigen Justizbehörden geprüft werde.

Ein anderer Hintergrund ist die Tatsache, daß die Behörden im Bereich von Justiz und Innerer Sicherheit augenfällig und belegt in der Frage der Behandlung der Gefangenen längst nicht mehr einheitlich sind. Mit dem Rücktritt des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel, der

als Bundesjustizminister in den 70er Jahren den Tod mehrerer Gefangener aus der RAF zu verantworten hat, ist ein Generationswechsel vollzogen: Jene Kräfte wie Vogel, Rebmann und andere, die für die jahrzehntelange grob menschenrechtswidrige, internationale Verträge und Gesetze der BRD brechende Behandlung der Gefangenen aus der RAF unmittelbar Verantwortung trugen und die schon deshalb auf der fortgesetzten Sonderbehandlung der Gefangenen bestanden, weil die Beendigung ihr bodenloses Handeln eingestanden hätte, sind nicht mehr in Führungspositionen. Damit ergibt sich für die heute Verantwortlichen nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Möglichkeit, die inneren Reihen wieder zu schließen.

Die Entlassung der haftunfähigen Gefangenen Günther Sonnenberg, Bernd Rössner und Claudia Wannersdorfer ist überfällig, und es ist gut, wenn sie wirklich endlich entlassen werden. Die ebenfalls längst überfällige Haftprüfung von Gefangenen, die seit 17 oder sogar 20 Jahren inhaftiert sind — lange Jahre unter den zerstörerischen Bedingungen der Isolation — würde, wenn sie wirklich unvoreingenommen durchgeführt wird, zu bedingten Freilassungen führen, und auch das wäre gut.

Aber sicher ist das nicht, und Anlaß für die Erwartung, die Kinkel-Initiative leite eine wirkliche Änderung in der Behandlung der Gefangenen aus der RAF ein, besteht nicht.

Auch andere Gefangene aus der RAF sitzen über 15 Jahre in Haft. Ihre Haftprüfung bereitet die Bundesanwaltschaft nicht vor, nicht gegenwärtig, obwohl die

Gesetzeslage sie verpflichtet: Die Justizbehörden behalten sich willkürliches Vorgehen vor, um Druck auf alle politischen Gefangenen ausüben zu können.

Gegen andere Gefangene, die teilweise bereits zu mehrfach lebenslänglich verurteilt sind, bereitet die Bundesanwaltschaft derzeit neue Prozesse vor. Ihr erklärtes Ziel ist, damit zu verhindern, daß einige Gefangene aus der RAF jemals lebend das Gefängnis verlassen. Auch diese Grausamkeit, die die Drohung mit lebenslangem Begraben, mit dem Vollzug einer „Todesstrafe auf Raten“ bedeutet, wirkt als Drohung gegen alle politischen Gefangenen.

Gerade aber in der Frage, in der sich Kinkel am weitesten von der bisherigen Politik zu entfernen scheint — indem er die mögliche Freilassung von Gefangenen unter das Stichwort der „Versöhnung“ stellt —, hält er in Wirklichkeit am härtesten daran fest. Mit der Forderung nach „Versöhnung“ verlangt er von anderen als denen, die im Gewahrsam der Justiz sind, verlangt er von Leuten draußen, die Gewalt aufzugeben, damit die, die im Gewahrsam sind, nicht leiden müssen. Was aber ist das anderes als eine Repressalie, wenn Kinkel — und sei es andeutend — das Schicksal von Gefangenen abhängig macht vom Tun oder Lassen anderer, das die Gefangenen nicht zu verantworten haben.

Zwei Jahrzehnte lang haben die Behörden die Gefangenen aus der RAF als Geiseln behandelt, haben sie bei Anschlüssen der RAF die Haftbedingungen verschärft bis hin zur völligen Kontaktsperre. Kinkel gibt, indem er die Freilassung von Gefangenen in Aussicht stellt, dieser Politik der Repressalie und Geiselhaltung einen anderen, liberalen Anstrich, beendet tut er sie nicht. Daß er keine andere Politik einleitet, wie er verspiegelt, wird deutlich auch im Fall des PKK-Prozesses, den die Justizbehörden, anstatt ihn einzustellen, wie sie müßten, seit Jahren dahinschleppen, aus keinem anderen Grund als zur Bedrohung des kurdischen Befreiungskampfes und zur Repression gegen die kurdische Arbeiterbevölkerung in der BRD. Hier schweigt Kinkel, während die Bundesanwaltschaft die „Bekämpfung des Terrors von ausländischen Organisationen in der BRD“ immer mehr in den Vordergrund der Inneren-Feind-Bekämpfung rückt.

Die gegenwärtig stattfindende Auseinandersetzung um die Freilassung von politischen Gefangenen macht deutlich, worin die politische Aufgabe der Kräfte des Antifaschismus besteht: in der Einschränkung staatlicher Willkür, die die Politik der Repressalie und Geiselhaltung bedingt. Unverzichtbar ist, die elementaren, unveräußerlichen und unverletzlichen Rechte des Menschen, und das heißt gerade auch des Gefangenen, zu fassen. Eine breite Aktionseinheit erscheint möglich. — (maf, sce)

Pressestimmen: „Neue Überlegungen“

„Wir haben keine Alternative“, erklärte ein hoher Justizbeamter dem STERN gegenüber, „wir müssen diesen Versuch wagen, wenn wir weitere Attentate verhindern wollen.“ (Stern, 21. 92)

„Widerstrebend wird in Bonn als Beweggrund eingeräumt, daß der Strafnachlaß hoffentlich befriedend auf aktive Terroristen einwirke. CDU-zugehörige Regierungskreise äußern Skepsis. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß auch Unionspolitiker zunehmend unter Druck aus Wirtschaftskreisen stünden, die sich um ihre bedrohten Spitzenvertreter ängstigten.“ (Welt, 3. 1. 92)

„Nachdem die Kronzeugenregelung so kläglich gescheitert ist, bedarf es nun nicht neuer Überlegungen, wie der Teufelskreis der Gewalt durchbrochen werden könnte?“ (Süddeutsche Zeitung, 3. 1. 92)

„... diese Idee entspringt der Illusion, daß die alten Kommando-Strukturen der RAF noch intakt sind und das

Schicksal ehemaliger Führungsleute noch Einfluß hätte auf den harten Kern und die Szene der Helfershelfer.“ (Kölnischer Stadtanzeiger, 3. 1. 92)

„Bundesjustizminister Klaus Kinkel hat den Staat und die inhaftierten Terroristen der ‚Rote Armee Fraktion‘ (RAF) zur Versöhnung aufgerufen ... Zwar sei die Bedrohung durch die RAF nach wie vor ungelöst. Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, daß diejenigen, die scheußliche und durch nichts zu rechtfertigende Morde begehen, unter anderem versuchen, einen unbegründeten Zusammenhang herzustellen zwischen ihren Untaten und der Haftsituation des inhaftierten Kerns der RAF“, fügte Kinkel hinzu. Die Lösung dieses gordischen Knotens könne nur darin liegen, daß die RAF von ihrem Tun ablasse und einsehe, daß kein Ziel Mord und Erpressung zu rechtfertigen vermöge ... An die Gefangenen appellierte Kinkel, ihrer großen Verantwortung ebenfalls gerecht zu werden.“ (FR, 6. 1. 92)

Disziplinierung kritischer Soldaten —
Bundeswehr soll kampfbereit bleiben

Ob die Bundeswehr in Jugoslawien zum Einsatz kommen wird, ist fraglich. Es zeichnen sich in Osteuropa aber weitere Konflikte ab, und der Wille der BRD-Führung, mit eigenen Truppen ihren Interessen Geltung zu verschaffen, wird stärker. Blind gehorchende und zu jeder Bluttat entschlossene Soldaten sind dafür erforderlich.

Im Dezember ist der Bundeswehrmajor Prief auf persönliches Betreiben des Verteidigungsministers, Gerhard Stoltenberg, von einem Truppendienstgericht zum Oberleutnant degradiert worden. Auf die nächsten zwanzig Dienst- und Pensionsjahre hochgerechnet entspricht das einer Geldstrafe von 400 000 DM.

Prief ist Sprecher des Soldatenarbeitskreises „Darmstädter Signal“. Der Major hatte in einer Erklärung mit anderen Soldaten die (inzwischen revidierte) Entscheidung eines Frankfurter Amtsgerichts begrüßt, welches einen Arzt wegen der Feststellung, Soldaten seien potentielle Mörder, nicht verurteilen mochte. Die Degradierung ist der bisher schwerste Angriff auf das „Darmstädter Signal“. Dessen Mitglie-

der (darunter viele Offiziere) nehmen den Anspruch des „Staatsbürgers in Uniform“ ernst und haben sich in der Vergangenheit oft gegen die Militär- und Rüstungspolitik ausgesprochen.

Meinungsfreiheit für Soldaten darf es nach Meinung von Minister Stoltenberg jedoch nicht geben, wie auch die Zwangspensionierung des ehemaligen Admirals Schmähling zeigt. Solche panischen Versuche, die kleine Opposition in den Reihen der Zeit- und Berufssoldaten zu eliminieren, muten ungewöhnlich an in einer Zeit, in der der Feind, die Front und somit die „Bedrohung“ im Osten nicht mehr bestehen.

Aber gerade weil das Argument der Landesverteidigung weitgehend entfällt als Begründung für eine technisch hochgerüstete und jederzeit einsatzbereite Armee, wird jede Kritik an den Streitkräften deren Daseinszweck ziemlich rasch bloßstellen, nämlich die militärische Intervention außerhalb der eigenen Grenzen.

Den Typ des Soldaten, den die Armeeführung mehr denn je zu formen versucht, schildert General Lange, Kommandeur des II. Korps, in der *Europä-*

ischen Wehrkunde 11/91: „Nicht mehr die Bedrohung des Ost-West-Konflikts, sondern kriegerische Auseinandersetzungen am Rande Europas werden künftig Gefahren darstellen. (...) Gerade solche Einsätze machen Soldaten erforderlich, die realistische Vorstellungen von der Kriegswirklichkeit haben. Tiefgründige Auseinandersetzungen über den Sinn des Soldatseins sind dafür wenig hilfreich.“

„Reden“, so erkannte bereits Napoleon, „machen Soldaten nicht tapfer. Alte Soldaten hören ihnen nicht zu, junge vergessen sie beim ersten Kanonenschuß.“

Dieser General Lange hatte 1984 mit seinem Befehl für das II. Korps, die Ausbildung kriegsnah zu gestalten, für starke Proteste in der Öffentlichkeit, bei der Armeeführung aber für das Postulat gesorgt, die Soldaten härter und kampfbereit zu machen.

Es sei seither viel erreicht, stellt Lange heute fest, aber auf einschlagende Geschosse, stöhnende Verwundete sowie die Möglichkeit des eigenen Todes müßten die Soldaten gerade jetzt intensiver vorbereitet werden. — (jok)



„1992 ist kein Jahr für Verteilungskämpfe und Anspruchsdenken, sondern ein Jahr der Vorsorge für Wachstum, Arbeitsplätze und Stabilität“, zitiert die Welt Kanzlers Stimme auf der Neujahrs-Pressekonferenz. „Ansprüche“ dürfen nur die Kapitalisten stellen. Denen stellte Kohl eine neuerliche Steuersenkung durch eine weitere Unternehmenssteuerreform in Aussicht. (Bild: af/mz)

Die Gewerkschaften, die bisher Forderungen aufgestellt haben, sind mit hohen, zweistelligen Sätzen in eine heikle Lage geraten, weil die Wirtschaft inzwischen am Rande einer Rezession steht. Die IG Metall fordert bei Stahl eine Vorweganhebung von 23 DM pro Monat auf den Ecklohn (1,1 %) plus 10,5 %. Die ÖTV verlangt mit 9,5 % plus einheitlich 550 DM mehr Urlaubsgeld umgerechnet ein Volumen von 11,6 % bei einem Bruttoeinkommen von 2000 DM bzw. 10,5 % bei einem Einkommen von 4000 DM. Die HBV fordert im Bankenbereich 10,5 %, mindestens 350 DM. Das geschah im Zeichen hoher Gewinne und sinkender Reallöhne, aber auch unter Berufung auf eine nahezu ungebrochene Konjunktur.

Die Konjunktur dürfte aber von der Großbourgeoisie speziell für den EG-Gipfel hochgejubelt worden sein. Die Bundesbank zeichnete im Dezember noch ein „überraschend positives Bild“ der Konjunkturlage (1), das sich nach Neujahr schlagartig verfinsterte. Der noch laufenden Forderungsdiskussion der Gewerkschaften bei Metall, Einzelhandel, Bau ... soll sofort Wind aus den Segeln genommen werden.

Die ÖTV hat vor dem öffentlichen Druck nicht gekuscht und duldet voraussichtlich auch keine Laufzeitverlängerung — was ja eine Minderung der hohen Forderung und eine Verschiebung hinter die Metallrunde wäre und was vor allem Gesamtmetall fordert. Währenddessen ringt die Stahltarifkommission der IG Metall seit zweieinhalb Monaten um einen Anschluß der seit November offenen Stahltarife an die Metalltarife. Dazu wären 7,9 % auf den jetzigen Ecklohn von 14,29 DM nötig, wenigstens aber ein mit dem Metallabschluß vergleichbares Volumen, also 7 %. Mit ihrem letzten Angebot von 5,2 % im Volumen riskieren die Stahlkapitalisten eine Urabstimmung.

BDA-Präsident Murmann hat im Namen des Arbeitgeberlagers zur Stahltarifrunde erklärt, hier müsse die für 1992 anzustrebende „Trendwende“ erreicht werden. Sucht die Bourgeoisie bei den 130 000 Stahlbeschäftigten schon die Entscheidung? Zumindest für die Metallindustrie wäre damit eine fast unumstößliche Marke gesetzt.

Seit Monaten warnt das bürgerliche Lager die Gewerkschaften vor einer Lohnpolitik, die die 91er-Abschlußsätze anstrebt. Auch die Tonart der SPD verschärft sich. So fordert z. B. der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Roth, „Führungsleistung“ von der Bundesregierung, um die Gewerkschaften davon abzuhalten, durch zu hohe Tarifaabschlüsse eine Wirtschaftskrise auszulösen. (2) Es sieht nach einer gefährlichen politischen Isolierung des DGB aus.

Prompt tauchen Strategien auf wie der Heidelberger Prof. von Hoyningen-Huene mit der Fragestellung, „ob Gewerkschaftsforderungen in jeder Höhe von der Tarifautonomie gedeckt sind

Lohnpolitik: Gewerkschaften stehen unter Druck

... Es gehe letztlich um die Frage, ob in dieser besonderen historischen Situation von Wiedervereinigung und gemeinsamem Binnenmarkt auch das Gemeinwohl neue Grenzen für die Tarifautonomie aufzeigt.“ Unter Bezugnahme auf die Verfassungsrechtsprechung, aber auch auf Mißbrauchs- und Sittenwidrigkeitstatbestände des BGB stellt er für die bevorstehenden Tarifverhandlungen fest: „Je mehr sich die Steigerungsrate für Tariflöhne von dem effektiven Produktivitätsfortschritt in Höhe von 2,4 % entfernt, um so näher gerät sie in den Bereich der Rechtswidrigkeit.“ (3)

Hier kündigt sich eine neue Sorte Staatsreaktion auf die Lohnpolitik an. Die Diskussion reicht vom Lohndiktat per Beamtenrecht bis zur Aufhebung „stabilitätswidriger“ Tarifaabschlüsse, ja sogar bis zur Illegalisierung der Forderungsaufstellung.

Auch die Bundesbank warnt, die aktuellen Preissteigerungsraten zur Basis für bevorstehende Lohnabschlüsse zu nehmen. Mit aller Macht sollen die Gewerkschaften dazu gebracht werden, in der Lohnpolitik vom Inflationsausgleich abzugehen und sich stattdessen an einer „Produktivitätsrate“ zu orientieren. Dabei werden die Gewerkschaften für Dinge geprügelt, für die sie gar nichts können. Nicht die Forderung der ÖTV ist das Risiko, sondern die staatliche Neuverschuldung, die in ihrer Größenordnung gar nicht aus Lohnsteigerungen abgeleitet werden kann, wird zu einem „gesamtwirtschaftlichen Risiko“ (4). Die Lohnentwicklung in der Industrie ist nicht der Grund für den Anstieg der Lohnstückkosten. Die Kapazitätsauslastung sinkt.

Laut Bundesbank seien die Lohnkosten je Einheit des realen Bruttoerzeugnisses in Jahresfrist um 6,5 % und damit so kräftig wie zuletzt Anfang der 80er Jahre gestiegen. (1) Dazu muß man sagen, daß gleichzeitig die Reallöhne sinken und auch Anfang der 80er Jahre eine ungeahnte Reallohnsenkung eintrat, die fünf Jahre lang währte und z. B. in der Metallindustrie den gesamten Reallohnfortschritt der 70er Jahre zu nichte machte. (5) Das von der Bundesbank gewählte Datum 1980 ist aufschlußreich. In diesem Jahr betrug die Tarifsteigerung in der Metallindustrie 6,8 %, in der Gesamtwirtschaft 6,7 %, die Inflationsrate 5,3 %, begleitet von einer rasanten Steigerung der Lohnabzüge. Im Jahr darauf betrug der Abschluß bei Metall 4,9 %, in der Gesamtwirtschaft 5,5 % und die Inflationsrate 6,3 %. Wer wagt es, bei diesen Zahlen an 1991 und 1992 zu denken?

Die Gewerkschaften haben schon 1991 die Reallohnsicherung um über

zwei Prozent verfehlt (6) und werden den gesenkten Reallohn kaum halten können, zumindest nicht bis zum Ende der neuen Tariflaufzeiten. Zynisch bemerkt die Bundesbank: „Ein Anstieg der Realeinkommen ... lasse sich nicht über möglichst hohe Nominallohnsteigerungen erzwingen“ (1). Erforderlich sei vielmehr eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf Basis stabiler Preise.

Sollte sich ein Trend beim DGB durchsetzen, hohe Prozentforderungen ohne oder ohne ausreichende Strukturkomponenten für Mindestanhebungen aufzustellen, wird es kritisch. Die Gewerkschaften haben u. U. die krisenhafte Entwicklung und die damit verbundene rasante Kostenentwicklung unterschätzt und damit die Kampfberücksichtigung des Tarifgegners. Dafür spricht die zaghafte Strukturpolitik, die nur wenig Willen erkennen läßt, sich auf die unteren Lohngruppen zu stützen. Es kann passieren, daß sich das Prozentvolumen nicht annähernd halten läßt und Min-

destlohnkomponenten weggewischt werden. Die Gewerkschaften würden dann sowohl erfolglos als auch maßlos — von der Kluft zwischen Ausgangsforderung und Abschluß her betrachtet — dastehen.

Die Stabilitätspolitik stellt auch das Unternehmerlager auf eine harte Probe. Die hohen Zinsen verkräftet ein Konzern mit Liquiditätsreserven, ein Mittelständler mit hauchdünner Eigenkapitaldecke vielleicht nicht. Die Automobilkonzerne würden „für die nächsten fünf Jahre keinerlei Preiserhöhungen ihrer Zulieferer mehr akzeptieren“, so der Präsident von Gesamtmetall, Gottschol. „Es gehe also bei der Einstellung auf die nächste Lohnbewegung nicht nur um die richtige Tarif-, sondern schon um die notwendige Überlebensstrategie.“ Die mittelständischen Zulieferer stünden jetzt mit dem Rücken zur Wand.“ (7) Schon in der letzten Tarifbewegung führten diese Konflikte bis an den Rand der Spaltung von Arbeitgeberverbänden.

Aus diesem Grund lehnen Gesamtme-



Zur Erinnerung: Tarifpropaganda von Gesamtmetall 1990

Der Kurs auf Zinskrieg führt zu Krach in den eigenen Reihen

Mit ihren Beschlüssen, den Zins für Diskontkredite von 7,5 auf 8,0 % und den für Lombardkredite von 9,25 % auf 9,75 % anzuheben (in beiden Fällen die höchsten Zinssätze seit Einführung der D-Mark) stößt die Bundesbank nicht nur bei ausländischen Konkurrenten und bei den Gewerkschaften auf Kritik. Auch aus den eigenen Reihen kommt Widerspruch. Am 6. Januar berichtete das *Handelsblatt*, der „Chefökonom“ der Deutschen Bank, Prof. Norbert Walter, habe scharfe Kritik vorgetragen. Der Zentralbankrat der Bundesbank setze das „Europäische Währungssystem“ einem „Crash-Test“ (Zerreißprobe) aus, die ganz Westeuropa in eine anhaltende Rezession bringen könne. Wenige Tage später schloß sich der Sprecher des Sachverständigenrats, Prof. Schneider, an: Die von der Bundesbank verlangten Zinsen seien „sehr, sehr hoch“ und könnten negative Auswirkungen auf die Konjunktur haben. Eine Rezession stehe „um die Ecke“. (*Handelsblatt*, 9.1.1992)

Nicht weniger sorgenvoll urteilt das BDI-Institut der deutschen Wirtschaft. Im *IdW-Informationdienst* schreibt Institutsleiter Prof. Fels: „Der gesamtwirtschaftliche Befund ist ähnlich schlecht wie Anfang der achtziger Jahre, am Vorabend der letzten Rezession. Die Lohnstückkosten steigen um 5 Prozent, die Staatsquote erreicht wieder 50 Prozent und die Staatsverschuldung uferfert erneut aus. Geldpolitik und Lohnpolitik befinden sich auf Kollisionskurs. Die Frage lautet, gibt es einen Ausweg, der an einer Rezession vorbeiführt. Gelingt der Regierung Kohl, was der Regierung Schmidt damals nicht gelang?“ (2.1.1992)

Die Kapitalisten und ihre Sprecher treibt die Sorge um eine heraufziehende Überproduktionskrise. In den USA ist diese bereits manifest: Anhaltende Stagnation großer Industrien, tiefe Einbrüche bei Automobil und anderen Bran-

chen, steigende Arbeitslosigkeit, extremes Defizit im Haushalt und im Außenhandel. Auch andere westeuropäische Wirtschaften sind bereits in einer Überproduktionskrise.

Die BRD-Konzerne konnten dies bislang durch die Annexion der DDR vermeiden. Das ist jetzt vorbei. Was in der DDR an industriellen Produktionen zu vernichten war, ist weitgehend vernichtet. Was an Warenvorräten zu stehlen und dann profitbringend zu versilbern war, ist verkauft. Was an Sparguthaben in den Konsum zu locken war, ist aufgezehrt. Vorbei sind auch die Zeiten der damit einhergehenden extremen Kapazitätsauslastung der BRD-Konzerne. Statt Produktion zu minimalen Grenzkosten, d. h. maximalen Profiten, geht die Auslastung spürbar zurück. Während zusätzliche Kapazitäten auf den Markt drängen, schrumpft die zahlungsfähige Nachfrage. Folge: Die Stückkosten steigen, die Profitrate sinkt.

Den in solchen Situationen naheliegenden Weg, die Preise anzuheben, will die Bundesbank den Kapitalisten versperren. Die Kapitalisten sollen in die Konfrontation mit den Lohnabhängigen gehen, die Effektivlöhne senken und zugleich weiter spreizen, die Arbeitshetze noch mehr anziehen. Das im Osten immer stärker auf den Arbeitsmarkt drückende Heer armer Arbeitsloser soll dabei helfen.

All das aber erklärt den extremen Konfrontationskurs der Bundesbank noch nicht ganz. Die BRD-Konzernwirtschaft wird noch mit einem weiteren Problem konfrontiert. Die Ostexpansion der vergangenen Jahre, bei der die BRD führend war und ist, hatte ihre Tücken, und eine davon könnte BRD-Konzerne, -Banken und -Regierung bald erwischen. Die UdSSR droht zahlungsunfähig zu werden. Milliardenkredite können platzen, Hermesforderungen in zweistelliger Milliardenhöhe an den Bundeshaushalt fällig gestellt werden.

tall und auch die BDA — so sehr sie auf Deregulierung aus sind — eine nach Regionen oder Betriebsgrößen differenzierte Tarifpolitik ab. Eine generelle Öffnung der Tarifverträge gefährde ihre Ordnungsfunktion und berge die Gefahr permanenter Lohndiskussionen. Die BDA versucht, den Mittelstand in der Tarifrunde zu halten, sonst würde sich die ganze Wucht der Tarifbewegung auf die Konzerne richten. „Tarifverträge sollten wieder ihre Funktion von Mindestpreissystemen erfüllen und dann ergänzt werden durch Betriebsvereinbarungen“, sagt Gesamtmetall. (7) Die BDA empfiehlt, statt untertariflicher Bezahlung bei Neueingestellten zunächst zum „nackten“ Tariflohn zu bezahlen: „Dazu gehört auch, insbesondere die untersten Lohngruppen der Rahmentarifverträge, die sich heute schon vielfach zu „Geisterlohngruppen“ herausgebildet haben, wiederzubeleben.“ (8) Zudem verschärfen sich die Arbeitsmarktpunkte für die Kapitalisten. Die Jugend meidet die Fertigung. Der leitende Monteur im Anlagenbau kann wichtiger sein als ein junger Ingenieur und will entsprechend bezahlt werden, aber bei Lohngruppe 10 ist Schluß. Das Akkordsystem ist nicht mehr funktionsgerecht und zu teuer ... Das Tarifsystem steht im Wege und muß umgekrempelt werden, aber die Kapitalisten fürchten bei Entgeltreformen, daß die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen über Bord gehen, anspruchsvollere Eingruppierungsmaßstäbe auf sie zukommen und die betrieblichen Hierarchien in Frage gestellt werden. Das hat Gottschol im Auge, wenn er in der Metallbranche einen höheren Abschluß für Arbeiter als für Angestellte — in Prozent, versteht sich — vorschlägt. (9) Dieser schmutzige Versuch soll die unteren Gehaltsgruppen gegen die unteren Lohngruppen und den angestellten Mittelbau gegen die Facharbeiter aufbringen, um eine Mindestlohnfront zu zersetzen, die Einkommensdifferenzierung zu retten und das Gesamtvolumen zu drücken.

Quellen: (1) *Handelsblatt*, 19.12.91; (2) *HB*, 13.1.92; (3) *HB*, 10.1.92; (4) Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung, zit. nach *HB*, 19.12.91; (5) *ND Metall* 9/91; (6) Durchschnittslohnentwicklung netto und preisbereinigt, Berechnungen ebd.; (7) *HB*, 6.12.91; (8) BDA-Jahresbericht 91, S. 45; (9) Presse- und Funknachrichten der IG Metall, 7.1.92 — (pef)

Teuerungsrate bleibt hoch

Ende des Jahres 1991 meldete das Statistische Bundesamt für die westlichen Bundesländer eine Teuerungsrate über 4 %, für die neuen Bundesländer der Monatsbericht Dezember des Bundeswirtschaftsministeriums 26 %. (*Handelsblatt*, 31.12.91)

In einem Brief des Pressesprechers der Leipziger FDP an die *Süddeutsche Zeitung* (13.4.91) hieß es: „Der Preis für Elektroenergie ist auf 300 Prozent gestiegen, der Wasserpreis auf fast 600 Prozent. Die Tarife für die Straßenbahn haben sich um 300 Prozent erhöht. Die Schülerspeisung ist um 500 Prozent teurer geworden, für Kinokarten müssen 500 bis 1000 Prozent mehr bezahlt werden als früher ... Brot kostet 2,50 DM pro Kilo, früher 50 Pfennige. Kartoffeln kosten etwa das Zweieinhalbfache, Fleisch um 20 bis 50 Prozent mehr. Die Preissteigerungen für verschiedene Gemüse gibt der Leser mit 400 bis 800 Prozent an.“

Gefallen waren zeitweilig die Preise für die sogenannten anderen Verbrauchsgüter. Im wesentlichen handelte es sich hierbei um den Ausverkauf der alten DDR-Waren. Phonogeräte waren 1990 um 77 % billiger, Damenoberbekleidung um 60 % als im Jahr zuvor.

Auf Arbeitnehmer-Haushaltsgruppen berechnet ergab sich für Juli 1991

gegenüber Juli 1989 in der ehemaligen DDR für einen Vierpersonenhaushalt mit höherem Einkommen eine Teuerungsrate um 10,1 %; für den Vierpersonenhaushalt mit mittlerem Einkommen um 16,7 %; für den Zweipersonenrentnerhaushalt um 17,9 %. Wohnungsmieten mit Heizkosten stiegen um 70,5 %, Nahrungsmittel ohne Gaststättenversorgung um 28,9 %, dabei die saisonabhängigen Nahrungsmittel allein um 71,3 %, die Kfz-Beschaffung um 4,9 %.

In den westlichen Bundesländern lag die Teuerungsrate für Haushalte gegenüber August 1990 bei 4,1 %. Öffentliche Leistungen bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung stiegen um 7,9 %, Kfz-Anschaffung und -Unterhaltung (ohne Tankbedarf) stieg um 7,1 %, Kraft- und Schmierstoffe an Tankstellen um 10,3 %, Mieten um 4,4 %, saisonabhängige Nahrungsmittel um 10,3 %, werden Frischfleisch, Blumen und Süßfrüchte rausgerechnet, sogar um 13,2 %. Alle anderen Güter und Leistungen lagen zwischen 3,6 und 4,4 %. Die sich verteuern den Grundbedarfsgüter für die Lebenshaltung treffen die Lohnabhängigen und Rentnerhaushalte besonders stark.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 17, Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung, August 1991 — (rub)

PAC: Eine gewählte verfassungsgebende Versammlung muß geschaffen werden!

Mitte Dezember hat der PAC, eine der beiden großen Befreiungsbewegungen in Azania (Südafrika), über die Entwicklung im Land beraten. Anlaß war die Installation einer Konferenz unter dem Namen CODESA, auf der das südafrikanische rassistische Siedlerregime mit von ihm selbst ernannten bzw. ins Leben gerufenen angeblichen „Vertretern“ anderer Bevölkerungssteile über die Zukunft des Landes beraten will. Dem Regime ist es gelungen, den ANC und zwei weitere mit ihm zusammenarbeitende Organisationen zur Teilnahme an CODESA zu gewinnen. Der ANC verstößt damit gegen Beschlüsse einer kurz vorher durchgeführten Konferenz zur Bildung einer Patriotischen Vereinigten Front, auf der 92 Organisationen, darunter ANC und PAC, sich u. a. darauf verständigt hatten, daß zur Übergabe der Macht von dem weißen Minderheitenregime an die Mehrheit der Schwarzen eine verfassungsgebende Versammlung durch allgemeine Wahlen geschaffen werden muß. Wir dokumentieren im folgenden zwei Reden des Präsidenten des PAC, des Genossen Clarence Makwetu, und den Beschluß der Sonderkonferenz des PAC (eigene Übersetzung). — (rül)

Ansprache des Präsidenten des PAC, des Genossen Clarence Makwetu, an den Sonderkongreß des PAC, 15. Dezember 1991

Genosse Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des diplomatischen Korps, verehrte Gäste und Delegierte, Söhne und Töchter unserer Erde. Ich begrüße euch auf diesem beratenden Kongreß des Pan Africanist Congress. Ein besonderer Willkommensgruß geht an unsere Genossen des Zentralkomitees in Dar Es Salaam, insbesondere an unseren ersten Vizepräsidenten, Genosse Johnson Mlambo und den Genossen Joe Moabi, die zum ersten Mal nach jahrelanger revolutionärer Arbeit außerhalb der Grenzen von Azania wieder hier zu Hause sind.

Ich begrüße euch, Genossen. Dieser Kongreß, laßt mich das zu Beginn sagen, ist nicht einberufen worden, weil es etwa eine Krise innerhalb des PAC gibt; er wurde einberufen, weil der PAC prinzipiell den Grundsatz der Beratung auf allen Ebenen vertritt. Wie ihr alle wißt, tritt der PAC prinzipienfest und beständig dafür ein, die Probleme unseres Landes demokratisch zu lösen, und konsequenterweise war der PAC der erste, der die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung erhob, als dem demokratischsten Organ, dem die Aufgabe anvertraut werden kann, eine neue Verfassung für unser Land zu entwerfen.

Unser zweiter Kongreß in Johannesburg im letzten Dezember gab dem Nationalen Exekutiv-Komitee (NEC) das Mandat, die Errichtung einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung mit dem Regime an einem neutralen Ort unter einem neutralen Vorsitz zu diskutieren. Er bevollmächtigte zugleich das NEC, die breitestmögliche Einheitsfront

zu bilden, um die Forderung nach einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung zu unterstützen.

Diese Entscheidung des Kongresses wurde auf einem Treffen von 92 Organisationen im Oktober in Durban unterstützt, die die Errichtung einer Patriotischen Vereinigten Front beschlossen.

Die Patriotische Vereinigte Front nahm einstimmig eine Erklärung an, in der es heißt: „Die Übergabe der Macht von dem Minderheitenregime an das Volk ist das Hauptziel unseres Kampfes. Zur Verfolgung dieses Ziels soll so bald wie möglich eine Allparteienkonferenz zur Vorbereitung der verfassungsgebenden Versammlung (All Party Conference/Pre-Constituent Assembly Meeting, abgekürzt APC/PCAM) einberufen werden. Der Zweck der APC/PCAM ist, die Modalitäten der Machtübergabe an das Volk auszuarbeiten. Diese Modalitäten müssen sich konzentrieren auf die Errichtung einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung, gewählt nach dem Grundsatz ‚Ein Mensch, eine Stimme‘, mit allen Wahlberechtigten in einem gemeinsamen und einheitlichen Wählerverzeichnis...“ Während wir diesem Auftrag folgten, um ein vorbereitendes Treffen mit dem Regime zu erreichen, auf dem der Termin, der Ort und der unabhängige Vorsitzende für die verfassungsgebende Versammlung diskutiert werden sollte, gab es Enthüllungen, daß die Punkte, über die wir uns bei der Bildung der Patriotischen Vereinigten Front geeinigt hatten, daß sie gemeinsam verfochten werden sollten, bereits im Widerspruch zu den getroffenen Vereinbarungen entschieden seien.

Auf der vorbereitenden Konferenz in Johannesburg wurde uns dann mitgeteilt, daß 20 Organisationen zur Teilnahme eingeladen worden seien. Zehn davon waren von den Bantustans, sechs von dem Drei-Kammern-Parlament des Regimes, drei von der Allianz des ANC, die zwanzigste war der PAC. Das Regime hatte das Treffen mit seinen eigenen Geschöpfen vollgepackt.

Lassen sie mich daran erinnern, Genosse Vorsitzender, daß wir vorher richtigerweise die sogenannte „Vielparteienkonferenz“ der Klerks zurückgewiesen haben, aus dem Grund, daß eine solche Konferenz mit den Marionetten des Regimes und mit Delegationen aus dem Drei-Kammern-System vollgepackt sein würde. Auf dem Vorbereitungstreffen mußten wir nun feststellen, daß wir zu einer Neuaufgabe dieser „Vielparteienkonferenz“ gegangen waren.

Die Entscheidungen, die auf diesem Vorbereitungstreffen getroffen wurden, bestätigten unsere schlimmsten Sorgen.

Es wurde bald offensichtlich, daß das Regime die verfassungsgebende Ver-

sammlung umgehen will, indem es an seine Stelle eine sogenannte Interimsregierung der Nationalen Einheit setzt, die lange im Amt sein soll ohne jedes demokratische Mandat. Dies ist eine Form von Kooptation, die wir kategorisch ablehnen und weiterhin kategorisch ablehnen, weil sie bedeutet, eine Regierung per Erlass zu bilden und nicht durch das Mandat des Volkes. Die afrikanischen Massen würden in diesem Fall weiterhin nichts zu sagen haben über ihr Leben.

Angesichts dieser Umstände beschloß der NEC, diesen Sonderkongreß zur Beratung einzuberufen.

Die Delegierten auf diesem Kongreß werden sich zu der sogenannten „CODESA“ (die von dem Regime einberufene „Konferenz“ seiner Marionettenorganisationen mit dem ANC, Anm. d. Übers.) zu verhalten und zu äußern haben. Dieser Kongreß wird zu entscheiden haben, ob CODESA ein demokratisches Forum ist, daß die Übergabe der Macht sicherstellen kann, oder ob es lediglich ein Instrument des Regimes ist, geschaffen, um die Illusion von Verhandlungen zu erzeugen.

Wenn dieser Kongreß entscheidet, daß es ein gefährliches Instrument des Regimes ist, dann entfällt die Frage unserer Beteiligung. Wenn der Kongreß entscheidet, daß es ein legitimes Forum ist, dann müssen wir über unsere Rolle darin entscheiden.

Bevor ihr mit der Diskussion beginnt, möchte ich euch warnen: Die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer an CODESA werden von den unterdrückten und ausgebeuteten afrikanischen Massen entschieden abgelehnt... (fehlt Text, d. Red.)

Das ist der Grund, warum wir weiterhin uns den Entscheidungen und Prinzipien der Patriotischen Vereinigten Front verpflichtet sehen. Wir rufen alle Mitglieder der Front auf, sich hinter diesen Entscheidungen und Prinzipien zu sammeln und bei den Vereinbarungen zu bleiben. Genosse Vorsitzender, ich würde meine Pflicht verletzen, wenn ich nicht die Aufmerksamkeit dieses Kongresses auf die Gewalt lenken würde, die gegenwärtig das Leben von unschuldigen Afrikanern in den Zügen, den Bussen, den Taxis und selbst zuhause bedroht. Wir im PAC glauben, daß dies ein Teil der Strategie des Regimes der Klerks ist, um die Befreiungsbewegungen zu zerstören und den Willen der afrikanischen Menschen zu zerstören, sich zu befreien.

Die anhaltende Präsenz von Söldnern in unserem Land — ob sie nun operieren als das Buffalo-Bataillon 32, als Koevoet oder einfach als Elemente der Renamo — ist verflochten mit der Gewalt, die mehrere Ziele zu verfolgen scheint:

— die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit von dem Regime wegzulenken, hin zu den „häßlichen Verbrechen des ANC und Inkathas“; — die Mobilisierung der Massen durch den PAC und andere Organisationen zu unterminieren, indem Furcht unter unseren Menschen geschaffen wird, und — gewisse Organisationen als Prügelknaben zu benutzen, um das Regime mit seiner Armee und seiner Polizei als Friedensstifter erscheinen zu lassen.

Das Regime muß diese Söldner auflösen und deportieren oder erklären, was diese Personen in den Militärbaracken des Landes verloren haben. Solange dies nicht geschieht, wird es keinen wirklichen Frieden geben.

Darf ich, Genosse Vorsitzender, zum Schluß noch ein paar Bemerkungen machen zu der Rolle der internationalen Gemeinschaft bei dem Prozeß der Befreiung unseres Landes?

Der PAC hat beständig gefordert, die internationale Gemeinschaft an dem Prozeß der Übergabe der Macht von der Minderheit an die Mehrheit zu beteiligen. Schließlich hat die internationale Gemeinschaft immens zu unserem Kampf beigetragen.

Das Regime hat diese Beteiligung stets abgelehnt. Ironischerweise läßt es nun

die internationale Gemeinschaft zu CODESA ein, als Beobachter, nicht als Mitwirkende. Ihre Mitwirkung als Beobachter, das ist der Standpunkt des PAC, wird dem Regime nur helfen, seine undemokratischen Praktiken zu legitimieren.

Sodann hat der PAC immer wieder daran festgehalten, daß alle Formen des Drucks aufrechterhalten werden müssen, bis eine neue, nicht-rassistische Verfassung in Kraft ist. Dieser Grundsatz wird auch in der Konsens-Resolution der Vereinten Nationen von 1989 vertreten. Rechtfertiger des Regimes und widersprüchliche Signale jedoch haben daran gewirkt, diese Sanktionen zu untergraben.

Dieser Prozeß der Untergrabung des internationalen Drucks wird den demokratischen Prozeß in Südafrika nicht befördern, im Gegenteil, er wird die Befreiung verzögern.

Die Lehre für uns, Söhne und Töchter von Afrika, ist, daß die Aufgabe der Befreiung Azanias weiterhin im großen und ganzen bei den Unterdrückten selbst liegt. Das ist der Grund, warum euer Nationales Exekutiv-Komitee euch zusammengerufen hat, um gemeinsam über den Weg nach vorn zu entscheiden. IZWELETHU!

Abschlußrede des Präsidenten des PAC, des Genossen Clarence Makwetu, auf dem Sonderkongreß des PAC — 16. Dezember 1991 (Auszüge)

Genosse Vorsitzender, verehrte Gäste und Delegierte, Söhne und Töchter unserer Erde. (...) Die Entscheidung des NEC, die Teilnahme an CODESA zu beenden, ist durch eure Entscheidung auf diesem Sonderkongreß bestätigt worden.

Die Entscheidung, die ihr getroffen habt, entlarvt erneut die Täuschungsmanöver des Regimes. Diese Manöver sind gut überlegt, das Regime benötigte 30 Jahre, um diese Manöver zu entwerfen. Das Regime versucht, eine neue Art von Homelands und Bantustans zu schaffen, und mit dem gleichen Manöver wird versucht, einen Teil der Unterdrückten zu kooptieren, um an dem großen Manöver der Regierung teilzunehmen. Unser einziger Wunsch ist, daß wir nicht die gleiche Zahl von Jahren benötigen, bis die sogenannten Führer dieser Leute die Realität erkennen.

Sobukwe (früherer Präsident des PAC, Anm. d. Übersetzers) hat einst gesagt, daß Amabuhlu (das weiße Regime, Anm. d. Übers.) nur in der Lage ist, uns zu unterdrücken, weil wir kooperieren. Das NEC des PAC ist deshalb nicht bereit, bei der Unterdrückung unseres eigenen Volkes zu kooperieren.

An die Delegierten und anwesenden Beobachter gerichtet stelle ich hiermit

kategorisch fest, daß Slogans, kluge Rhetorik uns nicht befreien werden, daß die Massen ihre eigenen Befreier sind, sich selbst befreien müssen, und daß der PAC als die führende Bewegung die ehrenvolle Aufgabe hat, die unterdrückten Massen zu sammeln und zu entwickeln. Die Fortschritte, die unsere Menschen durch die Opferung ihres Blutes gemacht haben, sollten sorgsam geschützt und benutzt werden als Sprungbrett zur vollständigen Befreiung.

Der PAC glaubt fest daran, daß die Internationale Gemeinschaft eine Rolle bei der Lösung der Probleme, die unser Land quälen, zu spielen hat. Sich von dieser Verantwortung davonzustehlen, hilft dabei, unser Leiden zu verlängern. Es ist nicht genug, nur zu beobachten. Wir fordern die volle Beteiligung der internationalen Gemeinschaft.

Schließlich erwartet das NEC, daß ihr über die Beratungen dieser Konferenz berichtet. Es wird nicht reichen, wenn ihr nur berichtet, ihr müßt diese Beschlüsse verteidigen, propagieren und korrekt durchführen. Laßt uns gehen und die afrikanischen Massen sammeln, sie bereit machen für die noch intensiveren Kämpfe, die vor uns liegen. Der Weg zur Freiheit ist nicht mit Rosen gebettet. IZWELETHU!

Erklärung des Sonderkongresses des Pan Africanist Congress von Azania, 16. Dezember 1991, Kapstadt

Der Sonderkongreß des Pan Africanist Congress von Azania (PAC) beriet am 15. und 16. Dezember ausführlich und offen über die Entwicklungen in unserem Lande. Er bestätigte seine positive Herangehensweise, daß der Kern der Probleme des Landes in der Übergabe der Macht von dem illegalen, rassistischen Minderheitenregime an eine gewählte Regierung des afrikanischen Volkes ist. Es bekräftigte auch die Mechanismen, die auf dem 2. Kongreß des PAC im Dezember 1990 angenommen wurden, um eine demokratische Übergabe der Macht zu erreichen, insbesondere die Errichtung einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung. Darüber hinaus beauftragte der 2. Kongreß die Führung, die Schaffung einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung mit allen interessierten Parteien, einschließlich dem Regime, anzustreben.

In der Verfolgung dieses Mandats initiierte und organisierte die Führung des PAC die Konferenz zur Bildung einer Patriotischen Vereinigten Front (PUFC) in Durban. Diese PUFC, an der 92 Organisationen aus dem ganzen Land teilnahmen, die alle Sektoren unserer Bevölkerung repräsentierten, beschloß einstimmig die Formel der verfassungsgebenden Versammlung als dem demokratischsten Mechanismus, um die Probleme in unserem Land zu lösen.

Der Beschluß der PUFC stellt klar

fest, daß ein Vorbereitungstreffen für eine solche verfassungsgebende Versammlung (PCAM) „sobald wie möglich einberufen werden soll“, um „die Modalitäten der Machtübergabe an das Volk“ auszuarbeiten, und, daß „diese Modalitäten sich konzentrieren müssen auf die Errichtung einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung.“

Der PAC hat beständig darauf bestanden, daß die neue demokratische Verfassung nur durch gewählte Vertreter des Volkes und nicht durch vom Regime eingeladene Leute geschaffen werden kann. Diese verfassungsgebende Versammlung muß gewählt werden. Das Wahlverfahren muß sich an den Grundsatz halten „Ein Mensch, eine Stimme“, bei einheitlichem Wählerverzeichnis. Da es wegen der Apartheid nicht möglich ist, das Land in Wahlkreise einzuteilen, müssen politische Parteien gewählt werden. Die Mandate in der verfassungsgebenden Versammlung müssen proportional zu den Stimmen verteilt werden, die die jeweiligen Parteien national erhalten. Eine solche verfassungsgebende Versammlung wäre wahrhaft repräsentativ und hätte auch ein Mandat, um eine neue Verfassung zu verabschieden.

Das Regime dagegen hat vorgeschlagen, die neue Verfassung durch Organisationen entwerfen zu lassen, die von dem Regime ausgewählt wurden nach dem dubiosen Kriterium der „nachgewiesenen Unterstützung“. Das Ziel dieser Übung ist, den Verhandlungstisch vollzustopfen mit Handlangern und Lakaien des Regimes.

Der PAC hat von Anfang an diese vorbestimmte und undemokratische Formel zurückgewiesen.

In der Verfolgung des Mandates, daß ihr der 2. Kongreß des PAC gegeben hatte, und bestätigt durch die Patriotische Vereinigte Front-Konferenz, war die Führung des PAC bereit, einem Treffen beizuwohnen, auf der der Termin, der neutrale Ort und der unabhängige Vorsitzende für die Vorbereitungskonferenz zur Verfassungsgebenden Versammlung entschieden werden sollte. Deshalb, um diese Ziele zu erreichen, nahm sie an einem vorbereitenden Treffen am 29. November teil. Der PAC spielte keine Rolle bei der Entscheidung über die Teilnehmer dieser vorbereitenden Konferenz.

Dieses vorbereitende Treffen bestand aus zehn Parteien aus den Bantustan-Strukturen, sechs aus den Struktu-

ren des 3-Kammern-Systems, drei von der Kongreß-Allianz des ANC und dem PAC als der einzigen unabhängigen Organisation. Auf diesem Treffen stellte die Delegation des PAC fest, daß der Termin, der Ort und der Vorsitz bereits von den übrigen Teilnehmern der Beratung unter Ausschuß des PAC festgelegt waren. Mehr noch, die Vereinbarungen, die auf der Konferenz der Patriotischen Vereinigten Front erzielt worden waren, wurden von unseren Partnern in der PUFC nicht mehr respektiert. Alle Versuche des PAC, das vorbereitende Treffen dafür zu gewinnen, die Entscheidungen der PUFC zu respektieren, wurden von allen anderen Teilnehmern ignoriert, eingeschlossen die anwesenden Mitglieder der PUFC.

Die Delegation des PAC hatte unter diesen Umständen keine Alternative und beendete ihre Mitwirkung. Die Führung des PAC beschloß, den Sonderkongreß einzuberufen, um die Frage unserer Mitwirkung oder Nichtmitwirkung an der sogenannten CODESA zu diskutieren.

Der Sonderkongreß hat die Entscheidung, die Konferenz zu verlassen und diesen Kongreß einzuberufen, einstimmig

bestätigt. Er entschied darüber hinaus, nicht an CODESA mitzuwirken wegen der undemokratischen Zusammensetzung und der Weigerung der Teilnehmer, die Beratung an einen neutralen Ort außerhalb des Landes unter einem unabhängigen und neutralen Vorsitz zu verlegen. Der PAC besteht darauf, daß eine demokratische Lösung mit demokratischen Bedingungen beginnen muß, bei der die legitime Entscheidung der Mehrheit in unserem Land über unrepräsentative Elemente siegt, die sich weigern, sich einer Wahl zu stellen. Der PAC besteht darauf, daß eine demokratische Regierung gebildet werden muß, nicht eine kooptierte Regierung... (fehlt Text) (Nachtrag des Pressesprechers des PAC, Barney Desai): Die Konferenz beauftragte die Führung, die Forderung nach der Errichtung einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung mit allen interessierten Parteien weiter zu erheben, bis das Regime dem Willen der Mehrheit nachgibt. Sie beauftragte die Führung, diese Forderung weiterzuverfolgen.

Der Sonderkongreß bekräftigte die allgemeinen Prinzipien, die die PUFC beschlossen hatte, als gültig und als demokratische Alternative zu CODESA. Sie beauftragte die Führung, die PUFC so bald wie möglich wieder einzuberufen, um die Forderung nach nationaler Befreiung und nach Selbstbestimmung zu stärken.

Kanada: Landvertrag mit Inuit vor dem Abschluß?

Jahrelange Verhandlungen haben zu einem Vertragsentwurf geführt, der möglicherweise von beiden Seiten angenommen wird: Für die kanadischen Inuit wird danach ein Gebiet von 350 000 Quadratkilometern der Northwest Territories — unter dem neuen Namen Nunavut („unser Land“) — zu einer neuen kanadischen Provinz gebildet. Bisher wird das gesamte Territorium durch zwei Abgeordnete im Parlament in Ottawa vertreten; viele Rechte liegen bei der kanadischen Bundesregierung.

Ferner erhalten die Inuit das Recht zur Einflußnahme auf den Abbau von Bodenschätzen in einem Gebiet von weiteren 1,5 Mio. Quadratkilometern. Darüber hinaus werden vom Staat über einen Zeitraum von 14 Jahren 580 Mio. kanadische Dollar als Wiedergutmachung gezahlt; Kanada verlangt dafür von den Inuit, auf ihren Anspruch auf die gesamten Northwest Territories zu verzichten. Die Northwest Territories umfassen ein Drittel des kanadischen Staatsgebietes; die nördlichen Inseln nähern sich bis auf 800 km dem Nordpol. Es gibt heute 64 Orte, der größte ist Yellowknife (11 753 Einwohner), wo die mittlere Tagestemperatur minus 5,6 Grad Celsius beträgt.

58 % der Northwest-Bevölkerung werden zu den Ureinwohnern gerechnet — vor allem Inuit (15 000), Dene (11 000) oder Métis (2 600). Die Dene

leben vor allem im Gebiet von Mackenzie Valley, also westlich von Nunavut, und sind von dem Projekt damit in der Mehrzahl nur mittelbar betroffen. Unter den Dene gibt es sieben unterschiedliche Dialekte, die als Chipewyan, Yellowknife, Slave, Dogrib, Hare, Nahanni und Kutchin bezeichnet werden. Es gibt den Plan, den Westen der Territories unter dem Namen Denendeh zu einer weiteren Provinz zu machen.

Traditionell lebten die Ureinwohner von Jagd und Fischfang, später kam der Pelzhandel dazu, ferner Flugwesen.

Das Abkommen ist bisher von keiner Seite unterzeichnet; es muß dem kanadischen Parlament vorgelegt werden, und die Inuit und die Angehörigen indianischer Nationen im Northwest Territory werden am 16. März in einer Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung beschließen.

Der Vertrag geht auf Forderungen der Inuit von 1970 zurück. 1982 ergab eine Urabstimmung in dem östlich gelegenen Nunavut-Gebiet eine Zustimmung von 4:1 zu dem Projekt. Verzögerungen ergaben sich durch Auseinandersetzungen um die Rechte derjenigen Siedlungen, die westlich der geplanten Nunavut-Grenze liegen.

Quellen: *International Herald Tribune* und *Neue Zürcher Zeitung*, 19.12.91; *Süddeutsche Ztg.*, 20.12.91; *The Canadian Encyclopedia*, 2nd ed., 1988 — (mf)

Proteste norwegischer Bauern gegen GATT-Runde

Auf Initiative des norwegischen Bauernverbandes startete am 11. Januar in Norwegen ein Bus nach Genf. Aufgerufen wurde zur Teilnahme am Protest bei der GATT-Verhandlung am 13. Januar 1992. „Dort werden wir der norwegischen Verhandlungskommission etwas Wind in den Nacken pusten“, meinte der Vorsitzende des Verbandes der Region Hedmark.

Bei den gegenwärtigen GATT-Verhandlungen (Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen) — der „Uruguay-Runde“ — sollen Regelungen für neue Bereiche, u. a. den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, aufgenommen werden. Da die unterschiedlichen Interessen zwischen USA, EG, EFTA-Ländern und Entwicklungsländern bislang ein Ergebnis verhinderten, legte der GATT-Vorsitzende, Arthur Dunkel, Ende letzten Jahres einen Kompromißvorschlag vor. Die wichtigsten Punkte:

— Wegfall des bisherigen Schutzes vor Importen, der auf der Basis der inländischen Produktion geregelt wird.
— Pflicht zum Mindestimport in der Höhe von 5 % des Verbrauchs bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die bislang nicht importiert werden.
— Kürzung der Subventionen für die

Landwirtschaft um 20 %, berechnet auf dem Niveau von 1986 bis 1988 (nicht inflationsbereinigt).

In Norwegen wird der Dunkel-Vorschlag seit Wochen ausführlich diskutiert und insbesondere in der Landwirtschaft und dem Nahrungsmittelsektor abgelehnt. Dunkel wird vorgeworfen, den Interessen der größten Lebensmittelexporteure USA und Niederlande entsprochen zu haben, die sich damit einen leichteren Zugang in die lebensmittelimportierenden Ländern, wozu auch Norwegen zählt, versprechen. Der Bauernverband befürchtet, daß 50 000 bis 70 000 Arbeitsplätze verloren gehen, weil die nominelle Kürzung der Subventionen um 20 % in Wirklichkeit unter Berücksichtigung der Inflation bis 1999 50 % betrage. Von heute 100 000 Arbeitsplätzen in der norwegischen Landwirtschaft müßten 37 000 bis 47 000 verschwinden. Ebenso dramatisch sieht der Vorsitzende der Nahrungsmittelgewerkschaft die Entwicklung, wenn die Dunkel-Vorschläge angenommen würden. Von den 50 000 Beschäftigten in der Ernährungsindustrie ist die Hälfte von der Landwirtschaft abhängig. Ca. 17 000 bis 23 000 Arbeitsplätze wären bedroht.

Quelle: *Klassekampen*, 12/91 u. 1/92 — (ccs)

Schweiz: „Warum muß jeder zweite Bauer sterben?“

Zehntausende von Bauern sind in den letzten Wochen in der ganzen Schweiz auf die Straße gegangen. Sie protestierten damit gegen die Entwürfe zur Neuordnung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt, die zu einer drastischen Umkrempelung der Agrarproduktion in der Schweiz führen würde. Die Bauern fordern von der Regierung, daß sie die Gatt-Pläne ablehnt, weil sie die Existenz Zehntausender, vor allem kleiner, bäuerlicher Betriebe gefährden würden.

Die von den imperialistischen Staaten diktierte Neuordnung des internationalen Zoll- und Handelsabkommens sieht für die Schweiz vor, die bislang staatlich garantierte Stützung der Erzeugerpreise und der Exportsubventionen innerhalb der nächsten drei Jahre um rund ein Drittel abzubauen und außerdem die Grenzen für billige Importprodukte zu öffnen. Diese Pläne, so erklärten alarmierte Vertreter der Landwirte, stellen die Existenzgrundlagen der bäuerlichen Familienbetriebe in Frage — ein breites Bauernsterben droht. Ein Treffen von Vertretern der Bauernverbände und des Bundesrats (der Schweizer Regierung) im Dezember 1991, kurz nachdem die Mitgliedsstaaten des Gatt ihre Vorschläge veröffentlicht hatten, machte

deutlich, daß die bürgerlich dominierte Regierung bereit ist, die Interessen der Bauern auf dem Altar des Gatt zu opfern. Daraufhin kündigten die Landwirte eigene Aktivitäten an.

Vorläufiger Höhepunkt der Protestaktionen, zu denen die Bauernverbände in allen Landesteilen aufgerufen hatten, war eine Demonstration am 9. Januar vor dem Regierungssitz in Bern, an der sich rund 12 000 Landwirte beteiligten. Gleichzeitig demonstrierten Tausende auch in Weinfelden und Luzern. „Warum muß jeder zweite Bauer sterben?“ fragte man bitter auf einem Transparent in Bern. Redner auf der Abschlußkundgebung forderten kategorisch die Ablehnung der Gatt-Pläne durch den Schweizer Bundesrat und kündigten weiteren Widerstand an. Ein Kundgebungsredner sprach sich für den Verzicht auf neue Kampfflugzeuge und die Abschaffung der Armee aus, um die Finanzierung des Bauernstands zu sichern. Empörte Landwirte warfen Scheiben ein, Flaschen und Eier flogen gegen das Berner Bundeshaus, vor dem Portal des Regierungssitzes verbrannten Bauern einen schwarzen Sarg. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas gegen die Demonstranten ein und räumte den Platz vor dem Bundeshaus — (jög)

Internationale Umschau



Beamte aus einer sogenannten „Mobilmachungsbehörde“ der türkischen Armee in Diyarbakir haben gegenüber der Zeitung *Yeni Ülke* enthüllt, daß diese Behörde in Wirklichkeit den kolonialistischen „Spezialkrieg“ der Armee gegen die Kurden leitet. Von dieser Behörde aus wurde der Terror gegen die Teilnehmer der Beerdigung des HEP-Vorsitzenden Vedat Aydins gelenkt, bei dem türkische Sicherheitskräfte in den Beerdigungszug feuerten und mehrere Menschen ums Leben kamen. Hier wirkte auch lange Zeit ein Major Zorman, der 1987 das Konzept des „Spezialkriegs“ und der Anstachelung von stammesfeudalen Gegensätzen zwischen Kurden entwickelte. Bild: Sicherheitskräfte in Diyarbakir. Quelle: *Kurdistan-Rundbrief* 2/92 — (rül)

Mercedes will bei Avia/CSFR einsteigen

Mercedes-Benz verstärkt seine Aktivitäten in Osteuropa. Nach der Übernahme von IFA Ludwigsfelde, der Lizenzvereinbarung mit dem russischen Konzern Avtrokon über den Bau von Reisebussen und einer geplanten Unimog-Lizenzfertigung in Rußland wird Mercedes jetzt auch in der CSFR aktiv. Mercedes hat sich dabei anscheinend gegen den Konkurrenten Renault durchgesetzt und will in der CSFR in Kooperation mit dem Avia-Konzern Mercedes-Transporter und -LKW bauen. Eine Absichtserklärung darüber wurde jetzt in Prag unterzeichnet. Mercedes will in den nächsten fünf Jahren 350 Mio. DM in dieses Projekt in Prag investieren, mittelfristig sollen rund 30 000 LKW pro Jahr gefertigt werden. Mercedes beteiligt sich am Gemeinschaftsunternehmen zunächst mit 31 %, will aber bis in fünf Jahren die Mehrheit übernehmen. Nach Zustimmung der CSFR-Regierung soll Mitte 1992 das Kooperationsabkommen unterzeichnet werden, Anfang 1993 sollen die ersten Mercedes-Nutzfahrzeuge vom Band laufen. — (frm/AGM)

Türkei schürt religiöse Gegensätze in Kurdistan

Türkische Kolonialorgane versuchen im Gebiet von Batman (Nord-West-Kurdistan) seit Monaten, durch Anschläge auf islamische Fundamentalisten diese gegen den Befreiungskampf aufzuheizen. Mitte Dezember veröffentlichten zwei türkische Zeitungen angebliche Interviews mit zwei geschädigten Ladenbesitzern: die PKK stecke hinter den Anschlägen. Daraufhin enthüllten die beiden Ladenbesitzer, daß sie nie diese Interviews gegeben haben und außerdem annehmen, daß die türkische Konterguerilla hinter den Anschlägen steckt. Quelle: *Kurdistan-Rundbrief* 2/92 — (rül)

Neue Willkürentscheidung gegen Leonard Peltier

Trotz Vorliegens neuer Beweise für die Unschuld Leonard Peltiers, eines politischen Gefangenen aus der Indianerbewegung AIM, hat ein US-Gericht auf Antrag der Regierung die Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt. Wie berichtet, hatte ein Zeuge die Tötung von zwei FBI-Beamten zugegeben, für die Leonard Peltier verurteilt und seit 16 Jahren gefangengehalten wird. Das Gericht gab jedem Verlangen der Regierung nach, verweigerte sogar die Anhörung des Gefangenen und machte ihm unmöglich, die Beweise vorzutragen. Währenddessen wächst die Unterstützung für Peltier, der nicht aufgeben will. Der Canada Labor Congress, der zwei Millionen Gewerkschaftsmitglieder vertritt, unterstützt seit kurzem die Kampagne des Verteidigungskomitees in Kanada. Die Organisation von Freedom Now an der US-Westküste bereitet für September/Oktober zusammen mit AIM ein Tribunal zu 500 Jahren Kolonialismus und Widerstand bevor. Schwerpunkte dieses Tribunals sollen die Situation der Indianer und die Situation der politischen Gefangenen sein. — (scc)

Asturien: Bergarbeiter rufen Generalstreik aus

Die Gewerkschaftsführer der Bergarbeiter in Asturien (Nordprovinz von Spanien) haben am Freitag, den 3.1.1992, zu neuen Protesten und Aktionen gegen den sogenannten Plan Hunosa der spanischen Zentralregierung aufgerufen, der die Stilllegung der größten Bergwerksgesellschaft in Asturien bis zum Jahr 2002 vorsieht. Allein bis 1993 sollen 6000 Arbeitsplätze wegfallen. Hintergrund sind EG-Vorschriften, die eine weitere Subventionierung des regional sehr wichtigen Bergwerks verbieten. Im Kohlerevier von Caudal und Nalón ist in den Gemeinden und Städten der Generalstreik voll befolgt worden und hat das öffentliche Leben lahmgelegt. Heftige Zusammenstöße liefern sich seit Wochen Demonstranten und Sicherheitskräfte, besonders in der Stadt Mieres. Straßen wurden von den Demonstranten mit großen Felsbrocken blockiert und gegen die vorrückende Polizei wurden Steinschleudern eingesetzt. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein. Der spanische Industrieminister Claudio Aranzadi wird noch vor dem 15. Januar vor die spanische Abgeordnetenversammlung treten und dort die Haltung der Regierung erklären. Die asturianischen Gewerkschaften haben angekündigt, daß sie auf einer Änderung des Plans Hunosa bestehen. Falls es keine Änderung gebe, würde auf Asturien eine Zeit großer Schwierigkeiten zukommen. Die feste Haltung der Gewerkschaften SOMA-UGT und CCOO hat immerhin bewirkt, daß sich auf politischer Ebene eine Bewegung abzeichnet. Nach Ansicht der Gewerkschaftsführungen geht es in Asturien nicht nur um die Schließung der Minen, sondern auch um die Vernichtung der Gewerkschaften der Bergarbeiter. — (ros)

Trotz Kompromiß: Weiter Kampf um die Rote Armee

Es muß als unwahrscheinlich gelten, daß die Auseinandersetzung zwischen Rußland und der Ukraine um die Schwarzmeerflotte mit dem jüngst erzielten Kompromiß beendet sind. Zunächst hatte die Ukraine den Oberbefehl über die Flotte beansprucht, dann Jelzin. Dem zentralen Fernsehen der GUS zufolge hat der Militärat der Flotte Soldaten und Offiziere am 6.1. aufgefordert, den von der ukrainischen Regierung verlangten Eid zu verweigern. Demzufolge sollen am Flottenstützpunkt Sewastopol Truppen aufmarschieren, um die Übernahme zu verhindern. Der Flottenoberbefehlshaber verwies darauf, daß die Soldaten weiterhin ihrem Eid auf die Sowjetunion verpflichtet blieben, und sprach sich scharf gegen eine Aufteilung aus. Diese jedoch wurde jetzt von Rußland und der Ukraine im Grundsatz vereinbart. Die konkreten Aufteilungsbeschlüsse müssen allerdings noch erarbeitet werden. — Währenddessen hat der Präsident Kasachstans den neuen russischen Militäreid, der die Soldaten, auch die in anderen GUS-Republiken stationierten, auf „Rußland und sein Volk“ ein schwört, kritisiert. Zeitungsmeldungen zufolge soll Jelzin ein Dekret vorbereiten, mit dem er sich die gesamten Streitkräfte der UdSSR unterstellen will, bis die GUS ein gemeinsames Oberkommando eingerichtet hat. — (scc)



In El Salvador hat die Regierung nach zwölf Jahren bewaffneten Kampfes gegen die Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) einen Waffenstillstand abgeschlossen. Die Befreiungskämpfer sollen demobilisiert und in eine neuzuschaffende Polizei integriert werden, die Armee stark abgebaut werden und keine Polizeiaufgaben mehr übernehmen, so die von der UNO vermittelte Vereinbarung. Rechte Kräfte haben allerdings angekündigt, daß sie eine „Versöhnung mit Terroristen“ sabotieren wollen. Bild: Gewerkschaftsdemonstration gegen die Regierung während der Zeit des bewaffneten Kampfes. *Neue Zürcher Ztg.*, 5.1. — (alk, Bild: Sistema Radio Venceremos)

Immer noch sind Flüchtlinge in der Kirche

Norderstedt. Immer noch harren etwa 20 Flüchtlinge in der Shalom-Kirche in Norderstedt aus. Seit dem 5. November 1991 haben sie dort mit ihren Familien Zuflucht gesucht. Sie hofften bei ihrer Ankunft, so der Verfolgung und Anschlägen durch Faschisten, die sie besonders schlimm in Greifswald erlebt hatten, zu entgehen.

Inzwischen hat sich für die Flüchtlinge das Blatt erheblich zu ihrem Nachteil gewendet. Hatte anfangs die Shalom-Kirchengemeinde sich mit den Flüchtlingen solidarisiert und sie in den Räumen der Kirche willkommen heißen, betrachtet die Kirche sie jetzt als unwillkommene Gäste. Der Kirchenvorstand will, daß die Flüchtlinge die Shalom-Kirche verlassen. Um dies zu erreichen, hat er den Flüchtlingen mehrere Ultimaten gestellt. Er hat ihnen oben drein Verpflegung und ärztliche Versorgung entzogen. Versorgt werden die Flüchtlinge gegenwärtig von ganz unterschiedlichen UnterstützerInnen: z.B. von der Norderstedter Antifa, der „Altenselbsthilfe Norderstedt“, aber auch von gewerkschaftlichen Gruppen wie dem Vertrauenskörper der IG Metall bei Jungheinrich, durch Geldspenden und konkrete Hilfsmaßnahmen.

Die Kirchengemeinde ist inzwischen ganz auf die Linie der schleswig-holstei-

nischen Landesregierung eingeschwenkt. So wie diese verlangt sie von den Flüchtlingen, nach Mecklenburg-Vorpommern gemäß den Verteilungsgrundsätzen der Innenminister umzuziehen. Allerlei Überredungskünste werden angewendet, Häuser für die Unterbringung in Mecklenburg von Kirchenleuten ausgeguckt und angepriesen, wie „sicher“ sie vor Angriffen durch Neonazis seien; darüber hinaus wird „sicheres Geleit an einen sicheren Ort“ versprochen. Die zwischen Regierung und Kirche gut koordinierte Vorgehensweise gegen die Flüchtlinge blieb nicht ohne Wirkung. Einige Familien mit Kindern sind in die Ex-DDR zurückgegangen. Nach mehreren Monaten Widerstand konnten sie den Druck nicht mehr aushalten. Andere haben aufgegeben, weil sie dann schon lieber in einem „heimatlichen“ Gefängnis einsitzen wollten, als diese unwürdige Behandlung hier weiter durchzustehen.

Verblieben ist eine hartnäckige Gruppe. Sie bedarf besonders der Unterstützung. Das um so mehr, nachdem die bürgerlichen Medien nur noch schweigen, oder wenn sie berichten, nur die „Not“ der Kirchengemeinde mit den Flüchtlingen schildern. Der solidarische Beschluß der GEW in Hamburg ist da sehr nützlich. — (hel)

Mehr Rechte für Behinderte und Alte?

Stuttgart. In aller Regel ist den meisten Leuten, die nicht unmittelbar mit der Problematik konfrontiert sind, das Recht der Entmündigung und Pflegschaft kein Begriff. Dabei werden altersverwirrte oder psychisch Kranke, Menschen, die nach Auffassung eines zuständigen Gerichtes (Vormundschafts- bzw. Amtsgericht) für unfähig gehalten werden, eigenständige Willensentscheidungen zu treffen, unter die Aufsicht einer anderen Person gestellt, die dann in bestimmten oder auch allen Lebensbereichen die Entscheidungen ersatzweise trifft (z.B. Geldangelegenheiten, Verlegungen in ein Heim gegen den Willen der Betroffenen, zwangsweise Unterbringung in einer geschlossenen psychiatrischen Abteilung usw.).

Seit gut zehn Jahren knobelte das Bundesjustizministerium an einer Novellierung herum, die jetzt als Betreuungs-gesetz seit 1.1.92 in Kraft ist. Wichtigste Regelungen: Die Entmündigung mit ihren Folgen (Entzug des Wahlrechts, Eintrag ins Zentralregister, Entzug der Geschäftsfähigkeit und der selbständigen Bestimmung des Aufenthaltes usw.) sowie die Pflegschaft (für die Bereiche Vermögen, Aufenthalt, Gesundheitsfürsorge) sind abgeschafft. Es existiert der einheitliche Begriff der Betreuung. Im Verfahren sind die Betroffenen stets voll verfahrensfähig (Beistellung von Verfahrenspflegern). Die Gerichte sind verpflichtet, im Detail den Umfang der erforderlichen Betreuung zu benennen und auch den Zeitraum.

Stimmt es also, wenn der *Wochen-dienst* 50/91 der baden-württembergischen Landesregierung schreibt: „Das neue Recht ist ein wichtiger Schritt, um die Rechtsstellung alter Menschen entscheidend zu verbessern. Es sei aber auch für Behinderte und psychisch Kranke von großer Bedeutung.“? Die große Bedeutung ist nicht zu bestreiten, die „entscheidende Verbesserung“ schon. Verschiedene Vormundschaftsrichter haben darauf hingewiesen, daß die Flut neuer Verfahren — eine Zunahme von 10 % ist offiziell angesetzt —, die genauere Festlegung der Erfordernisse usw. zu einer Überlastung der Gerichte führt. Diese würden dann zum Mittel der einstweiligen Anordnung greifen, um im Vorgriff bestimmte Angelegenheiten zu regeln. Außerdem gibt es über einen Einwilligungsvorbehalt die Möglichkeit, hinterher eine faktische Entmündigung einzuführen. Hier muß genau beobachtet werden, inwieweit sich die Rechtsstellung Alter und Behindert tatsächlich ändert und verbessert.

Durch das neue Recht werden über 40 Bundesgesetze geändert. Auf Landesebene sind bislang lediglich in Baden-Württemberg gültige Landesausfüh-

rungsbestimmungen erlassen worden. Es ist auf der Ebene der Kommunen, für die ein neues Betreuungsbehörden-gesetz erlassen wurde, darüber ein enormes Gewurstel entstanden. Es ist nur sehr schwer möglich, präzise Auskünfte bei den zuständigen Sozialämtern zu erhalten, wie sie sich die Umsetzung des Gesetzes auf kommunaler Ebene vorstellen. Dies hat vor allem den Grund darin, daß die Bundesregierung das Gesetz „kostenneutral“ erlassen hat, den Ländern aber die Auflage gemacht hat, insbesondere dem Nachrangigkeitsprinzip (erst die Familienangehörigen, dann freigemeinnützige Träger, dann erst staatliche Institutionen) hier wieder Geltung zu verschaffen. Die Länder haben das Problem durch weitestgehende Abwälzung der Kosten auf die Kommunen behoben.

Die neu zu schaffenden Betreuungsbehörden haben vor allem die Aufgabe, in der oben erwähnten Reihenfolge für die Gerichte Leute oder Einrichtungen zu finden, die bereit sind, Betreuungen zu übernehmen. „Möglichst viele Privatpersonen sollen für diese sozialpolitisch wichtige Aufgabe gewonnen werden“, schreibt die Hauspostille der Landesregierung. Dabei ist es inzwischen so, daß entweder sowieso Regelungen innerhalb der Familien getroffen werden (nicht immer gerade zum Vorteil der Betroffenen), aber dadurch, daß viele betroffene Menschen quasi Sozialhilfeempfänger und/oder psychisch krank sind, auch nur eine qualifizierte Hilfe tatsächlich sinnvoll ist. Wenn aber die Hilfe da ist, fragt sich stets, warum dann überhaupt eine Willensentscheidung ersetzt werden muß.

Betrachtet man die Neuregelungen, so ist es derzeit selbst für Insider schwierig abzuschätzen, wie sich die Angelegenheit entwickelt. Es ist durchaus auch als Reaktion auf die Proteste der Behindertenverbände und -gruppen zu sehen, bietet dem einzelnen Betroffenen grundsätzliche Möglichkeiten. Aber entscheidend ist die Praxis, und hier sind genügend Möglichkeiten, eine Mitwirkung Betroffener auszuschalten, davon einmal abgesehen, daß selbst die Zuordnung eines Verfahrenspflegers wegen der Komplexität der Neuregelungen nicht unbedingt ein faires Verfahren sichert. Direkt behindertenfeindlich ist die Neuregelung des Sterilisations. Hier ist ein klarer Rückschritt zu sehen. Die Umsetzung auf der kommunalen Ebene bedeutet eine engere Verquickung von Justiz- und Kommunalverwaltung. Inwieweit dies sich zum Nachteil Betroffener auswirkt, ist derzeit nicht gut abschätzbar. Der Versuch, in diesem Bereich eine weitere Subsidiarität zu erreichen, wird in vielen Fällen nicht gelingen. — (cog/AGG)

Neue Schießbahn in Betrieb genommen

Soltau. Am 16.12.91 hat die Bundeswehr die zum Truppenübungsplatz Munster-Nord gehörige Schießbahn 7 Lopau in Betrieb genommen. Gegen ihren Bau hatte es jahrelange Proteste gegeben. Mit 1000 m Breite und 4000 m Tiefe ist es die größte Schießbahn in der BRD, die zur Gefechtsausbildung für Panzergrenadiere zur Verfügung steht. Große Gebiete über dieses Gelände hinaus sind damit an den Übungstagen Montag, Mittwoch und Freitag aus Sicherheitsgründen gesperrt. Die Bürgerinitiative Amelinghausen, die ihre Tätigkeit vorwiegend gegen die Nutzung des Soltau-Lüneburg-Abkommens durch britische Nato-Truppen richtet, hat sich jetzt mit einer Eingabe an den Petitionsausschuß des Bundestages gewandt. Dieser solle die Notwendigkeit der Anlage überprüfen. — (sts)

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse

Vechta. Über 40 % aller Beschäftigungsverhältnisse im Landkreis Vechta liegen unterhalb der Sozialversicherungsgrenze. Einen ähnlichen Prozentsatz gibt es im Landkreis Cloppenburg. Es handelt sich überwiegend um verheiratete Frauen, die zu niedrigen Löhnen stundenweise arbeiten. Das rapide Anwachsen der Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in den beiden südoldenburgischen Landkreisen findet seine Entsprechung im Absinken der offiziellen Arbeitslosenquote. Besonders Automobilkonzerne vergeben Arbeiten an Subunternehmer, die geringfügig Beschäftigte, teilweise in Heimarbeit, anstellen. Es entfallen für die Konzerne die nach den Metall-Tarifverträgen zu zahlende Entlohnung und für die Subun-

ternehmer sämtliche Lohnnebenkosten. Anspruch auf Krankengeld, Lohnfortzahlung, Rente, auf Urlaub, Weihnachtsgeld und Arbeitslosengeld entfallen, Kindererziehungszeiten werden nicht angerechnet. — (jot)

Strom: Haushalte zahlen mehr — Gewerbe weniger

Heilbronn. Ab 1.1.1992 hat die ZEAG (Zement- und Elektrizitätswerk Lauffen/Heilbronn) neue Tarife eingeführt. Für die Privathaushalte werden die Preise um ca. 4,9 Prozent teurer, das Gewerbe kommt in den Genuß einer durchschnittlich 13prozentigen Preissenkung. Speziell die Sondervetragskunden werden in Zukunft 6 Prozent weniger für den Strom bezahlen. „Ein Skandal in mehrerer Hinsicht, denn einerseits bezahlt die Bevölkerung noch stärker den Großen die Rechnung, zum anderen fehlt den Großverbrauchern nach wie vor der Preiszwang, Strom zu sparen“, kommentiert die Alternative Linke Liste im Kommunalen ALLtag. Quelle: Kommunalen ALLtag 1/92 — (jom, KW)

Proteste an Hochschulen gegen Preiserhöhungen

Konstanz. Wie an anderen Hochschulen des Landes auch plant das Studentenwerk Konstanz einen Rundumschlag gegen die Studierenden. Der im November verabschiedete Wirtschaftsplan für 1992 sieht Mieterhöhungen zwischen 8 und 23 % in den Wohnheimen und eine Verteuerung des Mensasessens um 20 Pfennig vor. Außerdem will Studentenwerksleiter Unger die Sozialbeiträge um 3,35 DM verteuern und die Preise für Kinderversorgung zwischen 90 und 110 % erhöhen. Schon in den letzten beiden Jahren kassierte das Studentenwerk, das neben Uni und FH auch die PH

Weingarten versorgt, mehr für Essen und Mieten. Im Gegensatz zu damals allerdings regt sich nun Protest. Noch im November organisierte der ASTA, in dem u. a. Jusos und Grüne arbeiten, eine Uni-Vollversammlung, die sich einstimmig gegen die Preiserhöhungen aussprach. Trotz Protesten von Studierenden — rund 200 Leute drängten sich vor dem Sitzungsraum — peitschte Unger seinen Wirtschaftsplan durch. Auf einer Veranstaltung zur Einführung des neuen Rektors Rühlers, für die sich Wissenschaftsminister v. Trotha angekündigt hatte, forderten 1000 Studierende vom Minister eine Diskussion über den Wirtschaftsplan. v. Trotha sagte schließlich zu, sich mit dem ASTA zu unterhalten. Das geschah auch, blieb jedoch ergebnislos. Eine zweite Vollversammlung beschloß daraufhin einen Cafeteriaboykott und regte einen Mietboykott an. Der zweitägige Boykott der Cafeteria Mitte Dezember war nach Einschätzung des ASTA ein voller Erfolg, der Mietboykott läuft eher zäh. Weitere Aktionen sind geplant. — (jüg)

„Wucher“gebühr für Asylbewerber

München. Nach Aufhebung des Arbeitsverbotes für Asylbewerber wurde im Regierungsbezirk Oberbayern die Gebühr für das Wohnen in Sammel-lagern auf 270 DM pro Erwachsener, auf 81 DM pro jugendlicher pro Monat für diejenigen erhöht, die arbeiten. Dann zahlen Eltern und zwei Kinder, für ein 15 qm großes Zimmer 702 DM pro Monat für solch menschenunwürdige Unterkunft — mehr als 46 DM/qm. In vielen Städten wurde für die Betroffenen Widerspruch eingelegt. Ein Muster für den Widerspruch ist beim Bayerischen Flüchtlingsrat, Daiserstr. 9, 8000 München 70, zu bekommen. — (lsc)



Abschiebungen der Roma ausgesetzt?

Köln. Am 8. Januar meldete die Presse, daß die geplanten Abschiebungen der Roma auf Anordnung von Innenminister Schnoor zum Teil verschoben seien. Diejenigen Roma, die aufgrund eines Reintegrationsprogramms ausreisen, können bis zum 30. Juni bleiben. Dies gilt aber nur für Roma, die nicht aus Mazedonien kommen. Der Großteil der Roma, der sich nicht an dem Ausreisungsprogramm beteiligt, soll erneut Einzelfallprüfungen unterzogen werden. Am 13. Januar besetzte der Rom e.V. in Köln das Ausländeramt, nachdem das Amt einzelnen Roma erklärt hatte: „Ihr Aufenthalt ist endgültig beendet.“ — (jöd; Bild: af/mz)

Entgelttarifvertrag für die VW-Werke und Tarifreform 2000

Braunschweig. Seit 1. November letzten Jahres gilt ein neuer Entgelttarifvertrag in den sechs Werken der Volkswagen AG. Wohl wie kaum ein anderer Tarifvertrag ist dieses Verhandlungsergebnis bei den Kollegen und Kolleginnen Gegenstand intensiver Diskussionen.

Dabei geht es weniger um die Höhe des Ergebnisses. Angetreten mit einer Forderung von zehn Prozent, kann die IG Metall mit den schließlich vereinbarten zirka 6,7 Prozent von sich behaupten, einen Abschluß im Rahmen des derzeit in der Metallindustrie Üblichen erreicht zu haben. Nicht erreicht werden konnte eine Verkürzung der Laufzeit des Lohn- und Gehaltsvertrages mit dem Ziel, demnächst Tarifverhandlungen wieder gemeinsam mit der übrigen IG Metall in Niedersachsen zu führen.

Nicht nur die Konzernleitung war dagegen, auch bei den meisten Beschäftigten fand diese Forderung keinen Anklang. Dahinter steckt die nach wie vor tief verwurzelte Überzeugung der Kollegen und Kolleginnen bei VW, durch separate Tarifverhandlungen mehr herausholen zu können als durch eine Anknüpfung an die Tarifkämpfe in der gesamten Region.

Zu befürchten ist nun, daß im nächsten Frühjahr die IG Metall in Niedersachsen mit schwachen Positionen in die Tarifverhandlungen geht und im Herbst der VW-Vorstand das Ergebnis einfach

übernimmt. Seine besondere Bedeutung erhält dieser Tarifabschluß aber aus der Tatsache, daß es gelungen ist, einen ersten Schritt in Richtung auf einen einheitlichen Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte zu machen — ein Ziel, das die IG Metall mit der sogenannten Tarifreform 2000 verfolgt.

Ab November 1991 sind die Lohn- und Gehaltsstufen in der Höhe angeglichen worden. Um sicherzustellen, daß durch diese Strukturveränderungen keine Gruppe entscheidend schlechter gestellt wird, setzt sich die gesamte Lohn- bzw. Gehaltserhöhung aus einem Mix von Struktur Anpassung, linearer Erhöhung und dem Bestandsschutz dienenden Ausgleichszahlungen zusammen. So kommt es, daß je nach Lohn- und Gehaltsgruppe die Erhöhung zwischen 6,5 und 8,8 Prozent beträgt.

Dies ist nur der erste Schritt, vereinbart wurde auch, daß die qualitative Angleichung in der nächsten Zeit folgen muß. Daß heißt, daß im Rahmen von noch zu erarbeitenden einheitlichen Tätigkeitsbeschreibungen auch die geschichtlich längst überholte strikte Trennung zwischen Angestellten-tätigkeiten (die als höherwertig angesehen werden) und Lohnarbeit als Arbeiter (als minderwertig, „einfach“ eingestuft) zur Debatte steht.

Hier stellt sich der Gewerkschaftsbewegung eine große gestalterische Aufgabe, die die Unterstützung und Mitar-

beit der Mitglieder in den Betrieben verlangt. Um so bitterer ist es, daß gerade dieser Teil des Tarifvertrages auf Unverständnis und Verbitterung gestoßen ist.

Dies lag einmal daran, daß auf seiten der IG Metall keiner so recht auf diesen entscheidenden Durchbruch gefaßt war und demzufolge Diskussionen im Vorfeld der Verhandlungen unter den Kollegen nicht geführt wurden.

Zum zweiten ist das Verhandlungsergebnis aufgrund der vorgenommenen weitgehenden Strukturveränderungen auch schwer verständlich und läßt Mißdeutungen nach allen Seiten zu. Insbesondere bei den Angestellten ist die Meinung verbreitet, daß sich die IG Metall auf einen faulen Kompromiß auf Kosten der Gehaltsempfänger eingelassen hat.

Dem liegt die Tatsache zugrunde, daß ab November 1992 ein Teil der Tarifierhöhung, die sogenannte monatliche Zulage, beim Wechsel der Gehaltsgruppe wegfällt. Zwar wurde ebenfalls vereinbart, daß bis zu diesem Termin neue Leistungsstufen geschaffen werden und daß im Rahmen der neuen Tätigkeitsbewertungen über die Einstufung der Kollegen und Kolleginnen bis zu diesem Zeitpunkt sowieso neu verhandelt werden muß. Aber zur Zeit ist noch nicht abschbar, wie es der IG Metall gelingen kann, diese tarifpolitisch eminent wichtige Gestaltungsmöglichkeit zur Sache der Betroffenen zu machen. — (mm)



Berlin. Auch ohne „staatlich verordnete Teilnahme“ und traditionell am zweiten Sonntag im Januar nahmen nach polizeilichen Angaben 50 000, nach anderen bis zu 100 000 Menschen aus Anlaß des Jahrestages der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht an der Kundgebung auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde teil. — (har)

Sonderschichten bei VW und Mercedes

Ulm. Im ersten Halbjahr 1992 sollen im VW-Stammwerk in Wolfsburg zwölf Sonderschichten an Samstagen eingelegt werden, je Schicht sollen 1500 Pkws gebaut werden. Beim zweischichtigen Betrieb in Wolfsburg entfallen auf jede Schicht sechs Samstagsschichten mit jeweils 20 000 Beschäftigten. Die Mehrarbeit wird zur Hälfte bezahlt, der Rest kann wahlweise durch Freizeit bis Ende September ausgeglichen werden oder wird ebenfalls bezahlt. In anderen Werken bestehen ebenfalls Pläne für Sonderschichten. Im Zusammenhang mit der Mehrproduktion forderte der Betriebsrat von VW eine Erhöhung der Inlandverkäufe an Werksangehörige. 1991 wurden ca. 100 000 Fahrzeuge der Marken VW und Audi an Werksangehörige verkauft. Wegen der hohen Nachfrage nach dem Mercedes-Roadster und T-Modell haben Betriebsrat und Werksleitung in Bremen 16 Sonderschichten in 1992 vereinbart. Für Sindelfingen sind wegen der hohen Nachfrage nach Fahrzeugen der S-Klasse Sonderaktionen in der Produktion geplant, nachdem die höchstmögliche Tagesproduktion von 370 Stück erreicht worden ist. — (frm)

Inderinnen als Arbeitsmarktpuffer

Karlsruhe. Im St.-Vincenz-Krankenhaus arbeiten seit Dezember 1991 wieder acht Krankenschwestern aus Indien. Die Schwestern hatten bereits in den siebziger Jahren in der BRD gearbeitet und haben alle ein deutsches Examen. Ende der siebziger Jahre, als der Pflegekräftebedarf mit „Deutschen“ gedeckt werden konnte, waren die Arbeits-

erlaubnisse der Inderinnen — trotz Protesten in der Öffentlichkeit — nicht mehr verlängert worden. Jetzt wurden sie wieder angefordert. Das Vincenz-Krankenhaus verfügt über mildtätige Verbindungen nach Indien, die jetzt genutzt wurden, um mit dem dort im Überfluß vorhandenen Gesundheitspersonal hier vorhandene Lücken im Stellenplan zu stopfen. — (AGG/wjw)

Beschwerden über Kühlschmiermittel

Essen. Ein Beitrag auf der letzten Betriebsversammlung von Krupp Widia hat zu hektischer Aktivität der Betriebsleitung der Trägerwerkzeugfertigung geführt. Bereits auf zwei Abteilungsversammlungen war die Frage der Gesundheitsgefährdung durch krebserregende Nitrosamine in Kühlschmiermitteln angesprochen worden. Da der Arbeitsschutzbeauftragte des Unternehmens wiederholt bestritt, daß sich solche Stoffe bei den verwendeten Kühlmitteln überhaupt bilden können, brachte ein Beschäftigter das Thema auf die große Betriebsversammlung Anfang Dezember. Er konnte darauf verweisen, daß eine Überprüfung an einer Maschine sogar hohe Überschreitungen der Richtwerte der Berufsgenossenschaft ergeben hatte. Daraufhin ließ die Betriebsleitung Messungen vornehmen, bei denen auch an anderen Maschinen Nitrosamine festgestellt wurden, wenn auch im Rahmen der Richtwerte. Inzwischen konnte der Betriebsrat mit der Betriebsleitung weitere Messungen, auch der Luftbelastung, vereinbaren. Darüber hinaus sollen die Ursachen der Nitrosaminbildung untersucht werden und die Routineüberprüfungen des Kühlwassers dokumentiert werden. — (kw)

Seit Juni 1991 streiken die Granitarbeiter in Bayern

München. Die Granitarbeiter fordern eine Lohnerhöhung von zehn Prozent. Die Arbeitgeber — vereinigt in der Bayernwald Granitindustrie — fordern dagegen eine Verminderung der Akkordsätze um 25 % und drohen mit Kündigungen, Betriebsstillegungen und Verlegung in die CSFR. Die Arbeitnehmer lehnten das Tarifdiktat nach zwölfwöchigem Streik in einer Urabstimmung mit 93,9 % ab und führen seitdem den Streik fort. Am 23.9.91 gab es eine große Demonstration in Passau. Im folgenden Auszüge aus einer umfangreichen Dokumentation der IG Bau-Steine-Erden, Landesverband Bayern zur Vorgesichte. — (ecg)

Längst nicht beendet ist der Tarifkonflikt in der Granitindustrie des Bayerischen Waldes, der seit dem 17. Juni 1991 in aller Härte entbrannt ist. Seit mehr als einem halben Jahr führen rund 350 „Granitler“ einen beispiellosen Abwehrstreik gegen die Forderung der Granitunternehmer, ihre bisherigen Einkommen bis zu 30 % zu kürzen. Sie wehren sich dagegen, daß die Unternehmer ihnen und ihren Familien die wirtschaftliche Existenz entziehen wollen. Die Unternehmer zielen darauf ab, daß die Arbeitnehmer die Konsequenzen für politische Entscheidungen zulasten der Granitindustrie bezahlen sollen. Sie zielen darauf ab, daß die Arbeitnehmer in der freien Marktwirtschaft — und wenn sie auch sozial genannt wird — das schwächste Glied sind. (...)

Im Tarifjahr 1989 führten die Paketverhandlungen für die rund 40 000 Be-

schäftigten der Branche über die Manteltarifverträge mit dem Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich ab 1. Juli 1990, die Tarifverträge über die Jahressonderzahlung in einer Stafette bis zum vollen 13. Monatseinkommen (mit Ausnahme der Granitindustrie des Bayerischen Waldes, der Sand- und Kiesindustrie und des Transportbetongewerbes) und letztlich die Entgelttarifverträge zu Einkommenserhöhungen um 3,5 % ab 1. Mai 1989 und um 3,0 % ab 1. Mai 1990.

Diese Einkommensverbesserungen lagen zwar deutlich über den vergleichbaren Abschlüssen außerhalb des Tarifgebietes Bayern, führten aber ab Herbst 1989 dennoch zur Kritik in der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft, als nämlich deutlich wurde, daß die Einkommen der sich stärker entwickelnden Konjunktur hinterherhinkten. Der BSE-Landesverband Bayern reagierte prompt und forderte die Arbeitgeberverbände zu Nachschlagsverhandlungen auf. Diese Initiative — wie auch weitere im folgenden Jahr — blieb ohne Erfolg, weil die Arbeitgeber die geänderten wirtschaftlichen Eckdaten völlig ignorierten und Nachschlagsverhandlungen kategorisch ablehnten. (...)

Mit der Erhöhung der Zeitlohnsätze ist in den jeweiligen Fachbereichen die Erhöhung der Akkordrichtsätze geregelt. Ausgenommen davon sind die Akkorde für die Granitindustrie des Bayerischen Waldes. Nach dem Abschluß der Verbundverhandlungen auf Landesebene wurde in der Vergangenheit dann vor

Ort — also in Passau — durch eigene Kommissionen auf Gewerkschafts- und auf Arbeitgeberseite über den Leistungslohn in diesem Fachbereich und über die Jahressonderzahlung für alle Beschäftigten in der Granitindustrie verhandelt. Hauptaufgabe der BSE-Kommission war es dabei jeweils, sich von den Arbeitgebern nicht vom Landesergebnis „herunterhandeln“ zu lassen. Die Verhandlungen selbst gestalteten sich oft als Fortsetzung der Verbundverhandlungen auf der Landesebene, in denen dem Tarifkommissionsmitglied der Arbeitgeber für die Granitindustrie die Dauerrolle zukam, der IG Bau-Steine-Erden das Markenzeichen „Totengräber der Granitindustrie“ aufzustempeln. Die Bereitschaft zum offenen Konflikt wirkte zuletzt 1977, als die Akkordler drei Wochen gegen Kürzungen streiken mußten — ohne die Zeitlöhner, die nach Abschluß der Verbundverhandlungen bereits wieder der Friedenspflicht unterlagen. Seitdem wurde von den „Granitlern“ die Forderung verfolgt, Akkordler und Stundenlöhner nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Diese Interessengemeinschaft der Akkordler und Stundenlöhner wurde durch die IG Bau-Steine-Erden in der Tarifverhandlungsrunde 1991 und in der Konsequenz im Granitler-Streik 1991/92 erreicht.

Solidaritätsschreiben an: IG Bau-Steine-Erden, Bezirksvorstand Passau, Leopoldstr. 9, 8390 Passau, Tel. 08 51/62 06. Solidaritätskonto: Kto.: 50047 BLZ 74050000 Sparkasse Passau, Kennwort: Streikfront Granit.



In der 12. Streikwoche stimmten 93 % der 350 anwesenden Granitarbeiter für eine Fortdauer bis zur Erfüllung ihrer Forderungen.

Aktion „Aussichten beim Bund“

München. Seit Jahren finden in München Aktionen zum Rekruteneinzug statt. Es gilt, den neuen Rekruten Infos mitzugeben und ihnen ein wenig Rückendeckung zu geben, damit diese sich dort nicht so ohne weiteres unterbuttern lassen. Aufgerufen hatten diesmal für den 2.1.92 zwei ehemalige Wehrpflichtige; gemeinsame Veranstalter waren die Münchner Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend und die Volksfront München. Die Zusammenarbeit der beiden Gruppen in Sachen Soldatenarbeit hatte sich seit dem Golfkrieg konsolidiert. Knapp 20 Menschen kamen diesmal zum Infostand und zur Mahnwache vor der Münchner Bayern-Kaserne, darunter auch Mitglieder der DFG-VK. Das Motto für die diesjährige Aktion lieferte die Bundeswehr durch eine ihrer neuesten Werbeanzeigen selbst. Da wird den jungen Menschen unter den Slogan „Aussichten beim Bund“ die Bundeswehr mit folgenden glorifizierenden Kurzformeln beschrieben: Menschen führen, Verantwortung übernehmen, Natur erleben, die Welt kennenlernen, High-Tech anwenden, den Frieden sichern. Die Hintergründe dieser Kurzformeln konnten in dem zur Verteilung gebrachten vielseitigen Flugblatt leicht gezeigt werden. Die Werbeanzeige hätte eher aus einer Satirezeitschrift stammen können, bedurfte fast keiner Kommentierung mehr. Die relativ geringe Teilnehmerzahl, auch zu

Zeiten des Golfkrieges war sie nicht wesentlich größer, liegt im wesentlichen daran, daß unter Antimilitaristen die Linie, auch innerhalb der Bundeswehr Widerstand gegen Krieg und Militarismus zu leisten, noch zu umstritten ist. Eine im letzten Jahr durchgeführte Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema hatte die Widersprüche nicht verkleinern können. Da gibt es noch einiges zu tun. Im folgenden dokumentieren wir noch einen Abschnitt aus dem Aufruf:

„Am 2. Januar 92 ist wieder Rekruteneinzug. Dann wird den ‚Neuen‘ im großen Stil beigebracht, wie man geht, grüßt, wäscht, Ordnung hält und sogar den blödsinnigsten Befehlen gehorcht. Wir wollen sie an diesem Tag nicht allein lassen mit ihrem Unbehagen vor dem, was sie erwartet. Und die Bundeswehrroben sollen ruhig sehen, daß die ‚Neuen‘ nicht alleine stehen und daß man sie nicht verbiegen kann, wie man will. Laß Dir nicht das Rückgrat brechen! Überprüfe ihre Befehle und vertausche nicht Deinen Kopf mit dem Stahlhelm! Stellvertretend für viele, die diese Aktion bisher unterstützten, haben zwei ehemalige Wehrpflichtige nun die Initiative ergriffen.“

Der nächste Rekruteneinzug findet am 1. April statt. Gegen Rückporto kann bei der Volksfront München eine Sammlung der letzten Flugblätter angefordert werden: Volksfront, c/o GNN-Verlag, Holzstr. 2, 8000 München 5. — (chl)

S-Bahn-Ausbau: Konzeptionslos und auf Kosten der Gemeinden

Stuttgart. Mit dem Ausbau des Flughafens in Leinfelden-Echterdingen und der Verlegung der Autobahn muß auch die Frage geklärt werden, ob die S-Bahn über den Flughafen hinaus weitergeführt werden soll und ob dies eingleisig oder zweigleisig geschehen soll. Die Frage muß jetzt entschieden werden, weil nach Beendigung des Ausbaus eine Verlegung einer S-Bahn-Trasse nicht mehr möglich ist, da dann Autobahn- und Flughafenversorgungsleitungen liegen. Die Autobahn wird zudem an dieser Stelle in einem Tunnel geführt. Eine nochmalige Untertunnelung für die S-Bahn ist dann nicht mehr möglich.

Wer die täglichen Staus auf der B 27 zu Zeiten des Berufsverkehrs kennt, sagt erst einmal uneingeschränkt ja zum Ausbau. Filderstadt will den S-Bahn-Anschluß. Die Stadt muß einen großen Teil des Durchgangsverkehrs zum Flughafen bewältigen. Ein eingleisiger Ausbau erscheint sinnlos, denn bei einer späteren Weiterführung in den Raum Reutlingen/Tübingen wären viel zu lange Taktzeiten die Folge. Das Landesverkehrsministerium scheint diese Frage aber bereits entschieden zu haben, denn mit zunehmendem Baufortschritt wird der Platz für das zweite Gleis einfach zugebaut. Inzwischen denkt auch die IHK Mittlerer Neckar über die Notwendigkeit des Ausbaus der S-Bahn nach. Für sie steht die Attraktivität des Wirtschaftsraumes im Vordergrund. In diesem Fall bedeu-

tet es: Arbeitskräfte, die bisher nicht nach Stuttgart kamen, weil der Weg zu weit ist bzw. die Wohnungen zu teuer sind, wären dann wieder verfügbar. Langfristig würden die Mieten in der ganzen Region auf das hohe Stuttgarter Niveau steigen, wie dies bereits an den bestehenden S-Bahn-Strecken der Fall ist.

Einmalig ist bisher in der Geschichte des S-Bahn-Baus, daß eine betroffene Gemeinde über diese Frage entscheiden muß, denn Filderstadt soll sich entsprechend seinem Anteil an den Kosten für den Ausbau des Flughafens mit mindestens 8 Mio. DM an der Finanzierung der S-Bahn-Trasse beteiligen. Bisher war der S-Bahn-Bau eine Angelegenheit der Bundesbahn. Das heißt aber auch, daß für diese Region keinerlei Konzept für den öffentlichen Nahverkehr besteht. Der Landesverkehrsminister Schäuble verweist aus Kostengründen einen Ausbau in das nächste Jahrtausend. Die ICE-Verbindungen nach Ulm werden sicher eher fertig sein.

Der Gemeinderat von Filderstadt hat vor Weihnachten noch einem zweigleisigen Ausbau der S-Bahn zugestimmt. Er ist auch bereit, die Kosten von 8 Mio. DM zu übernehmen. Er hat aber keinerlei finanziellen Spielraum mehr, sollte das Verkehrsministerium der Gemeinde für den zweigleisigen Ausbau weitere Kosten zuschieben. Bisher ist man dort nämlich davon ausgegangen, daß die

S-Bahn am Flughafen enden würde. Die Gemeinde hat sich mit einem Stadthaltenbau, der nach bisherigen Berechnungen 45 Mio. DM kosten soll und später jährliche Folgekosten von knapp einer Millionen Mark haben wird, bis an die Grenze der Belastbarkeit verschuldet. Sie hat daher keinen Spielraum mehr, nach den neuen Gegebenheiten auf eigene Regie einen zweigleisigen Ausbau zu betreiben. Für die S-Bahn-Trassen auf Filderstädter Gemarkung stehen zwei Möglichkeiten zur Debatte. Die bisherige Fahrzeit mit Bussen nach Stuttgart beträgt ca. 45 Minuten. Die Fahrt mit der S-Bahn über Flughafen, Echterdingen und Vaihingen wäre sicher nicht viel kürzer. Dazu käme, daß ganz Bernhausen und Bonlanden, die bereits jetzt im Autoverkehr erstickten, riesige Parkplätze würden für den aus der Region anreisenden Park & Ride-Verkehr. Entlastung vom Autoverkehr hätte die S-Bahn nicht zur Folge.

Nötig wäre vielmehr ein Konzept für den öffentlichen Nahverkehr in der Region, das ähnlich wie in Freiburg oder Zürich umfassend alle Verkehrsmittel einbezieht und kurze, aufeinander abgestimmte Taktzeiten vorsieht. Zudem müßte die Tarifstruktur einfach und für den Benutzer kostengünstig sein. Aber mit der Tarifierhöhung zum neuen Jahr und der Einschränkung für Auszubildende und Schüler ist eher ein Schritt in die andere Richtung getan. — (uss)

Jugoslawien: Mit Kurs auf Blockfreiheit ist das Land bisher am besten gefahren

Die bürgerliche Presse hierzulande ist mit dem Vorgehen der EG im Bezug auf Jugoslawien nicht einverstanden: Der Abschuß eines Hubschraubers der EG-Beobachter hätte viel schärfere Maßnahmen zur Folge haben müssen. Wie immer an vorderster Front ist die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* der Auffassung, daß durch „chirurgische Schläge gewisse Leute zur Vernunft gebracht werden könnten“ (1). Der Begriff „chirurgisch“ ist seit dem Überfall der USA und ihren europäischen Verbündeten auf den Irak sattem bekannt. Die FAZ ruft daneben noch den nach ihrer Auffassung positiven Einsatz der USA gegen Libyen hervor und bucht dies ebenfalls unter „chirurgischen Einsatz“. Schon seit längerem wird in der BRD eine krisenhafte Entwicklung der jugoslawischen Bundesarmee festgestellt. Jetzt scheint wohl der Zeitpunkt des Handelns herangerückt. Inzwischen seien die Streitkräfte Kroatiens soweit, ein militärisches Gleichgewicht mit der Bundesarmee herzustellen. Übergewichte gäbe es noch bei Artillerie, Luftwaffe und Marine. Nach Auffassung der FAZ ist es nun die Aufgabe der EG, dafür zu sorgen, diese Übergewichte auf Seiten der Bundesarmee aufzuheben. Und dazu bedürfe es eben der „chirurgischen Schläge“. Trotz des Friedensgesäusels, das in den vergangenen Tagen durch die Presse wehte, ist die Situation nach wie vor brandgefährlich, daß es mit vehementem Druck von Seiten der BRD-Regierung zu militärischen Einsätzen gegen Jugoslawien kommt.

Es war daher von der serbischen Regierung nicht ungeschickt, rechtzeitig das Gesetz der Initiative aus Europa auf die Gremien der UNO zu verlagern. Mit der Zustimmung zu einem Einsatz einer UNO-Einsatztruppe in den umstrittenen Gebieten Kroatiens, die mehrheitlich von Serben bewohnt werden, konnte die serbische Führung bei der Mehrheit der UNO-Staaten Punkte gutmachen. Von Seiten der serbischen Regierung unter dem Präsidenten Milošević werden dabei offenbar zwei Ziele verfolgt. Zum einen bewirkt dieses Vorgehen, daß der Durchmarsch der BRD auf EG-Ebene bei der Festlegung der Politik gegenüber Jugoslawien zunächst in Stocken geraten ist. Bei der am 15. 1. 92 geplanten Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die BRD wird die Bundesregierung wohl ziemlich alleine dastehen. Offen wird die Bundesregierung von Seiten des französischen Präsidenten für diesen Alleingang kritisiert, der auch insgesamt die Haltung der BRD bei der Debatte um den EG-Gleichschaltungsprozeß heftig kritisiert. Unterstützung erhält Frankreich dabei von den USA. Beide Staaten haben ein Interesse daran, den Vormarsch der BRD bei der Durchdringung der Staaten Osteuropas zu stoppen. Frankreich, weil es Osteuropa historisch gesehen als eigene Domäne betrachtet und in der Zwischenkriegszeit immer in Konkurrenz mit dem Deutschen Reich um dieses Gebiet stand. Das wiederholt sich jetzt. Die USA, weil sie aus untereinander konkurrierenden Staaten in Europa mehr Nutzen zieht, als aus einer ökonomisch starken EG, die die amerikanische Weltstellung bedroht. Es gibt Hinweise, daß die USA auch den Aufbau einer osteuropäischen Wirtschaftszone favorisiert, die dann in gewisser Weise schon als Konkurrenz zur EG sich entwickeln könnte. Für diesen Vorschlag finden sich auch viele Unterstützer unter Ökonomen und Soziologen in den osteuropäischen Ländern. Vor diesem Hintergrund ist auch die febrige Tätigkeit zu verstehen, mit der Genscher versucht, diese Staaten fest in die EG-Strukturen einzubinden, bevor sie eigene Formen der Kooperation herausgebildet haben.

Für Jugoslawien hat der Streit unter den kapitalistischen Staaten nun den Vorteil, daß vor allem das Interesse der BRD an militärischer Intervention vorerst verhindert werden konnte. Das zweite Ziel Miloševićs besteht offenbar darin, sich der inneren Widersacher zu entledigen. Das zeigt jetzt deutlich ein Brief, den der serbische Präsident an den Vorsitzenden des autonomen serbischen Gebietes Krajina (liegt in Kroatien), Babić geschrieben hat. Babić steht hier stellvertretend für die anderen Vorsitzenden der in den vergangenen Monaten ausgegerufenen autonomen serbischen Gebieten, sei es in anderen Teilen Kroatiens oder in Bosnien und Mazedonien. Diese „auswärtigen“ Serben sind die vehementesten Vertreter einer Wiederherstellung Großserbiens, d.h. für eine Neuzeichnung der Grenzen, wie sie im sozialistischen Jugoslawien festgelegt worden waren. Außerdem sind sie gegen

die Vereinbarungen, die Milošević, Tudjman und Vance bezüglich des Einsatzes von UNO-Truppen getroffen haben. Deswegen greift nun Milošević in starken Worten den Vertreter der Serben in Kroatien an und wirft ihm vor, den Friedensprozeß zu unterlaufen und mit seiner Haltung die „vitalen Interessen des serbischen Volkes“ (2) zu gefährden. Dieser Vorwurf ist gravierend und kann zum Sturz von Babić führen. Das ist wohl auch beabsichtigt. Milošević kann sich auf eine um sich greifende Anti-Kriegsstimmung stützen. Die Desertionen in der Armee nehmen rapide zu, in allen Städten bilden sich Komitees gegen den Krieg. Milošević mußte nun schnell in dieser Richtung agieren, da sein schärfster Konkurrent Vuk Drasković von der rechtsmonarchistischen „Serbischen Erneuerungsbewegung“ (SPO), bisher ein stammer Kriegsbeifürworter, sich seit einiger Zeit als Anti-Kriegsgegner zu profilieren versucht. Er wirft dem serbischen Präsidenten vor, unschuldige Serben in diesem Krieg zu verheizen. Drasković versucht sich offenbar auch bei der EG als möglicher Nachfolger von Milošević anzubieten. Milošević hat dabei aber die besseren Karten, da er als ehemaliger Bankdirektor mit guten Beziehungen zur serbischen Geschäftswelt mehr den Vorstellungen einer EG-Bourgeoisie entspricht, als der Literat Drasković, der sich für die Wiederherstellung einer serbischen Monarchie stark macht.

Wie wir aber schon in einer der letzten Nummern dieser Zeitung gezeigt haben (3), haben beide keine Probleme damit, sich in irgendeiner Weise in den Prozeß der EG-Gleichschaltung einzuklinken. Es hatte eine Zeitlang den Anschein, daß gerade die herrschende Klasse Serbiens versucht, auf dem Balkan einen weitgehend unabhängigen Kurs zu verfolgen. Seit aber Serbien zunehmend isolierter wurde und sich die ökonomische Krise verschärfte, scheinen diese Kräfte Angst zu haben, unter die Räder zu kommen. Eine Lösung der Balkankrise unabhängig von auswärtiger Beeinflussung scheint unter diesen Bedingungen aussichtslos.

Die Suche nach den Kräften auf der Balkanhalbinsel, die einen Kurs jenseits von EG-Vereinnahmungsplänen zu steuern versuchen, ist nicht einfach. Dabei gibt es aber gerade in Südosteuropa eine historische Kontinuität in der Auseinandersetzung zwischen den Kräften, die

auf die eigenen Entwicklungsmöglichkeiten setzten, und denen, die die Region an den Imperialismus verschachern wollten.

Schon im Januar 1909, in einer Phase der Aufteilung der Balkanregion unter die vorherrschenden europäischen Mächte, die unmittelbar in die zwei Balkankriege von 1911 und 1913 führten und schon den Beginn des ersten imperialistischen Weltkrieges einleitete, trafen sich in Belgrad die Vertreter verschiedener sozialdemokratischer Parteien der Balkanregion zur ersten sozialistischen Balkankonferenz. In ihrer Bewertung der damaligen Lage kamen die sozialdemokratischen Vertreter zu dem Schluß, daß der europäische Kapitalismus die Region als Rekrutierungsfeld für billige Arbeitskräfte und Rohstoffnachschubbasis betrachtet und durch seine Politik bewußt die nationalen Widersprüche anheizt. In der Abschlusserklärung der Konferenz hieß es dann u. a.: „Die Politik der Annäherung an die kapitalistischen Staaten Europas kann keineswegs für die Völker von Nutzen sein, sondern nur für die herrschenden Klassen, ganz gleich, ob sie Monarchisten oder Republikaner sind, national vereinigt, oder in verschiedene Nationen gegliedert, sie werden jedenfalls niemals ihre privilegierte Stellung aufgeben.“ (4) Aufgabe der südosteuropä-

ischen Sozialdemokratie sei es daher, durch den Zusammenschluß aller proletarischen Kräfte auf dem Balkan den Widerstand gegen den europäischen Kapitalismus zu entfalten mit dem Ziel, die künstlichen geschaffenen Grenzen aufzuheben und alle Völker des Balkans in einer „Föderativen Balkanrepublik“ zusammenzuführen. Die Konstruktion einer Balkanföderation wird nun fortan die Politik der sozialistischen Parteien begleiten, die nur darin eine Chance sahen, den Einfluß des Imperialismus zurückzudrängen und die unterschiedlichen Widersprüche zwischen den Völkern des Balkans aufzuheben.

Zwei Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges fand eine weitere Konferenz, diesmal kommunistischer Parteien auf dem Balkan statt. Ihre Einschätzung der Lage auf dem Balkan nach dem Krieg fiel duster aus: „Völlig zugrunde gerichtet, belastet mit riesigen Schulden und Kosten, finanziell und politisch abhängig vom Entente-Imperialismus und eine Art Entente-Kolonie sind die Balkanstaaten außerstande, aus eigenen Mitteln ihre Wirtschaft innerhalb ihrer territorialen Grenzen zu sanieren ... Durch das Ansuchen um eine Hilfe bei den großen imperialistischen Mächten werden die Balkannationen aus der freien wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen und dazu gezwungen, ihre

Rohstoffe nach diesen Ländern zu exportieren und Industriewaren einzuführen.“ (5) Als Lösung des Problems schlug die Konferenz dann vor: „Die Befreiung der Balkannationen von der politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Herrschaft der imperialistischen Entente, ihre nationale Freiheit und Einheit, die Schaffung der erforderlichen Bedingungen für die Entwicklung ihrer Produktivkräfte, all dies kann einzig und allein nur durch die Vereinigung in Form einer Sozialistischen Balkan-Sowjetrepublik erreicht werden.“ (6)

Es sollten aber noch einige Jahrzehnte vergehen, bis dieser Anspruch verwirklicht werden konnte. Dazwischen lag das Verbot der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und der Widerstandskampf der Balkanvölker gegen die faschistische Besatzung. Mit der Bildung des sozialistischen und föderativen Jugoslawien wird der alte Anspruch der sozialistisch/kommunistischen Bewegung eingelöst. Und es tritt auf dem Balkan erstmals eine Phase kontinuierlicher ökonomischer und sozialer Entwicklung ein, die bisher in Südosteuropa unvorstellbar war. Grundlage dieses Entwicklungsschubs war innenpolitisch die Konstruktion des Selbstverwaltungssozialismus, der nach der Devise „auf die eigenen Kräfte vertrauen“ organisiert war und versuchte, eine weitgehende ökonomische Unabhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt zu realisieren, und als außenpolitisches Korrelat das Beharren auf den Prinzipien der Blockfreienbewegung, die Tito einmal so formulierte: „In erster Linie ist es ein Kampf für nationale Unabhängigkeit, Souveränität, selbständige innere Entwicklung und gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit.“ (7) Wenn es eine Lösung der jugoslawischen Krise geben soll, dann kann sie nur vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse gefunden werden und sicher nicht auf dem Weg, den die jetzigen Regimes in Jugoslawien, sei es in Serbien oder Kroatien, beschreiten.

Quellen: (1) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. 1. 1992; (2) *Süddeutsche Zeitung*, 10. 1. 1992; (3) *Politische Berichte*, Nr. 21/91; (4) Entschließung der ersten Balkan-Sozialdemokraten-Konferenz in Belgrad, 9. 1. 1909, in: Hartl, H.: *Der „einige“ und „unabhängige“ Balkan*. München, 1977, (Hartl, 77); (5) Entschließung der Balkan-Kommunisten-Konferenz in Sofia im Januar 1920, in: Hartl, 77; (6) wie (5); (7) *Kommunistische Volkszeitung*, Nr. 33/79, S. 16 — (hav)



Deutscher faschistischer Terror: Geislerschießung in Pancewo bei Belgrad 1942.

Dokumente der Kontinuität reichsdeutscher Balkanpolitik in diesem Jahrhundert

Der liberale Friedrich Naumann:

„Freiheit in diesem Sinne heißt also: Führung durch Blut-, Stammes- oder Volksgenossen ... Diese kann unter Umständen ein sehr zweifelhaftes Gut sein, denn es ist leicht möglich, daß in Wirklichkeit die Fremdherrschaft besser, das heißt praktisch nützlicher ist als die blutsverwandte Regierung. So unterliegt es keinem Zweifel, daß die polnischen Landesteile, die zur preußischen Monarchie gekommen sind, unter der Fremdherrschaft mehr Wohlstand und Bildung erreicht haben, als es ihnen unter nationaler Führung je möglich gewesen wäre. Ein Sieg der Freiheit kann in diesem und in manchem anderen Fall ein Rückschritt der Kultur sein ... So ist es beispielsweise ein ganz veralteter Gedanke, ein „sich selbst genügendes Kroatien“ herzustellen. Es ergibt sich also, daß man kein allgemein gültiges Freiheitsprinzip für Völker und Stämme konstruieren kann, kein Musterstatut für die Kleinen und Großen, für Starke und Schwache.“

Das ist ein Punkt, der vom älteren deutschen Liberalismus nicht immer klar erkannt wurde ... Jeder Protest gegen irgend eine Fremdherrschaft gilt als von Haus aus berechtigt. Das ist der Internationalismus der frühen Demokratie, die für die Entwicklung des Großbetriebs noch kein Verständnis hatte. Es ist die weltpolitische Kleinstatelei, eine Gesinnung, die nichts anderes als die Übertragung des Kleinbürgergeistes und seiner Kleinlichkeit auf die Verhältnisse von Staaten. Die

Geschichte selbst hat aber längst gegen diesen Geist entschieden ...“

Aus: Friedrich Naumann, *Das Ideal der Freiheit*, 1908, zit. nach R. Opitz, *Europastrategien des deutschen Kapitals*, S. 170)

Der Alldeutsche H. Claß:

„Also, es bleibt dabei, daß die Ausdehnung in Europa nach Osten und Westen nur im alleräußersten Notfall in Betracht kommt; aber es bleibt zu erwägen, ob nicht der Südosten Ram für uns bietet, die von den sog. „subgermanischen“ Slawenstämmen aller Art bewohnten Teile Österreich-Ungarns und des Balkans. Unser Verhältnis zu diesem Lande wird nachher erörtert werden, aber hier sei ausgesprochen, daß eine großartige Besiedlung des Südostens eine durchaus gesunde Lösung darstellen wird ...“

Aus dem unter dem Pseudonym Daniel Frymann erschienenen Buch des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, *„Wenn ich der Kaiser wäre“*, 1912, zit. nach Opitz, a.a.O., S. 183f.

Der Industrielle A. Thyssen:

„Für das neue, größere Deutschland wird sich dabei die Notwendigkeit erheben, für neue aufnahmefähige Absatzgebiete Sorge zu tragen, um so mehr, als ihm ein Bevölkerungszuwachs von schätzungsweise 10/12 Millionen Menschen zufallen wird, für welche Unterhalt und lohnende Beschäftigung geschaffen werden muß, welche Aufgabe ja in erster Linie der

deutschen Industrie zufallen wird. Diese gewaltige Aufgabe kann meines Erachtens aber mit Aussicht auf Erfolg nur durch die Bildung eines großen mitteleuropäischen Zollvereins gelöst werden, der Deutschland mit seinen neuen Gebieten, sowie Holland, Frankreich, Dänemark, die Schweiz, Österreich, Ungarn und die Balkanstaaten umfaßt ...“

Kriegszielenkschrift von August Thyssen, überreicht durch den Abgeordneten Erzberger, September 1914, zit. nach Opitz, a.a.O., S. 224

IG-Farben-Chef C. Duisberg:

„... Auch in Europa scheint dieses Ziel des regionalen Wirtschaftsraumes allmählich festere Formen anzunehmen. Für die südosteuropäischen Staaten, wie Jugoslawien, Rumänien und Ungarn, wird die Absatzfrage für ihre landwirtschaftlichen Produkte nachgerade zu einer Existenzangelegenheit. Den notwendigen Absatz finden sie zum überwiegenden Teil in Deutschland. Was liegt für diese Staaten näher, als mit Deutschland, dem kräftigsten Partner, eine Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen? Deutschland auf der anderen Seite hat mit Österreich erhebliches Interesse an der Entwicklung des südosteuropäischen Absatzmarktes für industrielle Produkte ... Durch diese regionale Wirtschaftskombination kann das europäische Problem von der Südost-ecke aufgerollt werden ...“

Aus der Rede des Chefs der IG Farben, Carl Duisberg, über „Gegenwarts-

und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie“ auf der vom Bayerischen Industrieverband veranstalteten Tagung „Wirtschaft in Not“, 24. März 1931, zit. nach Opitz, a.a.O., S. 581f.

Großraumwirtschaftler:

„Entscheidend ist ... (die) Frage, ... ob wir auf dem Wege über die Vorzugszölle in Mittel- und Südosteuropa eine bessere Arbeitsteilung, einen Zollabbau erzielen können und schließlich zu einer Großraumwirtschaft kommen ... Für diesen Weg hat sich Deutschland durch die Rede von Curtius im Europa-Ausschuß im Mai 1931 eingesetzt. Durch diese deutsche Initiative ist die Frage, ob im mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsraum eine Zollunion möglich sei, in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen getreten.“

... Doch wird es hierbei nicht zu einer Vorrangstellung der wirtschaftlich stärksten Staaten Europas kommen? Werden diese Staaten nicht im Laufe der Zeit einen immer stärkeren Einfluß auf die wirtschaftlich schwächeren Staaten bekommen und diese so ihre Selbständigkeit einbüßen? ... Wir halten derartige Befürchtungen für so absurd, daß sich ein näheres Eingehen erübrigt.

Dasselbe gilt auch für die gegen die Idee der Zollunion erhobenen Bedenken, daß hier Deutschland die Schaffung eines neuen Imperiums und auf dem Wege über Mitteleuropa die Herrschaft über die europäische Wirtschaft und Politik anstrebe ...“

Aus dem Buch „Großraumwirtschaft, der Weg zur europäischen Einheit“, hg. von Wilhelm Gurge und Wilhelm Grotkopp (1931), zit. nach Opitz, a.a.O., S. 585f.

„Selbstbestimmungs“ politik = Deutscheuropa und Intervention

Die Einmischung der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg, die besonderen wie allgemeinen Zwecken dient, ist in dieser Zeitung kontinuierlich behandelt worden. Die folgenden Ausführungen knüpfen vor allem an die Beiträge in Nr. 15/91, S. 3, und in Nr. 24/91, S. 3 an. Unsere Bemühungen verstehen sich als Beitrag zur inneren Kritik, die im Unterschied zur ausländischen Diskussion und Kritik fast gar nicht existiert. In der französischen Öffentlichkeit bzw. Presse zum Beispiel wird zur aktuellen Etappe der Deutsch-europa-Politik dreierlei geltend gemacht:

1. Die BRD-Konzerne ergänzen ihre dominierende Position in der EG durch die Erlangung einer beherrschenden Stellung in den osteuropäischen Ländern. Ihre Expansion erfolgt geographisch und ökonomisch selektiv und bevorzugt „die am meisten entwickelten Zonen“.

2. Nach der Annexion der DDR hat Deutschland seine Vormachtsstellung über den mitteleuropäischen Raum so ausgebaut, daß man sich fragen muß, ob es „versucht ist, sich an die Stelle der Exsojunion als dominierender Pol in Zentraleuropa zu stellen“.

3. Seitdem Deutschland sowohl im europäischen wie auch im Weltmaßstab eine „wichtigere Rolle“ anstrebt, ist das durch die beiden Nationalstaaten Frankreich und Großbritannien bewahrte Gleichgewicht innerhalb der EG „in Gefahr“. Insofern könnte Europa sich vor einem schlimmen „Szenario wiederfinden“. Während der Osten gelähmt darniederliegt, „könnte ein einzelner Staat im Westen des Kontinents eine Art Hegemonie ausüben“ ... (Korrespondentenbericht in der *Neuen Osnabrücker Zeitung*, 10. 1. 92, S. 3).

Diese Kritik ist unseres Erachtens weitgehend zutreffend; ein Gutteil der nachfolgenden Ausführungen wird sie bestätigen.

Ökonomische und politische Hierarchisierung

Zunächst muß in Erfahrung gebracht werden, welcher Art die angesprochenen allgemeinen Zwecke sind. Dazu hat Außenminister Genscher vor drei Monaten folgendes festgestellt: „Jetzt geht es darum, eine neue Ordnung für ganz Europa zu schaffen. Den Staaten Mittel- und Osteuropas und der Sowjetunion muß bei der Lösung ihrer schwerwiegenden wirtschaftlichen Probleme geholfen werden. Für die Europäische Gemeinschaft bedeutet das, daß sie entschlossen ihre Vertiefung, das heißt die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union bis zum Ende des Jahres vollziehen muß, und daß sie den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa, einschließlich der baltischen Staaten, durch Assoziierungsverträge den Weg zur vollen Mitgliedschaft ebnet. (...) Nach Jahrzehnten der Unterdrückung ist der Wille der Völker in Mittel-, Ost- und Südosteuropa nach Ausdruck ihrer nationalen Identität und Würde verständlich. (Dafür muß man) ... europäische Rahmenbedingungen schaffen. Das ist vor allem die Verantwortung der Europäischen Gemeinschaft ... Wir stehen vor einer gesamten europäischen Entwicklung, die immer stärker gekennzeichnet sein wird durch konföderale und föderale Strukturen unterschiedlicher Verdichtung. Auch für die souveränen Republiken der Sowjetunion zeichnet sich eine solche Entwicklung ab“ (1).

Diesen Ausführungen zufolge soll sich die Neuordnung Europas als ein gleichzeitiger Vorgang der Unionierung und Assoziierung von Staaten und Volkswirtschaften vollziehen. Der Prozeß der Unionierung betrifft Staaten, die sich für den Zweck der Aufrichtung eines europäischen Wirtschaftsraums verbündet haben. Das heißt, daß sie eine Selbstbindung eingegangen sind in Richtung auf ihre Herabstufung von souveränen Nationalstaaten zu Bundesstaaten einer Union. Genscher meint mit den sich herausbildenden „konföderalen Strukturen“ exakt die Ebene untergegangener Nationalstaaten, und insofern ist seine Charakterisierung des Prozesses der Unionierung als „Vertiefung“ wortwörtlich zutreffend. Während „konföderal“ tatsächlich eher mit dem Wort „verbündet“ übersetzt werden kann, meint „föderal“ soviel wie „verbunden“.

Genschers Unterscheidung der beiden diesbezüglichen Strukturen „einer gesamteuropäischen Entwicklung“ macht deutlich, daß die BRD die Anbindung der ost- bzw. südosteuropäischen Staa-

ten und Volkswirtschaften an die EG als einen äußeren Abstufungsprozeß betreiben wissen will, der den Prozeß der inneren Abstufung (im Vorgang der Unionierung) ergänzt. Diese äußere Abstufung geht z.B. aus einem Befund des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zu den Assoziationsabkommen der EG mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei (CSFR) hervor, die am 16. 12. 1991 in Brüssel unterzeichnet wurden: Der Wunsch dieser Länder „nach Vollmitgliedschaft in der EG wird zwar in einer Präambel registriert, aber jede Automatik in Bezug auf Fristen oder konkrete Schritte wird vermieden ... Enttäuscht zeigten sich die drei Länder über die Vereinbarungen zur finanziellen Hilfe ... (Es) wurden — anders als etwa im Lomé-Abkommen — keine Beträge festgesetzt, so daß die assoziierten Länder nicht langfristig planen können.“ Das DIW kritisiert weiter, daß diese Ländern sich auf eine relativ kurze Schutzfrist bis zur völligen Öffnung ihrer Märkte gegenüber den EG-Ländern einlassen mußten, und daß sie umgekehrt keine ausreichende Konkurrenzfähigkeit entwickeln können, weil die EG sie mit Einfuhrquoten und anderen Beschränkungen (Agrarprodukte) daran hindert. Abschließend wird der Hauptnutzen dieser neuen EG-Assoziationsabkommen benannt: Sowohl hinsichtlich der EG-Importe aus diesen Ländern wie auch hinsichtlich der EG-Exporte dorthin „spielt die Bundesrepublik Deutschland die überragende Rolle“. Ihr Anteil an diesen Austauschbeziehungen beträgt gut 50 % bzw. 60 % (2).

Diese vorherrschende Nutznießung der Assoziationsabkommen durch die BRD muß mit ihrer Politik gegen das Festhalten an nationalstaatlichen Souveränitätsrechten innerhalb der EG in Verbindung gebracht werden. Denn vielfach ist dies Festhalten nichts anderes als ein befristetes Schutz- bzw. Abwehrmittel gegen die ökonomische Dominanz der BRD. Das heißt, daß die auf politische und ökonomische Hierarchisierung Europas hinzielende BRD-Politik zugleich eine Politik der Befreiung der ökonomischen Dominanz der BRD-Konzerne von noch bestehenden Hemmnissen in ganz Europa ist. Diese Zielsetzung liegt beispielsweise der folgenden Lehrmeinung zugrunde: Die „Wirtschaftsgeschichte (lehrt), daß wirtschaftliche Dynamik sich nie flächendeckend, sondern in aller Regel in Zentren herausbildet, deren Aktivitäten sich dann ringförmig nach außen verbreiten. So dürfte die wirtschaftliche Entwicklung des europäischen Kontinents etwa in folgenden Bahnen verlaufen: Die mitteleuropäischen Zentren werden nach Osten ausstrahlen und zuerst die ehemaligen osteuropäischen Satellitenländer erfassen. Erst danach werden die angrenzenden Regionen des Sowjetreiches erreicht werden. Abgesehen von den eigenen Industrieschwerpunkten auf dem Gebiet der Sowjetunion werden sich um Kerneuropa konzentrische Ringe abfallender wirtschaftlicher Aktivität legen, deren Produktivitätsniveau aus dem Kontakt mit Europa fließen ...“ (3).

Großraumanbindung durch Staatenzerlegung

Welcher Art sind nun die eingangs angesprochenen besonderen Zwecke, welche die BRD in Verbindung mit den soeben behandelten allgemeinen Zwecksetzungen durch ihr Eingreifen im jugoslawischen Bürgerkrieg verfolgt? Dazu hat Außenminister Genscher folgendes festgestellt: „Unter deutschem Vorsitz wurde am 19. Juni 1991 durch den KSZE-Außenministerrat in Berlin gefordert: Es ist allein Sache der Völker Jugoslawiens, über ihre Zukunft zu entscheiden. Das war das klare Bekenntnis aller KSZE-Staaten zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. (...) Jugoslawien besteht nicht mehr. Nicht der Übermut derjenigen Völker, die ihre Unabhängigkeit wollen, auch nicht das Verhalten der Außenwelt — (sondern/Red.) der Krieg der jugoslawischen Volksarmee gegen das kroatische Volk, die Träume der alten politischen Kräfte von einem Groß-Serbien und die Unterdrückung der Minderheitsrechte in Kosovo haben Jugoslawien zerstört.“ Im Hinblick auf

die beabsichtigte Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die BRD stellte Genscher fest: „Wir dürfen die dann unabhängigen Republiken nicht allein lassen. Wir dürfen sie nicht in die nationalstaatliche Isolierung drängen. Deshalb sollte die Europäische Gemeinschaft allen Republiken des früheren Jugoslawiens, die sich an die Charta von Paris halten, Assoziierungsverträge anbieten, wie sie mit Polen, der CSFR und Ungarn geschlossen sind. (...) Die Europäische Gemeinschaft ist aufgefordert, den Völkern Jugoslawiens eine europäische Zukunftsperspektive zu eröffnen. Wir Deutschen wollen Frieden und Freundschaft mit allen Völkern Jugoslawiens. Deutschland wird auch in Zukunft auf der Seite des Menschenrechts, der Minderheitenrechte und des Selbstbestimmungsrechts und gegen Aggressionen und Unterdrückung stehen.“ (4)

Es ist zunächst einmal bemerkenswert, wie die „Zukunft der jugoslawischen Völker“ in ein und derselben Stellungnahme umgewandelt wird aus einer „alleinigen (Entscheidungs)-Sache“ dieser Völker in eine von der EG bestimmte Perspektive. Aber darin kommt sehr gut die völkisch (siehe unten) bestimmte Deutscheuropa-Politik der BRD zum Ausdruck, insofern sie an Konflikten zwischen Einwohnern verschiedener Sprache oder Weltanschauung innerhalb des betreffenden Staates oder Staatenbundes anzuknüpfen sucht, die auf Mißständen bzw. Ungleichmäßigkeiten wirtschaftlicher Art beruhen. Und zwar mit dem, in Jugoslawien deutlich erkennbaren, Zweck der Zerlegung oder Verkleinerung dieses Staats oder Staatenbunds und der nachfolgenden Großraumanbindung der losgelösten Teile als wirtschaftlich und politische abhängige Gebilde.

Die beiden Stellungnahmen des Außenministers wie auch die ostwärts gerichtete EG-Assoziierungspolitik der BRD lassen eine gestaffelte Schwerpunktbildung erkennen. Zunächst wurden in „Mitteleuropa“ Polen, die CSFR und Ungarn auf jene im DIW-Befund skizzierte Abhängigkeitsstufe gezwungen, die die EG nicht einmal den nachkolonialen afrikanischen Staaten des Lomé-Abkommens aufnötigen konnte. Sodann konzentrierte sich diese Politik auf die Assoziierung der baltischen Republiken der ehemaligen UdSSR.

Ähnlich wie im Falle von Slowenien und Kroatien kam diesen industrialisierten Regionen bislang eine bedeutsame arbeitsteilige Funktion (5) der Versorgung des übrigen Binnenmarkts (UdSSR) zu. Diese arbeitsteilige Funktion beruhte auf historisch entstandenen Ungleichmäßigkeiten in der volkswirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Teile dieses Binnenmarkts, die nicht ausreichend (durch allmähliche Aufhebung der überkommenen Schwerpunkte) ausgeglichen worden ist. Die besondere Position dieser industrialisierten Regionen, die durch gesicherten Absatz in den übrigen Regionen und insofern durch die Möglichkeit zur kostengünstigen Großproduktion gekennzeichnet war, hat einen vom Standard der übrigen Regionen unterschiedenen Lebensstandard hervorgebracht. In diesem besonderen Umfeld sind jene Auffassungen entstanden, die die bisherigen Austauschbeziehungen als Hemmnis für die Steigerung jenes Lebensstandards ansehen und somit die übrigen Regionen bzw. den bisherigen Binnenmarkt als „Ballast“ bezeichnen — und die im Anschluß an den EG-Markt bzw. Weltmarkt die Befreiung von solchen „Fesseln“ sehen.

In ideologischen Kategorien drückt sich das dahingehend aus, daß die bisherigen Austauschbeziehungen bzw. die bisherige arbeitsteilige Funktion (innerhalb des Großraums bzw. Binnenmarkts, dem man zugehörte) als „Fremdbestimmung“ gekennzeichnet wird und der Weg heraus aus diesem bisherigen Zusammenhang als „Selbstbestimmung“. Die BRD-Politik hat erfolgreich an diesem Punkt für ihre Zwecke anknüpfen können, als es ihr gelungen ist, diese baltischen Staaten für einen Weg in die wirtschaftliche Krise und Lebensstandardabsenkung zu gewinnen, der sie zu politisch gefügigen Gebilden in der Deutscheuropa-Hierarchie machen soll. Daß dies so kommen wird und kommen muß, ist der zynische Befund

einer Vielzahl von Expertisen. Es wird daher mittlerweile (zwecks Hinauszögerung dieser ruinösen Entwicklung) den baltischen Regierungen empfohlen, sich just auf demjenigen Binnenmarkt eine „Präferenzsituation“ (6) zu bewahren, aus dem die BRD sie gerade erst vermittels ihrer „Selbstbestimmungsrechts“-politik herausgelöst hat.

In der oben angesprochenen gestaffelten Schwerpunktbildung der EG-Assoziierungspolitik der BRD ist nunmehr Slowenien und Kroatien der aktuelle Interventionsfall. Zum einen wiederholt sich hier vieles, was zum Vorgehen im Baltikum gesagt wurde. So vertrat etwa der slowenische Finanzminister Sesok die Auffassung, Slowenien müsse sich „aus dem jugoslawischen Bund lösen, denn die Wirtschaft der Republik werde durch den Bund heruntergezogen“. Mit demselben auch im Baltikum vertretenen Selbstverständnis von der Wahrung und Fortentwicklung des (gegenüber Rest-Jugoslawien höchsten) Lebensstandards machte Sesok folgendes geltend: „Wir können dieses Jugoslawien nicht weiter unterstützen ... In Slowenien produzieren neun Prozent der Bevölkerung Jugoslawiens 22 Prozent des Sozialprodukts und 35 Prozent der Exporte“ (7). Daß auch hier der Weg in die „Selbstbestimmung“ ein Weg in den Ruin sein wird, stellten sowohl die Weltbank wie auch der Internationale Währungsfond (IWF) bereits im vergangenen Sommer fest. Der Weltbank-Vizepräsident Wapenhans hat das so verallgemeinert — und das gibt uns Gelegenheit, einen weiteren Aspekt des Eingreifens der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg zu verhandeln: „Es besteht

Die Selbstbestimmungsrechtspolitik der BRD lebt davon, daß dort, wo sie eingreift, nicht soziales Denken vorherrscht, sondern Volksdenken.

unseres Erachtens kein Zweifel, daß keines der Bestandteile Jugoslawiens auf kurze und mittlere Sicht von einem Auseinanderbrechen Jugoslawiens oder seiner Wirtschaft profitieren wird“ (8). Es ist offenkundig, daß die Weltbank einen von außen bestimmten „Anpassungs- und Übergangsprozeß“ befürwortet und von daher der Zerlegungspolitik der BRD in Jugoslawien ablehnend gegenübersteht. Andererseits räumt diese Beurteilung indirekt auch ein, daß in der Bewahrung des jugoslawischen Bundesstaats bzw. Binnenmarkts für die einzelnen Bestandteile eine gemeinsame Existenzgrundlage gegeben ist — und daß sich der Verbleib in ihr mehr lohnt als schadet.

Die Aufrichtung des jugoslawischen Bundesstaats ist ein Ergebnis des gemeinsamen antifaschistischen Befreiungskampfs der Völker in diesem Gebiet. Ähnlich wie im übrigen Osteuropa bedeutete der Faschismus für diese Völker die (Wieder-)Aufrichtung kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung bis hin zur systematischen Ausrottung der Bevölkerung bzw. von Bevölkerungsteilen. Auf dem Balkan wie auch im übrigen Osteuropa ist das Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur gleichbedeutend gewesen mit der siegreichen Abwehr dieses Versuchs der Kolonisierung. Sondern es ist auch in dem Sinne eine vollständige Entkolonisierung erfolgt, als alle Anknüpfungspunkte für erneute Versuche der Rekolonisierung beseitigt wurden. Ein wichtiger Punkt dieser Art waren stets die auf den oben angesprochenen Mißständen beruhenden Konflikte gewesen. Die Abwehr der Fremdbestimmung bzw. die Selbstbestimmung, die im Befreiungskrieg und in der nachfolgenden Aufrichtung des jugoslawischen Bundesstaats zum Ausdruck kamen, bildeten das Fundament, auf dem Jugoslawien zur Bildung und Festigung der Blockfreienbewegung beigetragen hat. Die BRD konnte schwerlich dieses letzte Bollwerk des Antikolonialismus in Osteuropa nach dem Zerfall

des Warschauer Pakts dulden, wenn sie auf dem Balkan erfolgreich sein wollte. Die „Selbstbestimmungsrechts“-politik der BRD beweist gerade in ihrer Todfeindschaft gegen den jugoslawischen Bundesstaat, daß sie nicht nur auf die Zerlegung von Staaten und ihre Anbindung an einen hierarchisch gegliederten, unter deutscher Hegemonie stehenden, Großraum abzielt — sondern daß sie auf Rekolonisierung aus ist, am Balkan ebenso wie in ganz Osteuropa.

Ausblick: Herrenrasse und Vasallenrassen

In einer nachfolgenden Ausgabe unserer Zeitung soll eine ausführliche Befassung mit dem Thema dieses Schlußabschnitts stattfinden. Hier kann zunächst soviel angedeutet werden: Die „Selbstbestimmungsrechts“-politik der BRD lebt davon, daß dort, wo sie eingreift, nicht soziales Denken vorherrscht, sondern Volksdenken. Sie lebt insofern besonders davon, daß Konflikte, deren Wurzeln in Wahrheit ökonomischer und sozialer Art sind, als Konflikte zwischen Völkern ausgetragen werden. In diesen Konflikten spielt der Gegensatz von Stadt und Land sowie der Gegensatz von Hand- und Kopfarbeit, wie er sich im Verlaufe der Industrialisierung überall herausgebildet hat, eine wichtige Rolle. Das Volksdenken sucht auf der Basis dieser Gegensätze die Unterschiede bzw. Ungleichmäßigkeiten der ökonomischen Entwicklung und die Unterschiede in den arbeitsteiligen Tätigkeiten zu fixieren als Unterschiede zwischen Völkern sowie als deren unterschiedliche „Eigenarten“.

Die ökonomische und politische Expansion der BRD betreibt systematisch die Verfestigung dieser Gegensätze. Der Standort Europa soll sortiert werden — für die Weltmarktkonkurrenz. Dies kommt in der gezielten Anbindung von Kräften zum Ausdruck, die sich als „entwickelter“ bzw. „höherwertiger“ gegenüber anderen betrachten — hier Balten im Unterschied zu Russen, dort Slowenen und Kroaten im Unterschied zu Serben und anderen Jugoslawen. Um in diesem abgestuften Organismus — „wo jedem der Platz zukommt, der ihm gebührt“ — nicht den Hauch einer Verständigung und somit eines gemeinsamen Widerstandes aufkommen zu lassen, muß auf eine Sortierung der betroffenen Menschen Bedacht genommen werden, bei der alle sozialen Merkmale abgestreift sind. Daß heißt, sie muß „blutmäßiger Art“ sein.

Während die offizielle Diktion der „Selbstbestimmungsrechts“-politik der BRD das Wort „völkisch“ noch vermeidet, ist die überregionale Presse weniger zurückhaltend im Hinblick auf die historische Kontinuität dieser Politik gegenüber derjenigen des „Dritten Reichs“ (9).

Das Eigenschaftswort „völkisch“ findet sich in den Archivakten des reichsdeutschen Auswärtigen Amtes zu den britisch-deutschen Verhandlungen um Österreich und die Tschechoslowakei (in wechselseitiger Absprache) übersetzt mit dem englischen Eigenschaftswort „racial“, d.h. „rassisch“. Gegenwärtig kommt die historische Kontinuität in dieser Sache am deutlichsten zum Ausdruck in der Unterstützung des kroatischen Regimes. Denn sie ermöglicht der „Selbstbestimmungsrechts“-politik der BRD sich solcher wiederaufgerichteter Vasallenformationen der deutschen Herrenrasse zu bedienen, wie sie die kroatische Ustascha darstellt. Diese faschistische Bewegung, die in der Vergangenheit ebenso wie heute für einen „rassisch reinen“ Staat Kroatien (10) kämpft, hat bereits Anfang der vierziger Jahre an Hunderttausenden von Serben Völkermord verübt — mit der Begründung, sie gehörten einer „niederen, minderwertigen Rasse“ zu (11). Die Unterstützung des kroatischen Regimes bedeutet für die BRD auch einen Präzedenzfall für ihre Deutscheuropa-Bestrebungen anderswo. Solche Feindschaft, solch mörderisches Treiben soll auch anderwärts anfachbar, erlaubt sein — nicht zuletzt für den Zweck der Durchsetzung des „Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes“.

Quellen: (1) *Welt am Sonntag*, 6. 10. 91, S. 9; (2) *Handelsblatt*, 12. 12. 91, S. 11; (3) a.a.O., 20./21. 9. 91, S. 8; (4) *Welt am Sonntag*, 1. 12. 91, S. 9; (5) *Wirtschaftskurier*, Beilage zu *Dolomiten*, Tageszeitung in Bolzano/Bozen (Italien), 4. 9. 91, S. 18; (6) *Welt am Sonntag*, 1. 9. 91, S. 32; (7) *Wirtschaftskurier*, a.a.O., 26. 6. 91, S. 19; (8) a. Anm. (7) (9) z.B. *Welt am Sonntag*, 22. 9. und 6. 10. 91; (10) *Dolomiten*, 10./11. 8. 91, S. 2; (11) *Politische Berichte*, 25. 10. 91, S. 2 — (huh, rül)

In Berlin gibt es keine wirkliche Wohnungsnot.“ Mit dieser Äußerung bei einer Diskussion am 8. Januar erregte der Regierende Bürgermeister Aufsehen. Das wahre Problem liege in der Wohlstandsentwicklung und in Fehlbelegungen. Bei einer Meinungsumfrage hatten zum Jahresende '91 die Berliner im Westteil mit 39 % das Wohnungsproblem noch an erster Stelle genannt. Tatsächlich ist es für Normalverdiener kaum noch möglich, eine Wohnung zu finden oder zu wechseln. Mieterverbände, aber auch die Sprecher der Grundeigentümer stellen ein Absinken der Neuvermietungen fest. „Bei den insgesamt in Berlin (West) vorhandenen 475 000 Altbauwohnungen sind die Neuvermietungen auf unter 10 000 gesunken.“ schreibt Frau Sprungula vom Landesverband Freier Wohnungsunternehmen in *Das Grundeigentum* Nr. 23/91.

Ihr Allheilmittel: „Den Wohnungssuchenden in Berlin kann wirksam nur geholfen werden, indem viele neue Wohnungen gebaut werden, da zugleich ein ausreichendes Wohnungsangebot sozialverträgliche Mieten sichert.“ Deshalb begrüßt sie die Beseitigung von Mietpreisbindungen durch die Bundesregierung. Die bisherige Entfaltung des Wohnungsmarktes in Berlin unter den Bedingungen der Metropolenbildung und Hauptstadtentscheidung lassen befürchten, daß sozialverträglich ist, was die Reichen zahlen können, und die anderen sehen können, wo sie bleiben. Die Bauverwaltung schätzt, daß bereits 100 000 Wohnungen in Berlin fehlen. Zugleich bietet Bausenator Nagel an, 56 000 Wohnungen für Bundesbeamte binnen kurzem bereitzustellen. (*Das Grundeigentum* Nr. 22/91) 100 000 Wohnungen sollen in dieser Legislaturperiode „auf den Weg gebracht werden“. Von den geplanten 12 000 Baugenehmigungen des vergangenen Jahres sind allerdings weniger als die Hälfte tatsächlich erfolgt.

Neben der Schwierigkeit, eine Wohnung zu finden — für immer mehr Men-

100 000 Wohnungen zu wenig, aber: „In Berlin gibt es keine wirkliche Wohnungsnot“

schen sogar eine Unmöglichkeit — sind die Mieten gestiegen. Der Berliner Mieterverein hat die Vermietungsangebote großer Berliner Tageszeitungen ausgewertet. 1988 kam er dabei auf 11 DM pro Quadratmeter Kaltmiete, 1991 waren es 22,65 DM. Mit 17 DM Durchschnittskaltmiete bei Neuvermietungen in mittlerer Wohnlage übertraf Berlin sogar München (16,80 DM). Fazit des Mietervereins: Der eigentliche Knall steht erst noch bevor. Dann nämlich, wenn das Mietenniveau der Neuvermietungen und der Druck, der von den noch drastischeren Steigerungen der Gewerbmieten ausgeht, auf das allgemeine Mietniveau durchschlägt. Die Käufer haben 1989 für Altbauten mit Wohnnutzung das 9,0- bis 14,5fache der Jahresrohmiete bezahlt, 1990 war es bereits das 11,5- bis 21fache. Beim sozialen Wohnungsbau waren es 1989 das 10,5- bis 18fache und 1990 das 13,5- bis 19,5fache, im freifinanzierten Wohnungsbau stieg das Kaufpreinsniveau vom 11,0- bis 16fachen auf das 14,0- bis 22,5fache (Bericht über den Berliner Grundstücksmarkt 1990). Das läßt sich nur mit der Erwartung drastisch steigender Renditen erklären.

Für den Ostteil der Stadt hat die Einführung der Marktwirtschaft auf dem Wohnungssektor zu noch krasserem Veränderungen geführt, die eine Verdrängung der jetzigen Mieter unvermeidlich erscheinen lassen, wenn der beschrittene Weg fortgesetzt wird. Und der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen will diesen Weg weitergehen. In seinem Geschäftsbericht 1990 beziffert er den Verlust pro Quadratmeter Wohnfläche auf zwischen 1,30 DM und 4,35 DM. (*Das Grundeigentum* Nr. 23/91) Bereits jetzt hat die

zum 1. Oktober 1991 durchgeführte Mieterhöhung im Ostteil zu Mieterhöhungen von 1,80 bis 2,80 DM/qm geführt, so daß die Mieter jetzt durchschnittlich 20 % ihres Haushaltseinkommens fürs Wohnen abliefern müssen. Das geht aus einer Umfrage bei 2 000 Haushalten hervor, die der Berliner Mieterverein in Auftrag gegeben hatte. Die Bundesregierung hatte vor den Erhöhungen davon gesprochen, daß die Miete um 1 DM steigen würde. Das Ausmaß der Belastung durch die Miete

wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß das durchschnittliche Haushaltseinkommen im Ostteil 1 800 DM, im Westteil aber 4 000 DM beträgt.

In der Spandauer Vorstadt in Berlin Mitte hat sich inzwischen eine Initiative gebildet, die einen Milieuschutz für das Sanierungsgebiet sowie im Stephansviertel in Tiergarten verlangt, mit der Folge, daß sich eine Mietpreisbindung einführen ließe. Im Neubaugebiet Marzahn wird ein Bürgerbegehren organisiert, mit dem die Bezirksverordneten-

versammlung aufgefordert wird, dafür zu sorgen, daß die Mietbelastung auf das Doppelte der bisherigen Kosten und bei Wohngeldberechtigten auf 10 % des Familieneinkommens begrenzt wird. Die Initiatoren berufen sich dabei auf den Einigungsvertrag, wonach die Mieten entsprechend den Einkommen steigen sollen. W. Warmuth von der Initiative erklärt dem *Tagesspiegel* gegenüber: „Die Warmmiete ist um das Fünf- bis Achtfache gestiegen. Die Quadratmeterpreise liegen jetzt bei 6,50 DM bis knapp über 8 DM.“

Auf weitere Sicht zeichnet sich für den Ostteil auch eine Verknappung des Wohnraums ab. Während die Senatoren Hassemer und Nagel Anfang Dezember von 100 000 hier zu errichtenden Wohnungen sprachen, wiesen die Baustadträte von Mitte, Pankow, Hohenschönhausen und Weißensee solche Zahlen als spekulativ zurück. Sie verwiesen darauf, daß aus Finanzmangel, Streitigkeiten über Eigentumsrechte und mangelnder Infrastruktur derartige Ziele nicht zu erreichen sind. Allenfalls 22 000 Wohnungen halten sie bis 1995 für möglich. Die Baustadträtin von Mitte, Dorothee Dubrau (parteilos), wies sogar darauf hin, daß der Bau von altersgerechten Wohnungen für 400 Rentner seit Ende 1989 gestoppt ist.

Da die Senatsverwaltungen konkrete Schritte zur Durchführung der angekündigten Wohnungsbauvorhaben nicht durchführen und da der Bausenator bemüht ist, die brandenburgischen Randgemeinden von Berlin zu überzeugen, bei sich große Massenwohngebiete zu errichten, ist die Frage, ob zumindest in den Innenstadtbereichen die Metropolenplanung mit der Errichtung von Wohnraum überhaupt vereinbar ist. — (chk)



Die Teilnehmer einer Wohnungsloseninitiative hatten leerstehende Wohn-Container in der Hegelstraße in Besitz genommen. Mitte November konnten sie in ein Wohnheim in Friedrichsfelde umziehen. Bild: Kreuzberg 1986.

Seit der Silvesternacht, als Deutscher Fernsehfunk und Sachsenradio sich aus dem Äther verabschieden mußten, sind wir nun Hörer und Zuschauer der Programme des Mitteldeutschen Rundfunks. Auf der Grundlage eines Staatsvertrages zwischen den Ländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zustandegekommen, versorgt er rund 11 Mio. Einwohner, erwartet jährliche Gebühreneinnahmen von 540 Mio. DM und ist damit die viertgrößte Rundfunkanstalt der ARD, der er seit dem 1. Januar als Mitglied angehört. Die Zentrale des MDR hat ihren Sitz in Leipzig, Landesfunkhäuser arbeiten in Dresden, Magdeburg und Erfurt.

Das MDR-Fernsehen fügt mit MDR3

Zum Sendebeginn des MDR

ein weiteres Glied in die Kette der dritten Programme der ARD. MDR3 ist von regionaler Berichterstattung geprägt, so mit den um 19 Uhr ausgestrahlten drei Ländermagazinen. Es knüpft mit einigen Elementen, wie Ratgebersendungen, Montagsfilm oder Sandmännchen an DFF-Gepflogenheiten an, läßt aber insgesamt stark die Handschrift der ARD-Programmmacher erkennen. Zum Gemeinschaftsprogramm der ARD wird der MDR etwa fünf Prozent der Sendungen beisteuern.

Der Hörfunk des MDR besteht aus

vier Teilen. Drei davon sind zentral gestaltete Programme: MDR — life soll Unterhaltung und Information nach Rezepten kombinieren, die im Wettbewerb mit privaten Sendern hohe Einschaltquoten sichern können. Und das heißt wohl vornehmlich, diese Konkurrenten mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. MDR-Kultur soll als anspruchsvolles Programm in hohem Maße mit Künstlern aus der Region gestaltet werden. MDR-info ist ein Wortprogramm, das von 7 bis 22 Uhr in halbstündigem Turnus Nachrichten, Wetter- und Verkehrsinformationen sowie Kurzkommunikate, -berichte und -reportagen zu Themen des Tages bietet. Der vierte Teil sind die drei MDR-Landesprogramme Radio Thüringen, Radio Sachsen und Radio Sachsen-Anhalt, die sich nach 23 Uhr zum gemeinsamen Programm „Dreiländernacht“ zusammenschalten.

Mit diesem Angebot will der MDR, so hat es sein Intendant Dr. Udo Reiter erklärt, ein Sender mit eigenem Gesicht sein, der zur geistigen Erneuerung in Ostdeutschland (warum eigentlich nur hier?) beitragen und den Menschen in dieser Region hilfreich zur Seite stehen will. Es wäre unbillig, nach gerade einer Woche darüber urteilen zu wollen, wie dieser Vorsatz eingelöst wird. Daß wir aber allen Grund haben, das Wirken des Senders mit kritischer Aufmerksamkeit zu begleiten, dafür sprechen die Voraussetzungen, unter denen er seine Arbeit begann, nur allzu deutlich.

Es war den CDU-geführten Landesregierungen Sachsens, Thüringens und Sachsens-Anhalts vorbehalten, mit der Besetzung des Intendantenamts und der Direktorenposten, von anderen leitenden Positionen nicht zu reden, ein so eklatantes Beispiel der Machtpolitik, der Durchsetzung von Parteinteressen und der Etablierung westdeutscher Vormundschaft zu liefern, daß es bundesweite Empörung auslöste. Wenn Herr Reiter nun stolz verkündet, daß 89 Prozent der bisher eingestellten Journalisten des MDR Ostdeutsche sind, so wird aufmerksam zu registrieren sein, wie das ins Gewicht fällt, wenn es um die Vertretung der Interessen der werktätigen Menschen unseres Landes nicht zuletzt durch konsequent kritische Analyse der Regierungspolitik geht. Wenn man Biedenkopfs zu Neujahr verübten Fre-

quenzenstaatsstreich gegen die Deutschlandsender-Kultur, sein skrupelloses Hinweggehen über die Interessen der Hörer dieses Senders zur Richtschnur nimmt, und das muß man ja wohl, dann sind die medienpolitischen Bedingungen dafür in Sachsen die denkbar schlechtesten.

Kennzeichnend ist, daß das Anknüpfen an die Bedürfnisse der Zuschauer des DFF, das Weiterführen beliebter Sendungen sich fast durchweg nur auf den Unterhaltungssektor bezieht. Die publizistischen Sendungen aus Adlershof, die sich seit dem Herbst 1989 hohe Autorität bei einer großen Zuschauerzahl errungen hatten, mußten sich im Dezember eine nach der anderen verabschieden. Mit einer Ausnahme: Der MDR hat das Donnerstagsgespräch übernommen. Aber wenn wir uns auch hier eines vorschnellen Urteils enthalten: Die erste Sendung ließ noch nicht erkennen, daß sie mehr sein sollte als die Spekulation auf einen zugkräftigen Titel. Meilenweit die Entfernung zu der Kompetenz und dem kritischen Biß, an den wir gewöhnt waren ...

Symptomatisch für die zwiespältige Stellung der Leitung des MDR und der tonangebenden Medienpolitiker der CDU zwischen dem strikten Verfolgen eines politisch konservativen Sendekonzepts und der Notwendigkeit, an die realen geistigen Bedürfnisse der Menschen dieser Region anzuknüpfen, ist die Auseinandersetzung um Sendemöglichkeiten für DT 64 im Bereich des MDR und um die jugendgemäße Gestaltung von Teilen des MDR-Programms selbst. Dresdener CDU-Medienpolitiker warfen DT 64 kurzerhand in den Topf der unbelehrbaren DDR-Nachfolge; sie waren erst gar nicht bereit, über ihn, geschweige denn mit seinen Anhängern zu reden. Intendant Reiter sah die Weiterführung von DT außerhalb der vom MDR-Sendeauftrag gezogenen Grenzen und sprach sich dagegen aus, Minderheiten in der Jugend vor der Mehrheit den Vorzug zu geben, die an den herkömmlichen Dudelpogrammen hängt. Als sich der MDR — übrigens auch der MDR-Rundfunkrat von seiner ersten Sitzung an — immer mehr dem öffentlichen Druck der Befürworter von DT 64 ausgesetzt sah, kam auch in CDU-Kreisen der Gedanke auf, sich zwar nicht für

diesen Sender, wohl aber für die jugendgemäße Gestaltung von Sendungen des MDR auf einem den geistigen und kulturellen Ansprüchen und auch der Befindlichkeit der Jugend in den neuen Bundesländern besser entsprechenden Niveau einzusetzen. Auch konservative Politik will nicht riskieren, sich jeglichen Einflusses auf einen politisch und geistig so regen Teil der Jugend zu begeben, wie es die Hörer von DT 64 sind.

Wenn DT nun doch für das nächste halbe Jahr auf dem Boden des MDR und von ihm finanziert seine Sendungen fortsetzen kann, bleibt die Auseinandersetzung um sein Anliegen und um sein Schicksal offen. Zweifello ist weiterhin der Wunsch stark, DT im Sommer, wenn der Privatrundfunk die ihm zustehende Frequenz beansprucht und dazu vielleicht noch das Geld ausgeht, ins Nichts fallenzulassen. Ihn allmählich dem Sendekonzept von MDR anzupassen, ihm also den Zahn zu ziehen, oder ihn sich in der Programmkonkurrenz verschleifen zu lassen ...

Zu schlußfolgern ist daraus vorderhand eines: Ohne den Druck einer kritischen Öffentlichkeit, die sich lautstark, unter Nutzung aller demokratischen Möglichkeiten zu artikulieren weiß und die in ihrer Aufmerksamkeit und Aktivität nicht erlahmt, wird dauerhafte journalistische Interessenvertretung für die Jugend, wie durch DT 64, keinesfalls zu erreichen sein. Und inwieweit der MDR insgesamt dem demokratischen Auftrag und kulturellen Anspruch einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt gerecht wird, das hängt ebenfalls in starkem Maße von der kritischen Begleitung durch seine Hörer und Zuschauer, durch uns alle ab. Es wäre zu wünschen, daß jede Möglichkeit genutzt wird, individuell oder gemeinschaftlich Meinungen zum Programm oder zu Sendungen, Forderungen nach Behandlung brennender Fragen oder der Befriedigung geistiger Ansprüche zu formulieren und in die Öffentlichkeit zu bringen. Das könnte auch dem Rundfunkrat helfen, im Interesse der Allgemeinheit darüber zu wachen, daß der MDR seine Aufgabe nach dem Staatsvertrag erfüllt, und dabei der Vielfalt der Meinungen der Bürger Rechnung zu tragen.

(Prof. Dr. H. Poerschke, Wissenschaftler am Fachbereich Kommunikations- und Medienwissenschaft der Leipziger Universität; er vertritt die Fraktion Linke Liste/PDS im Rundfunkrat des MDR)

Kommentiert

Sachsen auf der Palme: Jetzt langt's!

Die Zahlen sind erschreckend: Bis zum Sommer dieses Jahres sollen im Freistaat Sachsen sage und schreibe 17 000 Lehrer — das ist etwa jeder dritte — entlassen werden. Die ersten „blauen Briefe“ sind zum Jahresende verschickt worden, die nächsten Entlassungen stehen per 31. März ins Haus. In der Dresdner Archivstraße, dem Sitz von Kultusministerin Rehm, macht man gar kein Hehl daraus, daß „Regimenähe zu DDR-Zeiten“ der vielfache Grund dafür ist.

Mal abgesehen davon, daß es tatsächlich unter der Lehrerschaft im Osten „schwarze Schafe“ gegeben hat, die Funktion oder Stellung ausgenutzt haben zu Denunziation oder Bspitzelung, so kann man aber davon ausgehen, daß die schon im Herbst 1989, spätestens aber in den zwei Jahren seither den Schuldienst quitiert haben, quitierten mußten.

Sich heute jedoch hinter einem solchen „Fall“ zu verschanzten, wie dem einer Leipziger Deutschlehrerin, die „keine Gewähr mehr (bot), junge Menschen im Sinne der FDGO zu erziehen“, weil sie für ein Jahr ehrenamtliche Parteisekretärin ihrer vier(!)-köpfigen SED-Grundorganisation gewesen war — spätestens hier gerät not-

wendige Vergangenheitsaufarbeitung zur bösen Polit-Posse aus dem Hause Rehm.

Leipzigs GEW-Chef Preuss moniert denn auch, daß es sich Ministerium und Oberschulämter schlichtweg zu leicht machen, die Entlassungswelle lediglich politisch zu begründen. Und auch die gelegentlich ins Feld geführte Geldknappheit kann nur bedingt überzeugen, dann nämlich, wenn man bereit ist, großzügig über gehabte Diätenerhöhungen oder kostspielige Repräsentativbauten in Sachsen hinwegzusehen.

Mahnende Stimmen jedenfalls, daß, wer im Rundumschlag Lehrer entläßt, unsere Kinder letztlich in die (Bildungs-)Wüste schickt, werden einfach abgeschmettert. Offensichtlich sind die schon erkennbaren und die über kurz oder lang noch abzusehenden Folgen kein Thema im Kabinett Biedenkopf: 17 000 Arbeitslose mehr, Klassengrößen von über 30 Schülern, extremer hoher Pflichtstundenausfall, völliger Wegfall fakultativen Bildungsangebots, Lehrerwechsel unmittelbar vor anstehenden Prüfungen usw. Unterm Strich ein rücksichtsloses Vorgehen, das für viel böses Blut sorgt bei Lehrern, Schülern und Eltern. Die ersten Zeichen stehen auf Sturm: „Jetzt langt's!“ ist ein Flugblatt überschrieben, auf dem für den 23. Januar zu einer Protestdemo gegen das „Chaos Schule“ vor dem Sitz des Sächsischen Landtages, der Dresdner Dreikönigskirche, aufgerufen wird. — (L.B.)

Die Landwirtschaft, die Caravan- und Golfplätze

Nichts in Ostdeutschland vollzieht sich ruhiger als der Untergang der Landwirtschaft. Gibt es in der Industrie oder im Dienstleistungswesen noch ab und an Proteste der Betroffenen, so vollzieht sich der Umstellungsprozess in der Landwirtschaft sehr, sehr ruhig. Niemand protestiert, niemand geht auf die Straße, niemand versucht, durch Öffentlichkeit auch nur ein wenig von dem überzureiten, was zum Guten der Landwirtschaft in Ostdeutschland gehörte.

Der Einzug des Kapitalismus und der EG in die ostdeutsche Landwirtschaft ist ein schmerzhafter Vorgang. Ein Drittel aller bisher bewirtschafteten Flächen wird aus der Produktion herausgenommen. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zerfallen. Manche versuchen, Überlebenskonzepte zu erarbeiten, Agrargesellschaften zu gründen oder andere Formen zu finden, um produzieren zu können. Vielen wird es gelingen, sich durchzuschlagen und ihren Beschäftigten Arbeit zu erhalten. Aber ein Großteil wird eingehen oder ist schon auf dem besten Wege dazu. Der Anteil der Arbeitslosen auf dem Lande wird mindestens genauso hoch wie in der Stadt sein, wenn nicht höher und damit gravierender. Verbleiben doch in den Dörfern dann vor allem die älteren Menschen. Die Jugend wird versuchen, abzuziehen oder Beschäftigung in der Stadt oder im Westen zu finden. Eine wahrhaft rosige Perspektive für das flache Land im Ostteil Deutschlands!

Vorerst aber wird die Politik der Bundesregierung in der Landwirtschaft des Ostteils weitergeführt: Reprivatisierung und Auflösung der LPGen. Bedenkt man, daß in der ehemaligen DDR die Landwirtschaft fast ausreichend zur Selbstversorgung der Bevölkerung pro-

die Erscheinungen und Folgen gravierender: Für ganze Landstriche, die sich seit alters her mit Landwirtschaft beschäftigt haben und die auch zu Zeiten des alten Fritz nichts anderes kannten, müssen „neue“ Lebensgrundlagen geschaffen werden. Klar ist, daß diese nicht ausschließlich aus eigener Kraft entstehen können.

Viele in der Landwirtschaft Beschäftigte waren nicht mehr die Bauern, wie man sie sich — landläufig gedacht — vorstellt. Die Mehrheit der Landbevölkerung im Ostteil Deutschlands waren Landarbeiter, Traktoristen, Viehzüchter, Agronomen, Landtechniker, Agrotechniker u. ä., viele mit abgeschlossener Beruf-, Fach- und sogar Hochschulbildung. Die wenigsten waren ehemalige besitzende Bauern. Bedenkt man, daß viele ehemalige „Umsiedler“, Kleinbauern und Landarbeiter durch die Bodenreform erst in Besitz von Land gekommen waren und dieses später in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingebracht hatten, wird klar, daß dieser „Privatisierungsprozess“ eigenartige Begleiterscheinungen mit sich bringt. Viele dieser LPG-„Angestellten“ haben keine berufliche Basis mehr, ihr Beruf wird nicht mehr benötigt. Wer braucht jetzt noch Viehzüchter, die einige tausend Schweine betreuen können? Wer braucht heute noch Mährescherfahrer, wenn viele Produktionskapazitäten stillgelegt werden, Roggen nicht mehr produziert wird?

Nach dem ersten Erschrecken setzte das Überlegen ein. Und jeder, der irgendwo ein Stück Land hat, der es im Liegenschaftsamt registriert weiß, begann darüber nachzusinnen, wie er dieses Stück Land in klingende Münze umsetzen kann. Der Obstbauer, auch der

seriöse Herr aus Westberlin alle Aufschlußkosten für das Gelände der Gemeinde überlassen wollte und schließlich und endlich nur ganze drei bis vier Arbeitsplätze schaffen konnte. Gleichzeitig würde der Caravanplatz in unmittelbarer Nähe eines Naturschutzgebietes gelegen sein und die Uferzone eines geschützten Sees berühren. Naturschützer lehnten deshalb das Ansinnen des Herrn aus Westberlin rundheraus ab. Jedoch locker ließ er nicht, sondern versorgte sich über seine Möglichkeiten die Zusage der zuständigen Behörden und erreichte die Aufnahme des Platzes in den Flächennutzungsplan des Ortes.

Nun wird abzuwarten sein, was und wer die Oberhand behält: die Vernunft und die realen Aussichten der Einwohner der kleinen märkischen Gemeinde oder das Spekulantentum des Herrn aus Westberlin, der ganz offensichtlich ganz andere Pläne mit den Dutzenden Hektar hat als nur den Bau eines Caravanplatzes.

Nicht anders ist die Sache mit den Golfplätzen. Im Lande Brandenburg gibt es über hundert Anträge dieser Art. Was zuerst zählt, ist die Verlockung auf Beschäftigungsangebote. Hinzu kommt die Aussicht auf eine bestimmte Pflege der Landschaft durch Vernetzung stillgelegter Flächen für landwirtschaftsfremde Zwecke. Das muß man doch gutheißen, wenn andere Lösungen her müssen.

Im Falle der Gemeinde Prenden im Lande Brandenburg sieht das dann so aus: Auf einer Fläche von 60 Hektar wurde ein Golfplatz genehmigt und in kurzer Zeit aus dem Boden gestampft. Mitglied des Klubs, der diesen Platz betreiben wird, werden aber nicht etwa die Einwohner der umliegenden Gemeinden, sondern nur Fremde, die mit großen Limousinen die Landstraßen und Landwege befahren und kaum oder nur wenig Interesse für die Sorgen und Nöte der Menschen dieser Gegend zeigen werden. Arbeitsplätze entstehen lange nicht so viel, wie es Arbeitssuchende im Ort gibt. Das Fazit ist, daß die Gemeinde zwar einen Golfplatz hat, Steuern einnimmt, aber schließlich doch nicht ihre Probleme löst.

Sie wird mit einem für sie ungewöhnlichen Problem fertig werden müssen: In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft existiert eine geschlossene Gesellschaft, zu der sie keinen Zugang findet. Es sei denn, man ist dort als Boy oder als Pförtner beschäftigt.

Die ostdeutsche Landwirtschaft befindet sich an einem Kreuzwege. Die nächsten Jahre werden entscheiden, ob sie eine Chance hat zu überleben oder Caravan- und Golfplätze das Bild bestimmen. Sicher zu sein scheint, daß solche Konzepte keine Lösung bieten. Die Landwirtschaft muß überleben und ihren Platz in der gesellschaftlichen Reproduktion verteidigen. Es kann nicht angehen, daß Äpfel aus Spanien, Getreide aus Frankreich oder Honig aus Kanada in Ostdeutschland verkauft werden, wenn dieses Land einst selbst ausreichend mit solchen Produkten seine Bevölkerung versorgte. — (A. Berger)



duzierte, so wird klar, daß zuallererst Konkurrenz ausgeschaltet wird. Das Bauernlegen vollzieht sich in der heutigen Zeit durch die Zerschlagung der Großproduktion, die sich ganz offensichtlich in westlichen Ländern immer mehr durchsetzt. Das Bauernlegen des XX. Jahrhunderts wird mit der Stilllegung von großen Produktionskapazitäten verbunden. Ein Landstrich wie das Obstanbaugebiet Werder wird als Produktionsstandort fast gänzlich beseitigt. Besucher der Baumblüte in Werder werden im kommenden Frühjahr nicht mehr die Blütenpracht, sondern die umgeschlagenen Obstbäume bewundern können. Besonders in Mitleidenschaft gezogen werden die Märkischen Gebiete, die „Sandbüchse“ Ostdeutschland. Bodenwertzahlen zwischen 20 und 25 sind Veranlassung genug, um diese wenig produktiven Landstriche, die vor allem Roggen und Kartoffeln produzieren, aus der Produktionsliste zu streichen.

Schon jetzt sind die Auswirkungen auch hier sichtbar: Auf nicht beackerten Flächen schießt das Unkraut empor. Aufgelassene Flächen heben sich durch ihre Tristesse in der Landschaft ab. Umgeschlagene Obstbäume da und unbeackerte Flächen dort, leere Viehställe da und verfallende Produktionsanlagen dort sind heute keine Seltenheit, werden offenbar aber in den nächsten Jahren erst einmal noch zunehmen.

Parallelen zu ähnlichen Bildern in den alten Bundesländern, die auch immer stärker vom Konkurs kleiner und mittlerer Bauernhöfe betroffen werden?

Eine Parallele sicher, aber nicht nur; denn — wie man verfolgen kann — sind

Roggenbauer ließen sich auszahlen, spekulierten auf die Stilllegungsprämie der EG. Sie glaubten, damit einen ersten Schritt in die Marktwirtschaft getan und für die nächste Zukunft gesorgt zu haben. Aber die Sorgen kommen erst, wenn sich herausstellt, daß dieses Geld bei weitem nicht ausreicht, das Stückchen Land nicht so viel einbringt, wie ursprünglich gedacht. Also wird weiter überlegt und den Verlockungen auf den Leim gegangen.

Diese Verlockungen kommen in Gestalt der neuen Konzepte kapitalstarker Anbieter und einer ganzen Serie neuer und alter Spekulanten. Besonders die letzteren kommen in die Dörfer und sprechen mit Bürgermeistern und Bauern und bieten ihnen gloriole Zeiten mit Arbeit und großem Verdienst. Gehandelt wird nach der Devise: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

So geschehen in einer kleinen Gemeinde im Kreis Königs Wusterhausen. Ein seriöser Herr aus Westberlin suchte den Bürgermeister auf, versprach Arbeitsplätze für das Dorf und überredete ihn, ihm einige Dutzend Hektar zur Nutzung zu überlassen bzw. ihm zu verkaufen. Sein Plan war, auf dieser bisher nur für die Landwirtschaft genutzten Fläche einen großen Caravanplatz anzulegen. Er beabsichtigte, rund 300 Stellplätze einzurichten und entsprechende Interessenten heranzuschaffen.

Klar, daß die Handvoll Bauern, denen einige der Handtuchflecken der Dutzende Hektar gehören, sich sofort einverstanden erklärten und den Herrn aus Westberlin gut fanden.

Bis — ja bis sich herausstellte, daß der

Kurz berichtet

Öffentliche Erklärung gegen politische Verfolgung

Berlin. Unter der Überschrift: „Schluß mit der Hetze gegen die ehemalige DDR! Keine politische Verfolgung von Menschen, die sich für die DDR eingesetzt haben! Solidarität mit Heinrich Fink!“ haben Klaus Croissant (Rechtsanwalt), Fritz Teppich (Verfolger des Naziregimes), Michael Venedey (Arzt) und Laura Freiin von Wimmersperg (Lehrerin) folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die Botschaft der neuen Bundesrepublik und der hinter ihr stehenden Finanz-, Industrie- und Mediengewaltigen wird der Bevölkerung Tag für Tag über Presse, Funk und Fernsehen eingehämmert: Immer dreister wird verkündet, Sozialismus sei schlimmer als Faschismus, die frühere DDR verabscheuungswürdiger als der Nazi-Staat, die Stasi verbrecherischer als die Gestapo.

Diese maßlose Hetzkampagne geht einher mit einer gigantischen Geschichtsfälschung. Getilgt aus dem Gedächtnis der Menschen soll alles werden, was daran erinnern könnte, daß es — allen Schwierigkeiten zum Trotz — vierzig Jahre lang ein anderes Deutschland gab, das den Schwur der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ ernst genommen hat. Keine Gedenkstätten, keine Mahnmale, keine Namen von Straßen und Plätzen sind vor dem Versuch sicher, Geschichte nicht nur zu verfälschen, sondern einfach auszulöschen.

Was die alte Bundesrepublik nie geleistet hat und nie leisten wollte, mit der nazistischen Hinterlassenschaft im Staat und seinen Institutionen zu brechen und die Henker im weißen Kragen zur Rechenschaft zu ziehen, soll in der neuen Bundesrepublik durch Strafprozesse und neue Berufsverbote ausgerechnet an jenen Menschen „nachgeholt“ werden, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges den Versuch unternommen haben, ein anderes — sozialistisches — Deutschland aufzubauen. Damit sich niemals wieder jemand traue!

Beruflich ausgeschaltet, politisch erledigt und selbst noch um ihre Rentenansprüche gebracht werden sollen alle, die in der DDR trotz aller Schwächen den besseren deutschen Staat gesehen oder bis zuletzt versucht haben, diesen Staat als gesellschaftliche Alternative zur BRD gegen alle Angriffe zu behaupten.

Die Bundesrepublik hat sich erst vor kurzem an der Massenschlächterei am Golf mit Milliarden von DM beteiligt und für zukünftige Kriege den Einsatz deutscher Soldaten angekündigt. Einem solchen Staat fehlt jedes moralische Recht, über die ehemalige DDR zu Gericht zu sitzen und Menschen sozial ausgrenzen, die sich für ihren Staat und seine Bevölkerung eingesetzt haben.

Heinrich Fink steht stellvertretend für alle diese Menschen. Unsere Solidarität mit ihm heißt deshalb Solidarität mit allen Menschen, die sich in seiner Lage erkennen können.

Heinrich Fink muß Rektor der Humboldt-Universität bleiben.“ — (har)

Initiative gegen Berufsverbote in Ostberlin

„Hunderttausende in den neuen Bundesländern, Mitarbeiter von Ministerien und anderen Institutionen wissenschaftlicher und kultureller Einrichtungen wurden in den ‚Wartestand‘ versetzt bzw. sind von der ‚Abwicklung‘ betroffen. Gegenwärtig ergießt sich eine Flut von Kündigungen über Lehrer und Hochschullehrer. Sie werden ausgegrenzt, nicht, weil sie sich strafrechtlich zu verantworten hätten, sondern den dafür Verantwortlichen genügt es festzustellen, daß sie zur Zeit der Existenz der DDR auf der Grundlage damals geltender Gesetze gehandelt, sich in der SED, anderen Parteien oder Massenorganisationen politisch betätigt haben. Gegen diese dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, der Internationalen Konvention über zivile und politische Rechte von 1946 sowie anderen Dokumenten der UNO und des KSZE-Prozesses widersprechende Handlungen wenden wir uns. Wir unterstützen Betroffene, indem wir sie ermutigen, sich gegen berufliche Diskriminierung, gegen Berufs- und Arbeitsverbot zu wehren. Und wir machen die Öffentlichkeit auf solche Fälle widerrechtlicher Behandlung (von Mitbürgern) aufmerksam. Dies tun wir, indem wir zugleich Berufsverbote und Ausgrenzungspraktiken des früheren Regimes gegenüber Andersdenkenden verurteilen und die Rehabilitierung der von jener Unrechtspraxis Betroffenen unterstützen. Unsere Arbeit vollzieht sich auf ehrenamtlicher Grundlage. Wir brauchen die Unterstützung möglichst vieler Mitbürger, die sich mit den Betroffenen wie auch Bedrohten solidarisieren. Und wir bitten um Spenden, die uns helfen, Flugblätter und andere Materialien zu drucken...“

Das Kontaktbüro befindet sich Raum 104 des Bürohause, Oberwasserstraße 12, O-1080 Berlin. Sprechzeit jeden Dienstag, 10-19 Uhr. Spenden an: Sparkasse der Stadt Berlin, BLZ 100 500 00, Kto.-Nr. 2174119423. — (Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote, har)

Finanz-Kraftakt bestanden, PDS zahlte „Kredit“ zurück

Erfolgreich durchgestanden hat die PDS eine finanzielle Kraftanstrengung, die ihr im Herbst von der Treuhandanstalt aufgenötigt worden war. Seinerzeit waren unter dem Vorwand, die „Rechtmäßigkeit aller PDS-Gelder“ prüfen zu wollen, sämtliche Konten dieser Partei über Nacht gesperrt worden. In Erwartung öffentlicher Proteste gegen solchen in der deutschen Parteigeschichte einmaligen Willkürakt beeilten sich Treuhand und „Unabhängige“ Parteienkommission, einen Fünf-Millionen-DM-Kredit für laufende politische Kosten zur Verfügung zu stellen. Bedingung war (in offensichtlichlicher Erwartung des Bankrotts der PDS), diese Summe bis 31.12.1991 wieder zurückzahlen zu müssen. Nach Aussage von PDS-Schatzmeister Bartsch wurde die erforderliche Summe noch vor dem Termin durch zum Teil vorfristige Beitragszahlung und ein über den Erwartungen liegendes hohes Spendenaufkommen von Mitgliedern und Sympathisanten aufgebracht. — (sta)

Für eine Sozialpolitik im Interesse der Menschen in Ost und West

Sozialpolitische Positionen der PDS

herausgegeben von der
Interessengemeinschaft Arbeit,
Gesundheit und Soziales
Berlin, Dezember 1991

Die Broschüre enthält zahlreiche Dokumente aus der Diskussion der PDS. 47 Seiten im A5-Format, 3,50 DM zuzüglich Porto (ab 10 Stück Lieferung ohne Portoberechnung). Bestellungen an: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz



Die Zukunft von Radio DT 64 bleibt unsicher. Aufgrund der massiven Proteste hat der Sender vorerst eine bis Ende Januar befristete Sendeerlaubnis auf den Gebieten des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) und Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) erhalten. Nicht beeindruckt ließ sich hingegen der Norddeutsche Rundfunk (NDR). In Mecklenburg-Vorpommern ist DT 64 nicht mehr zu empfangen. Daran konnte auch die Besetzung des Rostocker Funkhauses am 8. Januar durch DT-64-Fans nichts mehr ändern. Der NDR ließ räumen. In der Landeshauptstadt Schwerin wird weiterhin eine Mahnwache vor dem Rundfunkgebäude abgehalten.

(Bild: Die Besetzung der Potsdamer Staatskanzlei im Dezember 1991 war erfolgreich — har)

Wenn man eine Kunstausstellung mit dem Titel »Standpunkte der Moderne« besucht, dann sind die Erwartungen an das, was es dort zu sehen gibt, freilich hoch: Soll hier etwa gegen den postmodernen Zeitgeist gezeigt werden, daß die Moderne keineswegs zu Ende ist, daß sich die Kunstproduktion nach wie vor in der Tradition der Moderne bewegt? So ist der Besucher auch mindestens auf die Art und Weise der Präsentation dieser Werke gespannt, wo doch ein Kennzeichen der modernen Kunst ist, daß sie sich nicht nur vom Materialzwang befreien wollte, sondern auch von dem Gefängnis der Galerie. Mit diesem Anspruch der Emanzipation hat sich die moderne Kunst stets im Selbstwiderspruch bewegt, denn je mehr sie sich von ihren klassischen Orten wie Kirche und Hof entfernen wollte, um so mehr schloß sie sich in die Museen ein und wurde zur Sonntagsbeschäftigung der Bürger, die sie einst schockieren wollte. Immer wieder gibt es in der Moderne Ausbruchversuche aus den selbst geschaffenen Zwang der Ausstellungsräume, denkt man allein an Dada oder das Happening der siebziger Jahre. Daß die Kunst der Moderne sich nicht länger zur Heiligsprechung gesellschaftlicher Zustände benutzen lassen wollte und damit in das Dilemma geriet, daß sie sich selbst heilig sprach, wo sie ihren Ort an den klinisch-weißen Wänden der Kunsthäuser erhielt, in denen an jeder Ecke das »Berühren verboten« prangt, ist als Problem von der modernen Kunst keineswegs übersehen worden: es schlägt sich im Wandel des Kunstbegriffes unmittelbar nieder, wenn viele Künstler ihre Werke nicht mehr als einzigartige Kunst verstanden wissen wollen, sondern damit dazu aufrufen, daß jeder sich als Künstler an der Kunst beteiligen kann. Doch wird in dieser Gesellschaft Kunst nicht vom Künstler gemacht, sondern vom Kunstmarkt, der darauf bedacht ist, daß die Werke, einmal zu solchen erklärt, ihren Warenwert behalten und möglichst wenig von dem, was eigentlich Kunst ausmacht, zurückbleibt.

Vorstellen lohnt nicht!

Die noch bis zum 16. Februar in den Hamburger Deichtorhallen stattfindende Ausstellung »Standpunkte der Moderne« legt alleine vom Titel her nah, daß mit den Werken von — wie es heißt — »Picasso bis Clemente« auch diese immanente Reflexion der modernen Kunst auf ihren eigenen und ihren gesellschaftlichen Standpunkt vermittelt wird; zudem unterstreicht die Ankündigung, daß es sich bei den ausgestellten Werken um eine Sammlung einer Stiftung handelt, den Eindruck, hier werde Kunst außerhalb ihres Warencharakters um ihrer selbst willen gezeigt. Daß aber gerade ein Besuch dieser Ausstellung Zeitverschwendung ist, wird dem Besu-

Ausstellung »Standpunkte der Moderne«: Die verfehlt Kunst, Kunst auszustellen



cher schon bei den ersten Ausstellungsstücken an Kleinigkeiten klar, wenn Kunstwerke, die den Betrachter durch eine bestimmte Farbwahl in sich hineinziehen sollen, durch Glasplatten geschützt sind, die den Effekt haben, daß man nicht das Bild sieht, sondern sich selbst auf der Glasfläche spiegelt. Geradezu verfehlt müssen dann auch Versuche angesehen werden, die Bilder von dem weißen Hintergrund des Raumes zu befreien, indem zum Beispiel als Hintergrundfarbe die Wände rosa gestrichen wurden: Bilder, die einst in ihrer Expressivität an Farbe leuchteten, verblassen hier in erzwungenen Rottönen. Desweiteren wird der Besuch zur gänzlichen Enttäuschung, wo sich die Sammlung der Emanuel-Hoffmann-Stiftung als Sammelurium entpuppt und es ein ewiges Rätsel bleiben wird, was die einzelnen Werke verbindet: Nicht einmal ist eine geschichtliche Chronologie realisiert, die zumindest eine zeitliche Entwicklung der modernen Kunst nachzeichnen würde; die Bilder und Objekte finden sich in der Ausstellung so wahllos zusammengestellt, wie sie wohl auch wahllos in die Sammlung gekommen sind. Darin wird der ganze Titel der Ausstellung schlichtweg zum Betrug: Ein Standpunkt verschwimmt genauso wie der Begriff der Moderne, mit dem noch der einzige Faden der Ausstellungsstücke sich spinnen ließe. Erfreuliche Lichtblicke in der Ausstellung wie etwa drei Werke von Joseph Beuys verdunkeln sich, wenn in keiner Weise transparent wird, was die Kunst von Beuys ausmacht: daß sie nämlich eine künstlerische Konzeption ist, die sich nicht in den drei gezeigten Bildern an die Wand nageln läßt. Was — um bei Beuys zu bleiben — seine Kunst als Moderne kennzeichnet, geht nicht im einzelnen Werk auf: Sein Standpunkt ist außerhalb jeglicher Einzigartigkeit vom Werk, vielmehr zwischen den Werken als ein Standpunkt, der Bezug zu gesellschaftlichen Verhältnissen nimmt. Von daher lohnt es sich noch nicht einmal, ein paar der gezeigten Kunstwerke vorzustellen, denn was sie als bemerkenswert kennzeichnet, das bleibt in der Art der Präsentation sowieso ein Geheimnis.

Was kennzeichnet moderne Kunst?

Was sich lohnt, ist die Ausstellung als Zeichen für den Standpunkt der Moderne überhaupt zu sehen, als Ausdruck ihrer Krise, die sich eben nicht zuletzt auch in den künstlerischen Produktionen und deren Ausstellung niederschlägt. Dafür scheint es notwendig, an das zu erinnern, was

die Kunst des 20. Jahrhunderts als Moderne kennzeichnet. Die Stile, die den Begriff moderner Kunst prägten, also vorrangig Expressionismus, Kubismus, Neue Sachlichkeit und Surrealismus, thematisieren mehr als in den Epochen der Kunst zuvor die Kunst selbst, haben ihre eigene Ästhetik zum Gegenstand und greifen damit auch auf eine theoretische Reflexion vor, die die Kunst mehr und mehr von ihrer Fixierung ans Werk entfernte. Einerseits die Stile, die den gesellschaftlichen Standpunkt der Kunst neu definierten, die auf ökonomische Entwicklung genauso reagierten (zum Beispiel der Konstruktivismus) wie auf die Entwicklung von Kultur, denkt man an die Verarbeitung der Psychoanalyse im Surrealismus. Der Abstraktionsprozeß in der Kunst dieses Jahrhunderts war zugleich auch eine Konkretion dessen, was den Begriff der Ästhetik einst prägte, nämlich die Problematisierung von Wahrnehmung: räumliche Verschiebungen im Kubismus lösen die dogmatischen Perspektiven auf, der Expressionismus steht mit seinen für sich wirkenden leuchtenden Farbflächen gegen den Akademismus von Zeichnung und Kontur. Schließlich hat sich Kunst selbst zum Thema, wo sie die krasse Tendenz ihrer Vermarktung aufgreift: Gegen ihre Vereinnahmung durch die Kulturindustrie baut sie auf die serielle und massenhafte Produktion, die den Warencharakter namhaft macht (etwa Andy Warhol), gegen den Kult um Künstler und Werk wählten Künstler Ausdrucksformen, an denen viele Menschen beteiligt waren oder wo das Werk nach der Aktion vernichtet wurde. Die Versuche der Befreiung der Kunst von ihren eigenen Festschreibungen werden auf der anderen Seite jedoch von ihrer totalen Fesselung an die kapitalistischen Marktgesetze aufgefangen: Der Künstler

als Produzent wird von der Ökonomie abhängig. So wie er einst für die Religion seine Auftragsarbeiten zu tun hatte, so muß er nun auf den Mäzen hoffen, der ihn zu horrenden Preisen auf den Kunstmessen versteigert, oder aber der Künstler fristet ein Dasein unterhalb der Armutsgrenze. Einmal mehr schlägt sich das auch in der Ausstellungspraxis nieder, die entweder dem Künstler nur Kleinstgalerien vorbehält, oder aber dem etablierten Künstler ganze Hallen sichert, in denen er exponiert wird; in beiden Fällen geht jedoch das, was die Kunst ausmacht, verloren.

Vermarktung und „Schönheit“

In Franz Kafkas Roman *Der Prozeß* gibt es eine Stelle, wo der Angeklagte Josef K. den Maler Titorelli besucht, der als Gerichtsmaler zugleich auch Informant für Gerichtsangelegenheiten ist. Diese Stelle zeigt in deutlicher Weise, wie es um die zeitgenössische Kunst bestellt ist: einmal ist Titorelli der Auftragsmaler, der die Richter porträtiert, stets in überhöhter Form, in der sie tatsächlich gar nicht wirken, wo ein Richter sich etwa auf einen Thron dargestellt findet, auf dem er nie gesessen hat; andererseits ist Titorelli der Maler, der seine Kunst, die nicht als Auftragsarbeit entsteht, unter dem Bett in seinem kleinen Verschlag aufbewahrt: es sind Bilder, die eine Heidelandschaft darstellen. Ein solches Bild möchte der Maler K. nun verkaufen und K., der es eilig hat, willigt mit dem bloßen Bekenntnis, daß er das Bild „schön“ fände, ein. Darauf zieht der Maler ein weiteres Bild hervor, welches angeblich das Gegenstück

zum ersten ist, tatsächlich aber mit diesem sich identisch erweist. Auch dieses will K. kaufen, um endlich den Raum verlassen zu können; der Maler sieht darin eine Chance, noch ein weiteres Bild verkaufen zu können, diesmal ein „ähnliches“, wieder den anderen genau gleich, und auch diesmal willigt K. ein, es zu kaufen. K. kauft Bilder, die nichts mit seiner Angelegenheit zu tun haben, kauft sogar Kopien, die er sich als je originale Bilder andrehen läßt — wie der flanierende Ausstellungsbesucher, der sich Kunst verkaufen läßt: Und auch wenn er nicht den Geldbeutel zückt, so läßt er sich die präsentierten Werke doch im immateriellen Sinne andrehen (einmal ganz davon abgesehen, daß natürlich Eintrittspreise verlangt werden, die durch ihre Höhe oftmals im Vorwege schon sortieren, wer es sich leisten kann, diese Kunst zu besichtigen): als ideologische Monumente einer Gesellschaft, aus der er glaubt, fliehen zu können, wenn er sich in die als eigenständiges Weltreich erscheinende Kunsthalle begibt. Mit dem Betreten der gewichtigen Ausstellungshalle verläßt man zugleich eine gesellschaftliche Wirklichkeit, die bekanntlich weit weniger rein ist, als die getünchten Wände. Das Sakrale einer mit Fresken verdichteten Kirche wird hier reproduziert. Die durchweg affirmative Position, die vom Besucher abverlangt wird, zeigt sich in dem Scheincharakter der Werke: es ist die Ausstellungspraxis, die selbst noch den kritischen Werken dieses kritische Moment nehmen; die Ausstellung, die den Anspruch hat, Standpunkte vorzustellen, verzichtet auf die Erklärung des Standpunktes moderner Kunst selbst, um die sichere Distanz des Standpunktes des unkritischen Betrachters nicht zu gefährden. Die Moderne wird zur Vergangenheit, zum

abgeschlossenen Kapitel der Kunstgeschichte, als seien damit auch die gesellschaftlichen Probleme verschwunden, auf die diese Kunst einst reagierte. Die Wahllosigkeit, bestimmte Objekte zusammenzuwerfen, legt zudem den Eindruck nahe, als sei die künstlerische Auseinandersetzung mit Gesellschaft schon damals eine Marotte gewesen. Letztlich nehmen Ausstellungen dieser Art die bürgerlichen Wohnstuben vorweg, gestalten sich wie eine Möbelausstellung, in der mit dem gewählten Bild über dem Sofa der letzte Farbtupfer zwischen das Spieß-Interieur gesetzt werden kann. Die Kulturindustrie reduziert jede ästhetische Erfahrung, die die Kunst eigentlich provozieren sollte und zudem auch das Spezifikum der modernen Kunst ausmacht, zum bloßen Gefallen am sinnlichen Reiz. Wie es K. mit dem Maler Titorelli macht, so wird auch hier jeder Künstler um den Wert seiner Arbeit betrogen, indem entweder bloß in den Kategorien des Marktes an die Werke herangetreten wird, oder aber mit dem nüchternen Lippenbekenntnis, dieses und jenes Werk sei schön. Und beides zerstört Kunst: Die Vermarktung schafft von Außen, was die als schön erscheinende Kunst von Innen erreicht, nämlich ihre Aufhebung zum Design, zur bloßen Zierat an der Fassade einer in sich zusammenbrechenden Gesellschaft. Ausstellungen wie die »Standpunkte der Moderne« stehen im Gegensatz zu einer Kunst, die unter diesen Bedingungen der Moderne wirklich versucht, ihren Standpunkt nicht nur zu formulieren, sondern auch zu bewahren; diese Ausstellung steht im Widerspruch zu sich selbst, weil die Moderne da, wo sie einen Standpunkt hatte, diesen immer außerhalb der Ausstellung bezog, nämlich mitten im gesellschaftlichen Geschehen. — (rob)

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/ Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo)
- ☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

2/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celabi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Deijen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Kommunalpolitisches Forum Sachsen, c/o GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümler (über: GNN, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62).
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel.: 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgironum Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonne-

ment Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Verstandstellen richten.
Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Deijen; für Ostdeutschland und Osteuropa: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMA, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrich-

ten der Volksfront: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz